

Politische Berichte



2. November 1985
Jg. 6 Nr. 22

G 7756 D

Preis:
2,50

Unter Arbeitslosen herrschten Faulheit und Unlust.
Ausländer stahlen hinterrücks Arbeitsplätze.
Rentner plünderten die Rentenversicherung.
Kranke ließen die Versicherungskosten explodieren.
Studenten erschlichen sich Staatsgelder.

Kam Helmut Kohl zu spät?

Nein!

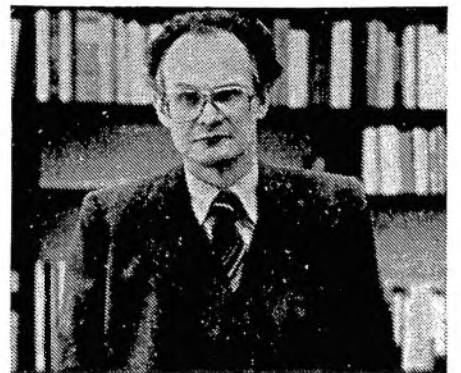
**Eines Tages war er um Jahre zu früh
und Norbert Blüm noch in den Windeln.**

Otto Esser präsentiert:

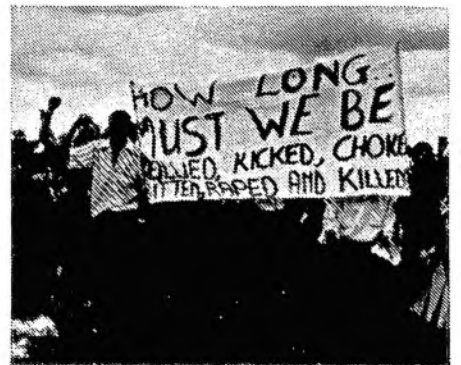
**ZURÜCK
IN
DIE ZUKUNFT**



DGB-Aktionswoche: Rau vorgeführt, DGB-Kritik unterdrückt. Was sollte da Kohl beeindrucken? Seite 10



SPD: Sozialdemokratische Partei und antifaschistischer Kampf heute. "Führt Kapitalismus zum Faschismus?" Seite 19



Mlambo, PAC: Was wir in Azania tun, ist ein Beitrag zur Befreiung der Menschheit Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK - 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- Abrüstung:** Vorschläge der Sowjetunion: Nützlich im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen 4
- Daimler-Benz/AEG:** Das Finanzkapital rüstet sein Flaggschiff 7
- "Lage der Nation":** Kohl weiter nach rechts, SPD hinterher..... 7
- FAP-Verbot:** Antrag der SPD-NRW zielt auf Verfassungsfeinde . 8
- Antrag der Fraktion der SPD 9
- DGB-Aktionswoche:** Rau vorgeführt, DGB-Kritik unterdrückt—Was sollte da Helmut Kohl beeindrucken?..... 10
- "Ein nationaler Beschäftigungspakt!" DGB-Reden am 19.10..... 11

Auslandsberichterstattung

- US-Steuerreform:** Von der "Jahrhundertreform" ist nicht viel geblieben 12
- US-Einkommenssteuer..... 13
- Italien:** Regierungskrise eine Probe auf das Bündnis..... 13
- Jugoslawien:** Streiks ohne die Gewerkschaften 14
- Nicaragua:** Notstand gegen äußeren und inneren Feind 14
- Philippinen:** US-Militärputsch gegen erstarkte Einheitsfront? ... 15
- Naher Osten:** Arabische Reaktionen auf die Angriffe auf die PLO 15
- Internationale Meldungen..... 16

Aus Parteien und Verbänden

- Veröffentlichungen**
- Alternativbericht zum KDVG... 18
- Biedenkopfs "Neue Sicht der Dinge"..... 18
- Aktionseinheit mit von Weizsäcker?..... 18
- Haftbedingungen politischer Gefangener..... 18
- Jahresbericht 1985 von ai..... 19
- SPD:** SPD und antifaschistischer Kampf heute. "Führt Kapitalismus zum Faschismus?"..... 19

Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten..... 21
- Streik bei Progamma:** Kampf

SPD beschließt Kampagne gegen Kommunisten

Das SPD-Parteipräsidium gebärdet sich nicht nur staatstragend, sondern hat anlässlich des bevorstehenden Jahrestages des Zusammenschlusses von SPD und KPD vor 40 Jahren zur SED erklärt, die grundsätzlichen Unterschiede auf "einer Reihe von Veranstaltungen bekräftigen und die Ergebnisse "Anfang 1986 in eine Grundsatzerklärung münden" lassen zu wollen. Das kann nur bedeuten, daß die SPD sich nicht nur an der Verfolgung von Kommunisten beteiligen will, sondern darauf Wert legt, daß ihr besonderer Beitrag in dieser Sache, wie z.B. die Berufsverbote, aber auch die zahlreichen Gewerkschaftsausschlüsse, der herrschenden Klasse vorgeführt und wieder einmal die Regierungsfähigkeit der SPD bewiesen werden soll. Die Form "Veranstaltungen" und "Grundsatzerklärung" läßt erkennen, daß das SPD-Parteipräsidium auf sozialdemokratische Schulrektoren und örtliche Gewerkschaftsfunktionäre Druck ausüben will. Der Zusammenschluß von SPD und KPD war ein Ergebnis der Lehren aus dem Faschismus. Für die SPD eine "Zwangsverschmelzung" durch die "Russen". Mit dieser Unterstellung verdreht die SPD auf besondere Weise die Geschichte: Die DDR bildete sich angeblich nur unter Zwang und nicht durch das Bestreben vieler Antifaschisten, nie wieder unter kapitalistischen Verhältnissen leben zu wollen. — (jöd)

EKD und Vertriebene vertiefen Zusammenarbeit

Am 22. Oktober trafen in Bonn Vertreter des Rates der Evangelischen Kirchen unter Landesbischof Lohse und des Bundes der Vertriebenen unter Herbert Czaja zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung stellten beide Seiten u.a. fest: "Teilnehmer beider Seiten legten in offener Gesprächsatmosphäre dar, bei welchen Themen Übereinstimmungen, aber auch unterschiedliche Auffassungen z.B. hinsichtlich der Denkschrift der EKD 'Über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn' von 1965 bestanden und teilweise noch bestehen. Im Hinblick auf die konstruktiven Aufgaben für die Zukunft stimmte man darin überein, daß trotz bestehender Schwierigkeiten die gemeinsamen Anstrengungen dem Ziel zu dienen haben, ... alle sich bietenden Möglichkeiten des Zusammenwirkens zu nutzen." Die Denkschrift der EKD von 1965 bereitete von kirchlicher Seite die "neue Ostpolitik" des BRD-Imperialismus vor, also den Versuch, mit der Zusage einer zeitweisen Respektierung der bestehenden Grenzen den Einfluß und die Geschäftsmöglichkeiten des westdeutschen Im-

perialismus in Osteuropa zu erweitern, um so der "Lösung der deutschen Frage" näherzukommen. Die Vertriebenen wollen schon lange, daß auch dieses geringfügige Zugeständnis an die Staaten Osteuropas zurückgenommen wird und finden dabei bei der Regierung und den Kapitalisten starke Unterstützung. Offenbar will sich nunmehr auch die EKD diesem Ziel wieder anschließen. In der gemeinsamen Erklärung heißt es: "Die Vertreter des Bundes der Vertriebenen äußerten den Wunsch, die EKD möge



Schlesiertreffen — künftig auch wieder evangelisch gesegnet?

sich verstärkt für die Anliegen der Vertriebenen und der Aussiedler einsetzen und den Bindungen an Nation, Volk und Vaterland mehr Aufmerksamkeit schenken. Dazu gehöre auch eine repräsentative kirchliche Vertretung besonders auf regionalen Veranstaltungen der Vertriebenen ...". Eine Antwort der EKD auf diesen "Wunsch" der Vertriebenen findet sich in der Erklärung nicht. Offenbar rechnet die EKD-Führung mit Widerstand in den eigenen Reihen. Ihre Absicht, die aggressiven Aufmärsche der Vertriebenen wieder öffentlich zu segnen, ist aber unverkennbar. — (rül)

Interessen der Schlecht-bezahlten nicht berücksichtigt

Der 11. Bundes-Angestelltentag des DGB, der vom 17. bis 19. Oktober in Osnabrück stattfand, hat einen Antrag an den nächsten DGB-Bundeskongreß beschlossen, in dem er den DGB auffordert, ein zwischen den Mitgliedergewerkschaften abgestimmtes Konzept für eine "Mobilisierungs- und Mitgliedererwerbungskampagne" zur Beschlußfassung vorzulegen. Ziel der Kampagne soll sein, bis 1990 300000 Angestellte mehr in den Gewerkschaften zu organisieren, nämlich mindestens zwei Millionen. Das heißt statt bisher ca. 17% der Angestellten will der DGB mindestens 20% der Angestellten organisieren. Dem Beschluß des Angestelltentages zur Tarifpolitik ist zu entnehmen, daß die DGB-Gewerkschaften dabei vor allem unter den besserverdienenden Angestellten werben wollen. Zwar hat sich

die Konferenz dafür ausgesprochen, daß alle Bestrebungen unterstützt werden sollten, die weitere gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte zum Ziel haben. Aus der Begründung für diesen Beschluß geht jedoch hervor, daß damit nicht beabsichtigt ist, z.B. die schlechte Bezahlung für Schreibmaschinenschreiben und andere monotone Büroarbeiten zu beseitigen und eine Anhebung des gesamten Lohnniveaus durch Angleichung zu erreichen. Die Delegierten wünschten ausdrücklich die Einbeziehung von Angestellten im außertariflichen und Leitungsbereich in den Tarif und erklärten, gemeinsame Tarifverträge würden nicht zu einer "Nivellierung von individuellen Leistungen und deren Vergütung" führen, was bedeutet, daß der rasanten Lohndifferenzierung nichts entgegengesetzt werden soll. Eine Arbeitsgruppe der Konferenz wünschte ausdrücklich, daß der DGB seine Abwehr von Gleitzeit— die flexible Arbeitszeiteinteilung ermöglicht— beenden soll, weil mit Gleitzeit die individuellen Bedürfnisse besser zur Geltung kämen. — (uld)

Konferenz des Frankfurter Appell

Ausländerpolitische Konferenz "Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche": 23./24. November 1985
Fachhochschule Frankfurt— Nibelungenplatz— Aula Bau
Beginn Samstags: Arbeitsgruppen ab 10.00 Uhr
Sonntags: Abschlußplenum zu den Perspektiven in der Ausländerarbeit um 10.00 Uhr

Arbeitsgruppe Ausländerbeirat: Rogelio Barroso (Ausländerbeirat Kassel), Marijan Batinic (Vorsitzender Ausländerbeirat Wiesbaden), Willy Mihm (Geschäftsführer der AG der Ausländerbeiräte Hessen), Frauke

Postel (AL Berlin-West), Charalambos Kefalides (Vors. Griechische Gemeinde), Armagan Konrat (Frankfurt), Galip Gökce (Frankfurt). Eingeladen sind die Ausländerbeiräte in der BRD, Initiativen für demokratisch gewählte Ausländerbeiräte und Kritiker.

Arbeitsgruppe Doppelte Staatsbürgerschaft: Sevgi Ünlü (Stuttgart), Prof. Rainer Roth (Frankfurt), Harald Heinzel (Die Brücke), Türkische Gemeinde Berlin, IAF, Prof. Ingrid Haller u.a.

Arbeitsgruppe Kommunales Wahlrecht: Eingeladen sind alle Initiativen für Kommunales Wahlrecht in den einzelnen Bundesländern. Prof. Dr. Manfred Zuleeg (Frankfurt), Dietrich Lohse (DAFI Dortmund), Betroffene aus Frankreich und den Niederlanden, Detlev Lüderwaldt (Frankfurt).

Arbeitsgruppe Niederlassungsrecht: Harald Wolf (Westberlin), Heide Schmidt-Kops (Deutsch-Ausländischer Gesprächskreis Bremen), Prof. Dr. Knuth Dose (Westberlin), Muzafer Tolalli (Die Grünen), Gabrielle Witt (SPD, Büro Hertha Däubler-Gmelin), Klaus Henning Rosen (SPD, Büro Willy Brandt), Thomas Schroer (SPD, MdB).

Arbeitsgruppe Asyl: RA Hans-Peter Reckling (Marburg), Francoise Geiger (Gesellschaft für bedrohte Völker), Mitglieder von Flüchtlingsräten und Asylinitiativen.

Arbeitsgruppe Frauen: Deutsch-Ausländische Frauenkoordination.

Arbeitsgruppe Gewerkschaften und Ausländerpolitik: Hidir Güntas (Köln), Kostas Dimakopoulos, ran-Redaktion, Prof. Dr. Karam Khelila (Hamburg), Fried. Mühleisen (KO—Büro Frankfurter Appell) (Die Liste ist unvollständig und wird laufend ergänzt.)

Auskünfte erteilt: 069/73 1092

um einen Tarifvertrag mit landesweiter Bedeutung 22

Teilzeitarbeit: Niedersachsen Vorreiter bei Lohnkürzung 22

Streik Thalerwerke: Tarifliche Absicherung ist das Kampfziel 23

Gewerkschaftstag GGLF: Gegen ABM— für feste Arbeitsplätze im Forst 23

Metallindustrie NRW: Kapitalisten greifen Urlaub, Verdienstsicherung und weitere Ansprüche an 24

DJO: Revanchisten-Kongreß "Junge Generation" 25

Afrika-Wochen: "Mit Hurra nach Afrika". Veranstaltungen. 25

München: Statt Sozialwohnungsbau— Kauf von preiswerten NH-Wohnungen 26
Wohngelderhöhung und Abbau von Sozialwohnungen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Isolationshaft: Wer zum Hungerstreik greift, wird für verrückt erklärt 29

Kultur und Wissenschaft— Diskussionsbeiträge

Bücher: Neue Literatur aus der DDR 30
"Montageroman" von Irmtraud Morgner 30
"Das Vergangene ist nicht tot" 30
Revanchismus gegen die SU— einmal privat 30
Antifaschismus und Patriotismus . 31

Ermittlungen gegen die Deutsche Bank: Verbrechen der deutschen Finanzbourgeoisie 31

Universität Heidelberg: "Aus Tradition in die Zukunft"— nahtlos imperialistisch 32

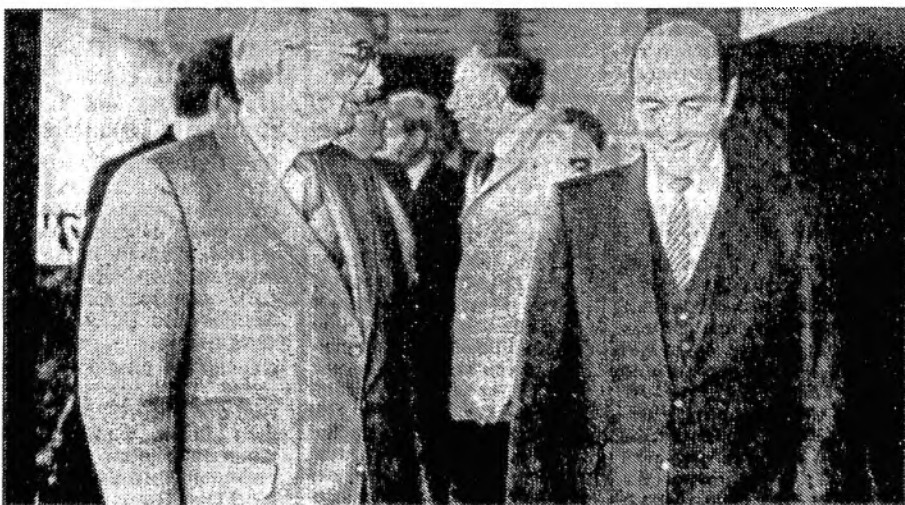
Spezialberichte

PAC-Vorsitzender Mlambo: Was wir in Azania tun— uns selbst befreien— ist ein Beitrag zur Befreiung der Menschheit 34

Sozialstatistik

Löhne: Beschäftigung, Lohnsumme und Umsatz. Gesichtspunkte zur bevorstehenden Lohnbewegung 36

Titelbild: Karikatur: sip, Göttingen



Eine "Gemeinsame Erklärung" war das Ergebnis eines Treffens zwischen dem DGB-Vorsitzenden Breit und Bundesverteidigungsminister Wörner. Wörner lehnte den Vorschlag des DGB für eine Debatte über neue Konzepte "der Sicherheitspolitik mit den NATO-Partnern" ab und wies die Kritik an der Verlängerung der Wehrpflicht und dem noch längeren Zivildienst zurück. — (uld)

Abrüstungsgespräche

Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion: nützlich im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen

Bundeskanzler Kohl hat sich auf dem "Westgipfel" vergangene Woche in New York erneut dafür eingesetzt, daß bei dem bevorstehenden Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow am 19. und 20. November in Genf "die deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben". Bei der Formulierung der deutschen Sicherheitsinteressen besteht entgegen des durch die bürgerliche Presse geschürten oberflächlichen Eindrucks völlige Einheit zwischen Kohl, Wörner, Strauß und Genscher. Sie weisen nur auf verschiedene Gesichtspunkte derselben Sache hin. Kurz zusammengefaßt sind die übereinstimmenden Positionen der Bundesregierung folgende:

Die Bundesregierung ist gegen eine pauschale Ablehnung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge. Wörner hebt hervor, SDI sei "nicht nur legitim, sondern notwendig", und will ein europäisches "strategisches Raketenabwehrsystem, das in SDI eingebunden werden kann". Kohl weiß, daß die Entwicklung eines solchen Systems noch etwas Zeit benötigt, und möchte deshalb Verhandlungen über die Weltraumrüstung mit der Sowjetunion, weil "man für die nächsten fünf Jahre wenigstens die Zeit braucht, um überhaupt erkennen zu können, was möglich ist und was nicht möglich ist". Und Genscher klärt in der unverschämten Debatte um die Auslegung des Raketenabwehrvertrages von 1972, daß nach diesem Vertrag prinzipiell auch Tests und Entwicklung von Weltraumwaffen legitim seien, und

holt sich von der US-Regierung dafür die Zusicherung, daß die USA solche Waffen ohne Zustimmung der Europäer nicht entwickeln und stationieren werden. Im Klartext: amerikanische Weltraumwaffen und europäisches Raketenabwehrsystem werden nur im Verbund aufgestellt.

Bei den Mittelstreckenraketen will die Bundesregierung auf die eben aufgestellten Pershing II und Cruise Missiles nicht verzichten und verlangt von der UdSSR die Verschrottung aller ihrer Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Warum die USA SDI wollen
Weil ihnen dies die glaubhafte Drohung mit einem strategischen Erst-



Wörner will ein europäisches strategisches Raketenabwehrsystem.

schlag bei geringem eigenen Risiko gestatten würde. Die Einwände der politischen Opposition und von Wissenschaftlern gegen SDI, eine hundertprozentige Abwehr von sowjetischen Interkontinentalraketen sei gar nicht möglich, liegen daneben. Das ist gar nicht die Absicht. Nach einem Erstschatz wären nur noch 10 % der sowjetischen Raketen abzuwehren, weil der Rest schon zerstört wäre. Dies läge durchaus innerhalb der technischen Möglichkeiten von SDI. Die US-Imperialisten brauchten nicht mehr mit der Vernichtung ihrer gesamten Ressourcen zu rechnen, sondern allenfalls mit der Vernichtung einiger Städte und allerdings weiter Teile Europas. Diese Aussicht ist eine wesentliche Ursache, warum die westeuropäischen Imperialisten so vehement auf ein Mitspracherecht pochen und nach Möglichkeiten eines eigenen Raketenabwehrschirms suchen.

Diese Strategie der US-Imperialisten setzt darauf, daß es der Sowjetunion nicht gelingen werde, sich rechtzeitig ein qualitativ gleichwertiges Weltraumwaffensystem zu verschaffen. Sie setzen damit die Politik des "Totrüstens" der Sowjetunion fort und hoffen diesmal, daß das Wirtschaftssystem technisch und wissenschaftlich dem ihren unterlegen sei und deshalb zur Entwicklung der nötigen Waffen nicht in der Lage. Ginge diese Spekulation auf, könnten die USA nicht nur die UdSSR fast beliebig erpressen, sondern hätten auch ihre militärische Vormachtstellung in der NATO trotz ihrer relativen Schwäche

Richtlinien für Spitzel-Einsatz beschlossen

Am 17.10. setzte die Ständige Konferenz der Innenminister die "Thesen zur Inanspruchnahme von Informanten und zum Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen) im Rahmen der Strafverfolgung" und die "Thesen zum Einsatz verdeckter Ermittler im Rahmen der Strafverfolgung" als Richtlinien für die Tätigkeit von Staatsanwaltschaften und Polizei in Kraft. Danach dürfen die Ermittlungsbehörden künftig sowohl Spitzeln wie auch als Spitzel wirkenden Polizeibeamten umfassende Vertraulichkeit zusichern. Ihre Aussagen in Strafverfahren können als Beweise herangezogen werden, ohne daß die Spitzel als Zeugen auftreten müssen. Solche Geheimnisse sollen im Bereich der "Schwerkriminalität, der organisierten Kriminalität, des illegalen Betäubungsmittel- und Waffenhandels, der

Falschgeldkriminalität und der Staatsschutzdelikte" legal sein. Verdeckt arbeitende Polizisten müssen nur dem Leiter bekannt sein, der den Einsatz befiehlt, und nicht – wie bezahlte Spitzel – auch der Staatsanwaltschaft. Das öffnet polizeilicher Willkür weitere, nahezu unkontrollierbare Möglichkeiten. – (uld)

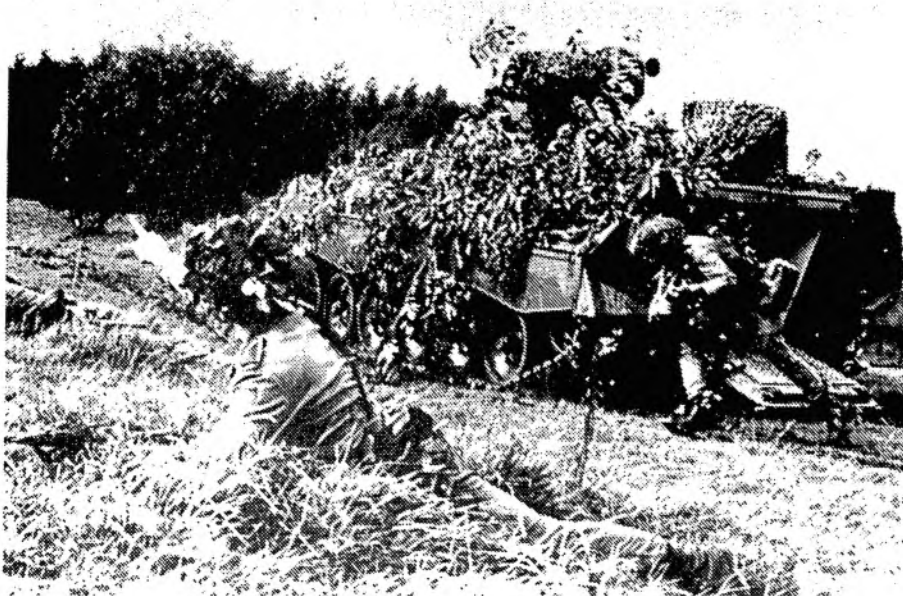
Kontaktsperre-Gesetz geändert

Am 17.10. beschlossen die Regierungsfractionen von CDU, CSU und FDP bei Enthaltung der SPD-Fraktion und gegen die Stimmen der GRÜNEN eine Änderung des Kontaktsperregesetzes. Danach soll Gefangenen und Untersuchungshäftlingen, die unter Kontaktsperre stehen, ein Anwalt zugeordnet werden, wenn die Gefangenen einen solchen "Wunsch" äußern. Der Anwalt wird vom für das jeweilige Gefängnis zuständigen Landgerichtspräsidenten festgelegt, er tritt also

als Vertreter der Gerichtsbehörde und nicht des Gefangenen auf. Er darf mit dem Gefangenen nur unter Umständen sprechen, die jeden Austausch von Schriftstücken oder ähnlichem verhindern, d.h. mit Trennscheibe oder ähnlichen Vorrichtungen. Die SPD enthielt sich wegen geringer Differenzen mit dem Regierungsentwurf, die GRÜNEN verlangten die vollständige Abschaffung des Kontaktsperregesetzes. (Bundestagsdrucksache Nr. 10/3958 – uld)

Verfassungsänderung gegen Asylrecht?

Am 4.10. hat der Bundestag über den von den Unionsländern vorgelegten Entwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes beraten. Die Bundesregierung hatte den Entwurf nicht begrüßt. Im Bundestag klärte sich nun auf, warum. CDU-Sprecher Olderog sagte, man komme "um eine Diskussion über Art. 16 Abs. 2 GG nicht her-



SDI erhöht die Bedeutung der Landstreitkräfte. Bild: Bundeswehrinfanterie im Manöver.

bei den konventionellen Landstreitkräften erheblich gefestigt.

Europäische Interessen

Die meisten westeuropäischen Imperialisten teilen den Irrtum der amerikanischen Regierung, die Sowjetunion qualitativ totzürüsten zu können, offenbar nicht. Aber obwohl sie damit rechnen, daß auch die Sowjetunion über Weltraumwaffen verfügen wird, haben sie reges Interesse an der Entwicklung von SDI und Eureka bekundet. Welche strategischen Absichten verfolgen sie damit? Insbesondere die Bundesregierung sieht darin ein Mittel, die Möglichkeiten, einen konventionellen Krieg gegen die Staaten des Warschauer Paktes gewinnen zu können, zu verbessern.

Ein wichtiges Ziel von SDI und Eureka ist nämlich — auch wenn kaum darüber gesprochen wird —, Kommuni-

kations-, Navigations- und Aufklärungssysteme so weit zu verbessern, daß "intelligente Munition" und andere Geschosse mit der gewünschten Treffsicherheit in weit entfernte Ziele gelenkt werden können. Diese Fähigkeiten setzen die Planer des "Airland-battle-Konzepts" und alle anderen Strategien zur Landnahme und Besetzung der osteuropäischen Staaten voraus.

Wenn beide Seiten über entwickelte Weltraumwaffensysteme verfügen sollten, würde dies nur die Bedeutung der Landstreitkräfte vervielfachen. Folge davon wäre nämlich, daß damit der Luftraum der Erde vollständig kontrolliert werden könnte. Luftbewegungen könnten unmöglich gemacht werden. Der Wert der strategischen Raketen wäre erheblich eingeschränkt. Ausschlaggebende Bedeutung hätten die Landstreitkräfte. Das

Gewicht der BRD innerhalb der NATO würde noch einmal erheblich steigen, weil sie mit der Bundeswehr über die zahlenmäßig stärksten und schlagkräftigsten Landstreitkräfte an der Grenze zum Warschauer Pakt verfügt. Daß die Bundesregierung mit dieser Stärke Politik macht, zeigt das Auftrumpfen Genschers gegenüber der US-Regierung deutlich: "Wir haben uns, und auch das gewiß nicht leichten Herzens, für die Verlängerung des Wehrdienstes entschieden. Man wird gerade diese zweite Entscheidung in den Vereinigten Staaten hoch einzuschätzen wissen, weil dort überhaupt keine Wehrpflicht besteht. Sie bedeutet einen starken Eingriff in das persönliche Schicksal junger Menschen, gleichgültig, ob sie Wehrdienst oder Ersatzdienst leisten. Dieser Beitrag der Bundesrepublik Deutschland gibt uns ein Recht auf eine entscheidende Mitsprache bei der Gestaltung der Genfer Verhandlungen und der künftigen West-Ost-Politik im Rahmen des Bündnisses."

Die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion

Die Sowjetunion will die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten stören. Um die innere Kriegsmobilisierung zu zersetzen, hat sie folgende Abrüstungsvorschläge unterbreitet: Sie fordert das vollständige Verbot von Weltraumwaffen und bietet die Halbierung aller Kernwaffen, die das Gebiet des jeweils anderen erreichen können, an. Auf US-Seite würden dazu auch die gerade aufgestellten Mittelstreckenraketen gehören. In bezug auf die SS20 teilte Gorbatschow mit, daß die UdSSR inzwischen alle Raketen zurückgezogen habe, die sie in Antwort auf die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II aufgestellt habe. Die stationären Anlagen dafür

um". Der Bundestag solle eine "Kommission namhafter und anerkannter Experten" mit einem "Memorandum" zur Überprüfung des Verfassungsrechts auf Asyl beauftragen. Dabei soll die SPD mitmachen. Kein SPD-Sprecher lehnte dies ab. — (rül)

Stoltenbergs Steuerreform: Mehr Steuern für Ausländer!

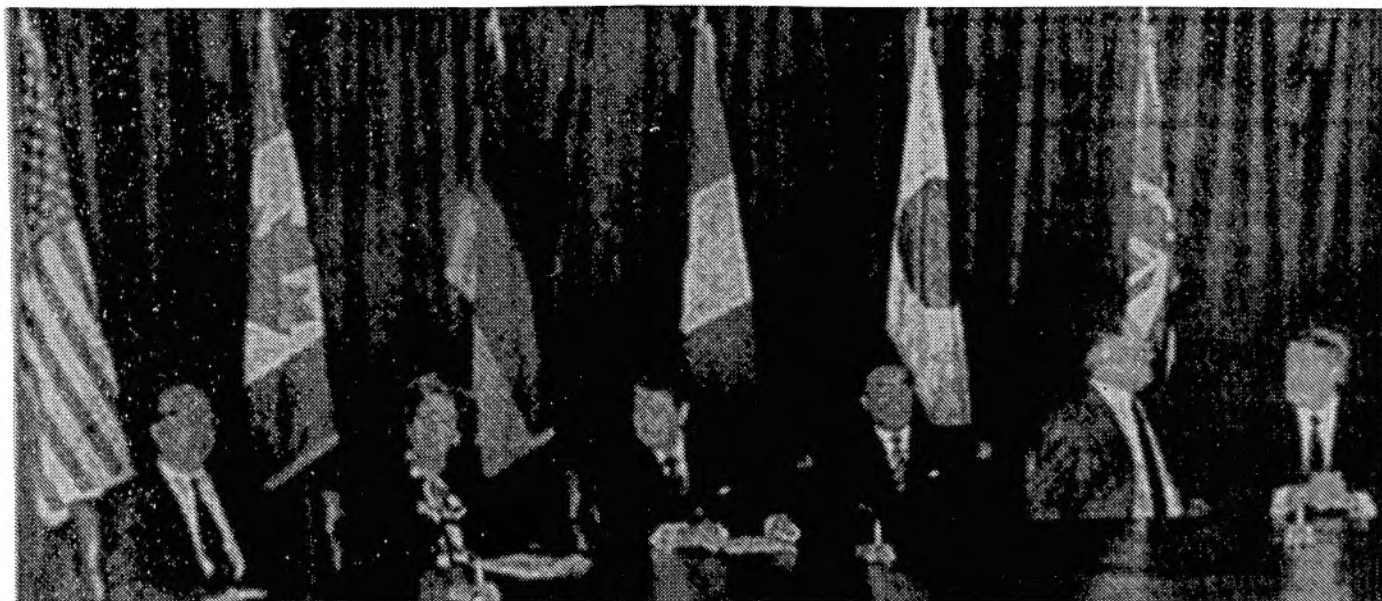
Stoltenbergs "große Steuerreform" ist nicht nur "leistungs- und familienfreundlich", sie ist auch noch auf ganz besondere Weise national. Das hat jetzt der Abgeordnete der Grünen im Bundestag, Axel Vogel, enthüllt. In einer Presseerklärung Vogels heißt es: "Für ihre im Ausland lebenden Kinder ist auf der Lohnsteuerkarte der ausländischen Arbeitnehmer für 1986 kein Freibetrag mehr eingetragen. Das ist kein Versehen, sondern die neue Rechtslage ... Für viele ausländische Arbeitnehmer fällt hierdurch der Kinderfreibetrag, der Ausbil-

dungsfreibetrag und der Haushaltsfreibetrag weg. Statt nach Steuerklasse II werden viele künftig nach Steuerklasse I besteuert mit einer wesentlich höheren Steuerbelastung." Stoltenbergs Steuerreform führt also dazu, daß die sowieso rechtlosen und schon jetzt vieler Versicherungsansprüche beraubten ausländischen Lohnabhängigen auch noch die "größte Steuerentlastung aller Zeiten" in den höheren Einkommenszonen finanzieren helfen. Die Grünen haben alle Organisationen aufgerufen, "gegen diese Ungleichbehandlung zu protestieren". — (rül)

Zwangsarbeit bekräftigt

Der Staatssekretär Vogt in Blüms Ministerium hat die Zwecke bekräftigt, zu denen Empfänger von Sozialhilfe einerseits, von Arbeitslosengeld und -hilfe andererseits zu bestimmten Formen von Zwangsarbeit getrieben

werden. Die Möglichkeit, Sozialhilfempfeänger zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit zu verpflichten, schafft ein Recht des Staates, Arbeit ohne Lohn verrichten zu lassen. Wird diesen Personen die Alternative angeboten, bei den Trägern der Sozialhilfe oder durch ihre Vermittlung bei Kapitalisten gegen Lohn zu arbeiten, so ergreifen sie meist diese Möglichkeit, um in die normale Lohnabhängigkeit zurückzufinden. Klagen von Arbeitslosengeldbeziehern, daß sie keine gemeinnützige Arbeit verrichten dürften, seien nicht bekannt, sagt Vogt. Den Abscheu der Lohnabhängigen vor solchen Arbeitsverhältnissen will er nutzen, um den Zwang, unzumutbare ABM-Arbeit anzunehmen, zu verstärken. Es komme darauf an, "im Einzelfall eine etwa fehlende Arbeitsbereitschaft eines Arbeitslosen festzustellen", d.h. öfter als bisher Arbeitslosengeld zu streichen. (Handelsblatt, 22.10.— anl)



Auf einer Konferenz in New York berieten letzte Woche Kohl, Reagan, Thatcher, Craxi, Nakasone und Mulroney über ihre gemeinsame Haltung gegenüber den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion.

würden abgebaut. Auf Grundlage dieser einseitigen Abrüstung bietet die Sowjetunion Frankreich und Großbritannien direkte Gespräche zur Reduzierung der Mittelstreckenraketen an.

Mit diesen Vorschlägen will die Sowjetunion eine Angriffskoalition der imperialistischen Staaten stören. Der Spielraum derjenigen Länder, die kein Interesse an den akuten Kriegsvorbereitungen haben, erweitert sich dadurch, und sie können sich jetzt besser äußern.

Die antimilitaristischen Bewegungen und die Anti-SDI-Bewegung in den imperialistischen Staaten können sich darauf beziehen. Mit ihren Abrüstungsvorschlägen hofft die Sowjetunion, den Aufbau eines Feindbildes in der Bevölkerung der imperialistischen Staaten zu stören. Das sieht sie offenbar heute als dringender an als noch

1983, weil gerade im Laufe des letzten Jahres vor allem in der BRD die Mobilisierung revanchistischer Kräfte Fortschritte gemacht hat und nicht zuletzt deshalb die Gefahr eines militärischen Überfalls immer unkalkulierbarer wird.

Mängel der Anti-SDI-Kampagne

Die von Teilen der Friedensbewegung organisierte Anti-SDI-Kampagne beschränkt sich leider völlig auf den Widerstand gegen das amerikanische Weltraumrüstungsprojekt. Die Möglichkeiten zur politisch-ideologischen Zersetzung der Kriegsvorbereitungen, die ja tatsächlich durch die Vorschläge der UdSSR verbessert sind, können so nicht genutzt werden. Insbesondere die Kritik an der Bundesregierung, ihre Unterstützung der amerikanischen SDI-Pläne sei selbstmörderisch, ist

völlig hilflos und unterstützt teilweise sogar deren europäische Pläne. Nötig ist eine Kritik der politischen Absichten der USA, der BRD und der ganzen NATO. Auf Grundlage einer solchen Kritik müßte dann eigentlich auch eine politische Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Anti-SDI-Kampagne und den Kräften, welche sich jetzt gegen all die Feierlichkeiten zum Bundeswehrjubiläum wenden, möglich und nützlich sein.

Quellenhinweis: FAZ, Kieler Nachrichten, Österreichische Militärische Zeitschrift, Europäische Wehrkunde, Wehrtechnik, lfd. Ausgaben; "Raketenabwehr im Weltraum: Antwort auf eine moralische Frage oder Reform der Strategie?" Yves Boyer, Europa-Archiv 15/85; Sowjetunion heute, 10/86; Rede Michail Gorbatschows vor französischen Parlamentariern vom 3. Oktober 1985.— (clm)

Türkeihilfe: "Kohl verspricht Panzerdivision"

Die NATO-Staaten haben sich auf eine umfangreiche Modernisierung der türkischen Truppen geeinigt, "bei der der Bundesrepublik Deutschland—traditionell der wichtigste Verbündete Ankaras— eine Führungsrolle zufällt", meldete am 18.10. die "FAZ". Kohl soll der türkischen Regierung die Ausrüstung einer kompletten türkischen Division zugesagt haben, u.a. mit 150 Leopard I, Schützenpanzern, Artillerie, Fahrzeugpark. Kosten: 3,5 Milliarden DM. Zusätzlich sollen die türkischen Panzer neue Kanonen und Feuerleitanlagen, die türkische Marine neue Fregatten und U-Boote— beide nach westdeutschen Lizenzen, die türkische Luftwaffe 160 Jagdbomber des US-Typs F-16 sowie 40 Tornados bekommen. Mitte November beraten in Bonn westdeutsche und türkische Staatssekretäre über Einzelheiten.

Das "Hilfsprogramm" soll weitgehend kreditfinanziert werden, was bedeutet, daß die türkischen Schulden bei der BRD bedeutend steigen werden. Da für die westdeutschen Waffen auch westdeutsche Militärausbilder in der Türkei wirken werden, steigt der Einfluß der BRD in der Türkei und vermehrt der Türkei im Nahen Osten noch mehr.— (rül)

Deutsche Bank: 1 Mrd. DM für die Kriegskasse

Die Serie von Kapitalerhöhungen großer westdeutscher Monopole, mit denen diese ihre Kriegskassen für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt weiter anfüllen, geht weiter. Hatte vor kurzem erst die BASF für 700 Mio. DM neue Aktien verkauft, Springer Aktien ausgegeben und Henkel die Aktiengabe vorbereitet, so kündigte nun die Deutsche Bank die Ausgabe neuer Aktien an. Das Grundkapital soll um 117 Mio. DM auf 1,586 Mrd.

DM durch Ausgabe neuer Aktien erhöht werden. Kurs der neuen Aktien: 900%. Tatsächlich bekommt die Deutsche Bank auf diese Weise also 1 Mrd. DM in ihre Kassen, der Kurswert ihres Aktienkapitals steigt auf über 14 Mrd. DM. Das ist mehr, als die gesetzliche Rentenversicherung noch an Reserven für die Rentenzahlung hat— und insofern auch ein sichtbares Zeichen dafür, welchen Zwecken die von Kohl, Stoltenberg und Blum verfolgte "Haushaltssanierung" dient.— (rül)

Gesetzentwurf der Grünen gegen Überstunden

Die Fraktion der Grünen hat im Bundestag einen Gesetzentwurf gegen Überstunden eingebracht (BT-Ds. 10/3947). Dessen entscheidende Passagen lauten: "Die gesetzliche Arbeitszeit darf im Regelfall acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Sie darf auf höchstens fünf Werktagen in der Woche

Daimler Benz/AEG

**Das Finanzkapital rüstet
sein Flaggschiff**

In gut drei Jahren wurde die AEG auf den Knochen der Arbeiter und Angestellten vom drohenden Konkurs zum schlagkräftigen Unternehmen "saniert". 73200 Leute zählt die Belegschaft heute, rund halb so viele wie 1980. Vergessen sind die Klagen der Banken – Hauptaktionär Dresdner Bank – über Verluste bei der AEG; heute verkaufen sie ihre Aktienpakete für viel Geld an Daimler-Benz.

Daimler-Benz – Hauptaktionär Deutsche Bank – gliedert sich damit in diesem Jahr nach MTU (100 % Beteiligung) und Dornier (65,5 %) als drittes Unternehmen die AEG (bisher 59 % so gut wie sicher) ein. Es ist die größte Zentralisation von industriellem Kapital, die in diesem Land je stattgefunden hat. Rund 300000 Arbeiter und Angestellte sind damit dem Kommando und dem hohen Ausbeutungsgrad von Daimler-Benz unterworfen. Beim Jahresumsatz werden in der Summe der vier Unternehmen an die 60 Milliarden DM erreicht, mehr als bei Siemens und VEBA.

Expandieren will der Daimler-Benz-Vorstand nach den Worten seines Vorsitzenden Breitschwerdt "vor allem bei der Elektronik, der Automatisierung, bei der Verkehrs- und Antriebstechnik sowie bei der Luft- und Raumfahrt". (1) In der Automobilproduktion, aber auch im sogenannten hochtechnologischen Bereich holt der Konzern weit aus, sowohl gegen Wettbewerber in der BRD, als auch gegen Konkurrenten in der EG, in den USA und Japan. Unter dem Eindruck, daß der PKW-Markt in absehbarer Zeit gesättigt sein wird wie heute schon

der Nutzfahrzeugmarkt, wird die Produktpalette breit aufgegliedert. Im Mittelpunkt steht dabei Rüstungsproduktion in einem solchen Umfang, daß der Daimler-Benz-Konzern zum größten Rüstungsunternehmen der BRD wird. Er ist an der Ausrüstung des Leopard-Panzers ebenso beteiligt wie an Tornado und Alpha Jet, U-Booten und Hubschraubern. Er steckt in der Entwicklung von Waffentechnik, Raketen und Satelliten. Mit Dornier und AEG ist eine Beteiligung an der Weltraumrüstung so gut wie sicher. Dornier bewirbt sich um die SDI-Einrichtungen für Zielerfassung und -verfolgung, und auch von der AEG ist seit der Bilanzpressekonferenz im Mai die Absicht bekannt, an dem SDI-Projekt mitzumachen.

Daimler-Benz geht hier denselben Weg wie auch die führenden Automobilkonzerne in den USA. So hat die General Motors Corporation u.a. den Luft- und Raumfahrtkonzern Hughes Aircraft Corp. für etwa fünf Milliarden Dollar übernommen, die größte Firmenübernahme aller Zeiten außerhalb der Ölindustrie. Ähnliche Schritte haben Ford und Chrysler unternommen. (2) Die Tendenz ist offenkundig: Führende Automobilkonzerne verfolgen die Erzielung von Höchstprofiten über die Rüstung, also über die Haushalte der jeweiligen imperialistischen Staaten.

Für die Belegschaft der Daimler-Benz-Gruppe bedeuten die Expansionsvorhaben Anspannung der Arbeitskraft auf höchstem Niveau. Nicht zufällig wird herausgestellt, daß mit der AEG auch Spitzentechnologie im Bereich industrieller Rationalisierung erworben wurde.

Der Daimler-Benz-Vorstand hat zufrieden bekanntgegeben, die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten hätten der Übernahme zuge-

stimmt. In der Presse wird der Standpunkt von Herbert Lucy, Gesamtbetriebsratsvorsitzender und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Daimler-Benz, so wiedergegeben: Ja zur Übernahme, allerdings müsse die unternehmerische Führung von Daimler-Benz bei AEG durch Mehrheitsübernahme gesichert sein. Beim Management müsse einiges getan werden, Werksteile dürften nicht abgestoßen werden. (3) Bestandsgarantien für die Belegschaft aber hat der Daimler-Benz-Vorstand nicht gegeben. Lucie Mathis, Arbeitnehmeraufsichtsrätin bei AEG, wird mit der Stellungnahme zitiert, der Einstieg von Daimler-Benz sei ihr angenehmer als der eines anderen, vor allem eines ausländischen Konzerns. Die Vorstellung, die hier mitschwingt, daß die Stärkung des Daimler-Benz-Monopols und seine erfolgreiche weltweite Expansion für die Interessen der Lohnabhängigen eher vorteilhaft seien, ist freilich ein böser Irrtum.

Quellenhinweis: (1) Stuttgarter Nachrichten (StN) 15.10.1985; (2) StN 19.10.1985; (3) StN 16.10.1985 – (rok)

"Lage der Nation"**Kohl weiter nach rechts,
SPD hinterher**

In der bürgerlichen Presse wird die Auseinandersetzung in der Unionsfraktion um die gemeinsame Resolution zur Deutschlandpolitik, die der CSU-Abgeordnete Lintner mit Vertretern der FDP und der SPD ausgehandelt hatte und die dann von CDU/CSU und FDP am 23.10. im Bundestag verworfen wurde, zumeist als "Ungeschicklichkeit" der Regierung dargestellt. Tatsächlich ist Kohl, sind die

verteilt werden ... Aufgrund kollektiver Regelungen ... kann die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden verlängert werden, soweit dies zur Erledigung unvorhersehbarer und unaufschiebbarer Arbeiten nötig ist ... Kein/e Arbeitnehmer/in darf gegen seinen/ihrer Willen zur Ableistung von Mehrarbeit oder Überstunden herangezogen werden." CDU/CSU- und FDP-Sprecher lehnten den Entwurf in der ersten Debatte im Bundestag am 17.10. entschieden ab. Ziemlich dreist führte sich auch die SPD auf. Ihr Sprecher Weinhofer erklärte, der Entwurf sei "ein reiner Schaufensterantrag, der in der Sache nichts bringt", das individuelle Recht auf Verweigerung von Überstunden sei sogar "antigewerkschaftlich". Die SPD-Fraktion lehne deshalb den Antrag der Grünen ab. Ein unverschämtes Stück gegenüber einem Antrag, der die 5-Tage-Woche und den 8-Stunden-Tag gesetzlich verlangt! – (rül)



Mehr militärische Zusammenarbeit der EG-Staaten hat Bundespräsident von Weizsäcker am 23.10. vor dem Europaparlament verlangt: "Erst wenn wir einig sind und einig handeln, werden die Kräfte spürbar, die wir objektiv haben. Dann aber, wenn uns dies gelingt, unterstützen wir unsere amerikanischen Freunde ... und gewinnen an Ansehen und Einfluß." Von Weizsäcker, dessen Vater als Staatssekretär im faschistischen Reichsaußenministerium schon einmal an einer "europäischen Neuordnung" beteiligt war: "Die Welt braucht uns." – (rül)

Regierungsparteien weiter nach rechts gerückt. Strauß betonte schon vor der Debatte im Bundestag unwidersprochen, die Regierung werde künftig noch stärker ihre "besondere Verantwortung für die Deutschen östlich von Oder und Neiße" herauskehren. Der innerdeutsche Minister Windelen erklärte in der FAZ, man dürfe sich nicht an die Formel binden, die "Lösung der deutschen Frage" bedürfe der Zustimmung anderer Staaten in Ost und West.

Wie reagiert darauf die SPD? Die SPD scheint eisern entschlossen, dem von der Union im Hinblick auf die Bundestagswahl 1987 angedrohten Vorwurf "nationaler Unzuverlässigkeit" so zu begegnen, daß sie – alles mitmacht. Ihre "Opposition" besteht darin, daß sie in Unionskreisen entwickelte und angeblich "gemäßigte" Losungen Schritt für Schritt übernimmt. Dabei sind Jochen Vogel, Horst Ehmke und andere so flink, daß sie Kohl vier Monate nach seinem Schlesierauftritt anbieten, ihn gegen Opposition in den eigenen Reihen zu stützen.

Zu den angeblich "friedfertigen" Formeln der Union, die mit dem neuen SPD-Antrag zur Deutschlandpolitik nun auch offizielle SPD-Formeln sind, gehören vor allem von Weizsäckers Formel, es gelte nicht, Grenzen zu verschieben, sondern ihnen ihren trennenden Charakter zu nehmen, sowie die Formel des CDU-Abgeordneten Rühle von der "Bindungswirkung" der Ostverträge. Die Formel von Weizsäcker greift die Oder-Neisse-Grenze an als eine Grenze, die trennt, was angeblich zusammengehört, und untermauert so den Anspruch der BRD auf Gebiete Polens, der UdSSR usw. Die Formel Rühles unterstreicht die aggressive Forderung der BRD nach einem Friedensvertrag, der das Deutsche Reich wiederherstellt. Zu vermuten ist, daß der SPD-Parteivorstand nun versuchen wird, mit Verweis auf die neue Entschliebung in den Gewerkschaften die Kräfte, die die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der polnischen und sowjetischen Grenzen verlangen, zu unterdrücken.

Darüberhinaus unterstützt die SPD in der neuen Entschliebung auch die Entschliebung von 1984 ausdrücklich. Als "gemeinsame Grundlagen" der Deutschlandpolitik aller staatstragenden Parteien gelten damit weiter: Grundgesetz, Deutschlandvertrag, Ostverträge (mit den "Briefen zur Deutschen Einheit" und der Bundestagsentschliebung vom 17.5.72), der Grundlagenvertrag sowie die Verfassungsgerichtsurteile vom 31.7.73 und vom 7.7.75. Also das komplette Kriegszielprogramm der Reaktion, die die DDR vernichten und das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 wiederherstellen will. Quellenhinweis: FAZ, 16.10. bis 25.10.; BT-Ds. 10/914, 24.1.84; SPD-Entschliebung vom 10.10.85 – (rül)

FAP-Verbot

Antrag der SPD-NRW zielt auf Verfassungsfeinde

Der Antrag der SPD-NRW (s. Kasten), ein Verbot der FAP zu erwirken, ist ein Novum – einen Antrag auf Verbot gegenüber einer faschistischen Partei hat es nicht mal bei Gründung und nach den Wahlerfolgen der NPD gegeben. Die SPD hat dazu nicht von sich aus die Initiative ergriffen. Zu den Kommunalwahlen in NRW versuchte z.B. die VVN, mit einer Unterschriftensammlung in Aachen die Zulassung der FAP zur Wahl zu verhindern, in Dortmund und anderen Ruhrgebietsstädten fanden zahlreiche Aktionen gegen die FAP statt. Die Stadträte in Bielefeld und Dortmund haben sich für ein Verbot bzw. für die Auflösung der FAP als Nachfolgeorganisation der ANS/NA ausgesprochen, der Bielefelder Stadtrat will der FAP keine Räume und Infostandgenehmigungen mehr geben.

Die SPD muß sich fragen lassen, warum der Wahlleiter und die Behörden der SPD-Landesregierung erst dabei Schützenhilfe leisteten, daß sich die

den für die FAP geredet werden müsse.

Die Verbotsinitiative der NRW-SPD zielt auf ein Verbot nach Art. 21, Abs 2 des Grundgesetzes – also wegen Verfassungsfeindlichkeit. Erinnert sei an die Initiative der SPD, die Leugnung von Nazi-Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen. Die CDU drehte den Spieß um und heraus kam eine Möglichkeit der Reaktion, Gegner von Revanchismus vor die Gerichte zu bringen. Die faschistische ANS/NA wurde von Zimmermann verboten, und flugs darauf folgte das Verbot der türkischen revolutionären Organisation "Dev Sol". Ob von der SPD gewollt oder nicht, ein Antrag des Bundesrates wie der vorliegende von der SPD gibt Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht die Gelegenheit an die Hand, endlich einen Verbotsvorstoß z.B. gegen die verhaßte DKP auf die Wege zu bringen. Zwar spricht der Antrag der SPD von den "eindeutig nazistischen Parolen" der FAP, bietet



Demonstration am 23.8.1985 in Dortmund gegen die Eröffnung eines FAP-Büros.

FAP mit der Kandidatur in den Status einer legalen Partei bringen konnte. Sie hätte zuvor als Nachfolgeorganisation der ANS/NA aufgelöst werden können.

Die CDU zog bei den Ratsbeschlüssen mit bzw. legte selbst den Antrag vor (Bielefeld), sie will keine Störung der öffentlichen Ordnung. Protest bekamen die Grünen ab, weil die Ratsfraktion der Grünen in Dortmund gegen den Antrag für eine FAP-Verbotsinitiative Stellung bezog, vor allem mit dem Hinweis, daß das Problem der faschistischen Betätigung nicht so einfach zu erledigen sei und über die Unterstützung der Polizei und Behör-

aber im nächsten Absatz, in dem von der Verfolgung "radikaler Gruppen und Personen" die Rede ist, direkt an, Verfassungsfeinde zu treffen. Das sind bekanntlich in erster Linie Linke.

FAP: Nationalsozialismus mit FdGO-Weihe

Nach Angaben des "Verfassungsschutzberichtes 1984" trat die 1968 gegründete FAP bis zum Verbot der ANS/NA nur im Raum Stuttgart auf. Nach dem Verbot der ANS/NA am 7. Dezember 1983 riefen der ehemalige Organisationsleiter der ANS/NA Michael Kühnen und andere Aktivisten zur Bildung von "Leserkreisen" der

Antrag der Fraktion der SPD

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei – FAP – Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß vierzig Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Unrechtssystems in unserem Land Gruppen und Einzelpersonen unter dem Deckmantel einer 'Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei' mit eindeutig nazistischen Parolen an die Öffentlichkeit treten und vor Gewalthandlungen nicht zu rückschrecken. Dieses Auftreten ist geeignet, das friedliche Zusammenleben der Bürger empfindlich zu stören; es stellt zugleich einen Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates dar.

Der Landtag geht davon aus, daß die Landesregierung wie bisher alle erforderlichen Maßnahmen trifft, um Verstöße gegen Verfassung und Recht radikaler Gruppen und Personen strafrechtlich und polizeilich zu verfolgen.

Der Landtag ersucht die Landesregierung, die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot mit dem Ziel zu prüfen, eine Entscheidung des Bundesrates herbeizuführen, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Entscheidung zu stellen, ob die 'Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei – FAP' verfassungswidrig ist (Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes). Prof. Farthmann und Fraktion. 22.10.1985, Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 10/289

Aus dem Wahlprogramm
der FAP

"1. Zur Arbeits- und Sozialpolitik:

Dem Arbeiter, als wichtiger Faktor innerhalb der Volkswirtschaft, gebührt eine höhere Beachtung, insbesondere im innerbetrieblichen Bereich. Hierzu tritt die FAP für die Erarbeitung einer innerbetrieblichen sozialen Neuordnung ein, die unter anderem regelmäßigen Betriebssport, verstärkte Betriebsausflüge mit kulturellem Hintergrund, Erhöhung der Urlaubsfrist sowie Förderung des Gemeinschaftsgeistes vorsieht. Demgegenüber stellt der Arbeiter seine Pflichterfüllung und seinen Willen zur Leistung.

... 3. Gesetzliche Einführung eines Arbeits- und Sozialdienstes für gemeinnützige Aufgaben. Hierzu können notorische Arbeitslose dienstverpflichtet werden. Aufgabenbereiche: Beseitigung von Wald- und Flurschäden, Ernteeinsätze in der Landwirtschaft, Rohstoffrückgewinnung, Alten- und Sozialbetreuung."

Zur Ausländerpolitik fordert die FAP: "Ausländerrückführung durch Volksabstimmung in dieser Frage; Ausweisung arbeitsloser und krimineller Ausländer; Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter; Familienzusammenführung im Heimatland." "Rassenkrawalle erschüttern europäische Großstädte. ... Die Türkeninvasion 1986 auf Grund der EG-Freizügigkeitsklausel muß verhindert werden."

Zur Familienpolitik: "Das herrschende System ist auf dem besten Weg die Familie abzuschaffen. Die Familie ist aber die Keimzelle eines Volkes und für jeden Einzelnen eine Stätte des Glücks und der Geborgenheit in der Gemeinschaft. Deshalb fordern wir die großzügige Förderung kinderreicher Familien und Achtung und Verständnis für die deutsche Mutter ... Entgegen der materialisti-

*19 von der Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei. Dabei nicht dazugegen wenn ein Türke stolz ist ein Türke zu sein, oder ein Grieche stolz ist ein Grieche zu sein. Wir aber sind stolze Deutsche zu sein! Deshalb unsere klare Aussage:

RASSENSTOLZ!

Vor treter, richtigen Klassenkampf, für soziale Gerechtigkeit durch Verwirklichung des nationalen Sozialismus in einer deutschen

VOLKSGEMEINSCHAFT!

Für die Bürgerinitiative souveränes Gesamtdeutschland ausgerichtet auf einen volkisch orientierten neuen Ordnung. Mit der FAP für die

DEUTSCHE EINHEIT!

wenn Du der gleichen Meinung bist wie wir, und Du auch eintrittst für:

Aufhebung des NS-Verbots

Kampf dem Kommunismus

Für die Erhaltung der

Volksgesundheit

und der deutschen Kultur.

D A N K C M M Z U

U S S R!

Denn Deutschland braucht

Handlwerk, braucht Kämpfer.

Vielleicht gerade DICH!

Wenn Deutschlands Arbeiter sich erheben,
werden Kreml und Wallstreet beben!



Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei

Rassistische Hetzpropaganda der FAP

schen Weltanschauung muß die deutsche Jugend nach den Leitlinien des Gemeinschaftsgedankens erzogen werden. Statt den Jugendlichen unverständliche linke soziologische Phrasen vorzusetzen, muß die Jugend auf das praktische Leben am Arbeitsplatz und in der Gemeinschaft vorbereitet werden. Die Gesundheit der Jugend zeigt sich besonders durch Freude an der körperlichen Ertüchtigung ... Unsere Jugendlichen sollen stolz darauf sein, Deutsche zu sein. Dementsprechend muß der Unterricht in den Schulen gestaltet werden."

Zur Deutschland- und Europapolitik: "Jedes Volk hat das Recht, über sich selbst zu bestimmen. Dieses Recht ist auch eine Pflicht, die wir nun endlich wahrnehmen müssen ... Das Ziel der FAP ist die Einigung Gesamtdeutschlands, eingebunden in ein Europa der Völker."

von ihm herausgegebenen "Die Neue Front" auf. Es folgten Gründungen wie "Deutsche Frauenfront", "Unabhängiger Wählerkreis Würzburg – Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit" (UWK) sowie ab Mitte 1984 von FAP-Kreisverbänden in Ulm, Dillenburg, Marburg, Frankfurt, Rüsselsheim, Hannover und dem Landesverband NRW.

"Die ANS lebt! Obwohl wir das staatliche Verbot strikt einhalten und die ANS nicht fortgesetzt wird, so lebt sie doch weiter. Dies ist nur scheinbar ein Widerspruch ... Publizistisch findet der Geist der ANS seinen Ausdruck in der Massenpropaganda der Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei, die in Kürze einsetzen wird und deren Bundessprecher ich bin", so Kühnen in "Die Neue Front" vom April 1984.

Bereits Anfang 1984 teilte die Bundesregierung auf Anfragen mit, daß ihr diese Gründungen und die Fortset-

zung der ANS/NA in der FAP bekannt sind. Auch, daß der Landesverband NRW der FAP mit den Vorbereitungen zu Hitlers 100. Geburtstag 1989 beauftragt wurde. Die Wiking-Jugend wurde Mitglied der FAP, Verbindungen zu NSDAP-Aufbauorganisationen bestehen. Erheblichen Einfluß üben frühere ANS/NA-Aktivistinnen auch auf die faschistische HNG (Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.) aus.

Über diese staatlich als Partei abgesicherte Sammlungsbewegung behauptet das Bundesinnenministerium, das ANS/NA-Verbot habe zu einer Zersplitterung geführt, der Anhang ginge zurück. Das Gegenteil ist der Fall.

Die örtlichen Presseberichte stellen die Einwände der Antifaschisten gegen den "Terrorismus" der FAP heraus. Darin kommt die Schwäche des Angriffs auf die FAP zum Vorschein. Auf einer "Großen Koalitionslinie"

mit der Union kann eine Formierung von Konservativen mit Faschisten nicht bekämpft werden. Eine gezielte Kritik an der Ideologie und den Forderungen, mit denen die FAP öffentlich agiert, sowie an dem Versuch, die arbeitslosen Jugendlichen und Arbeiter als faschistische und rassistisch aufgehetzte Schlägertrupps in der Öffentlichkeit vorzuführen, ist dringend nötig. Die Antifaschisten kämpfen gegen die FAP, weil sie Ausländer als Menschen minderer Rasse behandelt, die nationalsozialistische Politik fortsetzen will. Parteien mit solchen Zielen sind nach Art. 139 Grundgesetz (Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus) nicht zulässig. Ein Verbotsantrag, der davon absieht, ist wertlos und gefährlich. Die Antifaschisten sollten sich deutlich dagegen wenden, einen Antrag mit klarer antifaschistischer Richtung veröffentlichen und die SPD darauf nageln. – (düb)

DGB-Aktionswoche

Rau vorgeführt, DGB-Kritik unterdrückt – Was sollte da Helmut Kohl beeindrucken?

Die Aktionswoche des DGB hat trotz Beteiligung von 60000 Lohnabhängigen bei den Kundgebungen am 19.10. in der bürgerlichen Öffentlichkeit wenig Eindruck gemacht. Der Bundesregierung gelang es, durch Druck auf die SPD und Hetze gegen die Gewerkschaften die Kritik an ihrer Politik weitgehend zu unterdrücken.

Rau erlebte seinen ersten Reifall als SPD-Kanzlerkandidat. Am 16.10. verkündete er in einem Interview, er werde "sicherlich alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen." Noch am gleichen Tag griff ihn Norbert Blüm im Bundestag höhnisch an: "Es ist heute morgen schon über Johannes Rau gesprochen worden, der alle Kürzungen zurücknehmen will ... Hat er auch die 94 Milliarden DM Sozialleistungskürzungen der SPD gemeint? Oder hat er gar die Kürzung der Sozialleistungen in Nordrhein-Westfalen gemeint? Das könnte ja auch sein. Da will ich einmal einige Kürzungen vorlesen: Bildungsaufgaben 35% Kürzung, Jugenderholung 56% Kürzung, Kindererholung 73% Kürzung ..., Landesjugendplan 53% Kürzung, Familienerholung 73% Kürzung, Kinder- und Müttererholung 43% Kürzung ..." und resümierte dann genüßlich: "Wenn das der Probelauf war, dann hat er voll in den Ofen geschossen." Im vollen Bewußtsein der Gemeinsamkeiten der Regierungsparteien mit der SPD verlangte Blüm dann Milderung der Kritik an der Regierung: "Herr Vogel, reizen sie mich doch nicht! Ich bin nicht sicher, ob die Arbeitslosen etwas davon haben, wenn wir uns jetzt gegenseitig unser Sündenregister vorhalten." Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: "Lachen bei der SPD".

Die Drohungen Blüms und anderer gegen Rau und die SPD hatten Erfolg. Schon am nächsten Tag nahm Rau seine Ankündigung zurück und erklärte, er wolle nur "die schlimmsten sozialen Eingriffe" rückgängig machen, die Kürzung beim Arbeitslosengeld, die Streichungen beim Schüler-Bafög und die Kürzungen beim Mutterschaftsgeld. Damit hatte Rau schon vor den Abschlußkundgebungen öffentlich vor Regierung und Kapitalisten gekuschelt. Der SPD-Parteivorstand hatte klargestellt, daß er die Kritik der Gewerkschaften an der Regierung nicht unterstützt, sondern deren Unterdrückung betreibt.

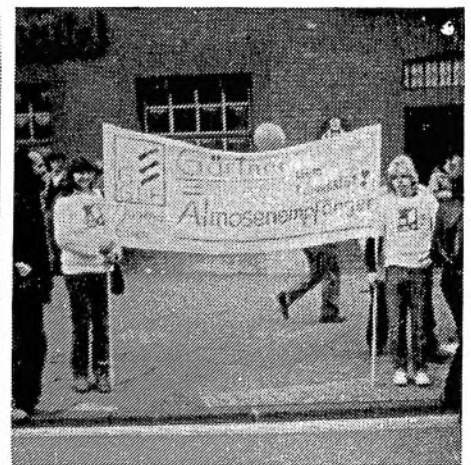
Auf den Abschlußkundgebungen zeigte sich dann, daß die Sprecher der Gewerkschaften verstanden hatten, was von ihnen verlangt wurde. Alle Sprecher schonten die Regierung auf-fällig. Was soll man etwa davon hal-

ten, wenn DGB-Sprecher Zimmermann in Stuttgart von Blüm ein "fortschrittliches Arbeitszeitgesetz" verlangt, wo Blüms neues Arbeitszeitgesetz seit einem Jahr im Bundestag liegt und von den Gewerkschaften mit kaum einem Wort kritisiert wird? Der Tenor der DGB-Reden in der Aktionswoche war: Die Bundesregierung "drückt sich" vor der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das ist eine krasse Beschönigung der Arbeitsmarktpolitik der Regierung, die Kohl am 16.10. im Bundestag so beschrieb: "Wir schöpfen alle Möglichkeiten aus, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch kurzfristig zu verbessern. Ich nenne die folgenden Punkte: Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz – d.h. vor allem mit befristeten Arbeitsverträgen, mit besseren Bedingungen für Teilzeitarbeit und mit vernünftigen So-

mehr als 10 Milliarden DM aus, weit mehr als alle ihre Vorgänger."

Nach der Aktionswoche will Kohl den DGB erneut zu Gesprächen einladen: "Ich habe die Absicht, noch im Dezember dieses Jahres ... erneut den Versuch zu machen, die Verantwortlichen – das sind wiederum Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Repräsentanten der Bundesregierung – zu einem Gespräch einzuladen und zusammenzubringen. Dabei werden wir an Hand der konkreten Unterlagen und der dann entstandenen Situation zu prüfen haben, was im nächsten Jahr noch getan werden kann und getan werden muß, um zusätzliche Impulse für Arbeitsplätze und Beschäftigung zu geben."

Die Aktionswoche ist mißglückt. Der Reaktion ist es gelungen, die Kritik an der Regierung weitgehend zu unterdrücken. Johannes Rau ist öffentlich vorgeführt worden. Nach der Wiederwahl Vogels in den SPD-Fraktionsvorstand spekuliert die bürgerliche Presse über ein "Wiederaufleben der SPD Helmut Schmidts". Vielleicht kommen jetzt auch einige Sozialde-



Interessen, die von den Gewerkschaftssprechern unterdrückt wurden: GGLF-Jugendliche gegen Lohnsenkungen, Auszubildende aus Krankenhäusern gegen Schichtarbeit, Wochenarbeit und staatliche Lohnsenkung. (Dortmund, 19.10.)

zialplanregelungen – haben wir die Chancen für Neueinstellungen ganz beträchtlich verbessert ... Wir haben die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf knapp 100000 gesteigert ... Die Zahl neuer Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen konnte auf weit über 300000 gesteigert werden. Durch die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung werden noch einmal 750 Millionen DM für die Qualifikation von Arbeitnehmern ... bereitgestellt ... Mit der Vorruhestandsregelung können heute ältere Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz für jüngere Kollegen freimachen. Gerade auch in der Bauwirtschaft bedeutet dies eine wichtige Hilfe bei der Strukturanpassung ... Für diese aktive Arbeitsmarktpolitik gibt die Bundesregierung jährlich

mokraten in den Gewerkschaften darauf, welchen Bären die SPD ihnen aufbinden will, wenn sie "Gefolgschaft" für den neuen "Hoffnungsträger" Johannes Rau verlangt. Zeit wär's. Denn wenn die Gewerkschaften sich nicht rasch darauf besinnen, zum Maßstab ihres Handelns die Interessen ihrer Mitglieder zu machen, und wenn sie nicht bald auf dieser Grundlage an ein paar Punkten eine gründliche Kritik an der Regierungspolitik entwickeln, kann ihnen passieren, daß schon bald der eine oder andere Gewerkschaftsvorstand von Helmut Kohl als Mitverantwortlicher für ein christliches Zwangsarbeitsprogramm vorgeführt wird.

Quellenhinweis: BT-Protokoll, 16.10.1985, Welt der Arbeit, 24.10.; Kölner Express vom 16.10. – (rül)

"Ein nationaler Beschäftigungspakt!" Staatstragende DGB-Reden am 19.10.

Ernst Haar, GdED, in Stuttgart:

"Nach dem vollmundigen Regierungswechsel steht die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich, weltpolitisch und sozial viel schwächer da, als es zu verantworten ist ... Was tut die Bundesregierung? Sie brachte uns ein Gesetz zum Heuern und Feuern. Sie will die Mitbestimmung einschränken. Sie will die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen beseitigen. Das alles sind Rezepte aus dem vorigen Jahrhundert, aber nichts für die Bewältigung der Zukunft ... Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Herr Bundeskanzler, setzen sie sich ... dafür ein, daß ein nationaler Beschäftigungspakt zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zustande kommt."

Hermann Rappe, IG Chemie, in Hannover:

"Unsere Alternative heißt staatliches Handeln in vernünftigem Sinn ... Wir fordern, daß der soziale Rechtsstaat seine Verantwortung für die Beschäftigungspolitik wahrnimmt ... Dies ist der grundlegende Dissens zwischen unserer arbeitsmarktpolitischen und sozialstaatlichen Auffassung und der konservativen, angebotsorientierten Haltung einer Ideologie der freien Marktwirtschaft dieser Bundesregierung ... Wir wollen das für die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe ausgegebene Geld in Arbeit umwandeln ... Der DGB steht geschlossen zu unserem sozialen Rechtsstaat, wie ihn die Verfassung vorschreibt. Wir kämpfen aber gegen eine Zwei-Drittel-Gesellschaft."

Lothar Zimmermann, DGB, in Stuttgart:

"Heuern und feuern wird staatlich abgesegnet ... Die Gewerkschaften werden sich mit diesem Beschäftigungsförderungsgesetz nie abfinden— es muß wieder aus der Landschaft des Arbeitsrechts verschwinden ... Wo ist, so frage ich Norbert Blüm, ein neues fortschrittliches Arbeitszeitgesetz, welches die alte Arbeitszeitordnung ersetzt ... Wer weiß eigentlich, daß eine Rente aus der sozialen Rentenversicherung, die 1986 zum ersten Mal gezahlt wird, um ca. 24% höher sein müßte, als sie durch die Kürzungsmaßnahmen seit Ende der 70er Jahre tatsächlich sein wird? Wer weiß, daß ab Januar 1984 das Krankengeld um ca. 12% weniger geworden ist? ... Laßt endlich die Hände weg von den Renten für unsere älteren Kolleginnen und Kollegen. Das sind keine Almosen, dafür haben sie ein Leben lang Beiträge gezahlt ... akzeptieren wir auch die Gesinnung von Kriegsdienstverweigerern. Sie sind keine Drückeberger. Und deshalb wenden wir uns auch gegen eine geplante Verlängerung des Wehrdienstes in der Bundesrepublik Deutschland."

Hans Mayr, IG Metall, in Dortmund:

"Von 1977 bis 1980 wurden in der Bundesrepublik rund 700000 Arbeitsplätze geschaffen. Das war die Zeit des großen Programms für Zukunftsinvestitionen und der kleinen Steuererleichterungen für Arbeitnehmer. Das war zugleich die Zeit der gestiegenen Realeinkommen und der gesunkenen tariflichen Arbeitszeit durch zusätzlichen Urlaub. Praktische Erfahrungen haben gezeigt: Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften und unsere tarifpolitischen Erfolge weisen den Weg zur Gesundung der Gesellschaft ... verlangen wir einen neuen Anfang im politischen Kampf gegen die Beschäftigungskrise. Deswegen verlangen wir einen neuen Anlauf zu gesellschaftlichen Reformen ... Wenn Blüm und Kohl tatsächlich die Tarifautonomie schützen wollen, dann müssen sie in der Fraktion und im Kabinett eindeutig Front machen gegen den Druck der Arbeitgeber, gegen den Druck des CDU-Wirtschaftsrats, gegen den Druck der Unternehmerpartei, die sich freidemokratisch nennt ... Die Regierung muß ... Beschäftigungsprogramme endlich auf den Weg bringen."



Hamburg: 40000 Teilnehmer



Braunschweig: 15000 Teilnehmer



Dortmund: 130000 Teilnehmer



München: 30000 Teilnehmer

USA, Reagans Steuerreform

Von der "Jahrhundertreform" ist nicht viel geblieben

Im Frühsommer hat Reagan mit lauten Fanfaren seine Reform der Einkommenssteuer verkündet. Eine "zweite amerikanische Revolution" sollte es werden, die die große amerikanische Freiheit wiederherstellt, die "amerikanische Vision" wieder belebt und Hoffnung wiederaufleben läßt auf neue, unbegrenzte Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze schafft und eine herrliche Zukunft. Über die Sommerpause sind diese Fanfaren verstummt, der Zug ist ins Stocken gekommen. In der neuesten Ausgabe der "Business Week" wird berichtet, daß jetzt die Befürworter einer Mehrwertsteuer — um das Defizit zu finanzieren — an Gewicht gewinnen.

Das ist recht plausibel. Die Mehrwertsteuer ist eine Verbrauchssteuer und wird im wesentlichen von den Volksmassen aufgebracht. Die Einkommenssteuergesetzgebung umfaßt die Besteuerung der arbeitenden Klassen als auch die Steuernachlässe für die besitzenden Klassen. Jede Reform der Einkommenssteuer spaltet deshalb die Bourgeoisie in unzählige Interessengruppen. Die Mehrwertsteuer dagegen berührt nicht die direkten Vorteile der verschiedenen Fraktionen. Dahinter kann sich die Bourgeoisie zusammenschließen. Einer einheitlichen Stimme und Pressepropaganda der Bourgeoisie bedurfte es schon, um die Senkung des Steuersatzes für die Reichen von 50% auf 35% den Volksmassen als "faire" Steuerreform verkaufen zu können.

Die Bourgeoisie ist auch darüber gespalten, wie das Defizit reduziert werden kann. Reagan preist seine Reform als aufkommensneutral, d.h. das Gesamtsteueraufkommen soll angeblich gleich bleiben. Das Defizit sei durch weitere Streichungen im Haushalt zu senken. Andere Teile der Bourgeoisie — unter ihnen z.B. der frühere Leiter des Haushaltsstabs des Präsidenten, David Stockmann — halten weitere Streichungen für politisch nicht durchsetzbar und sehen den einzigen Weg in Steuererhöhungen. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, Dan Rostenkowski, wirft der Reagan-Reform vor, daß sie das Steueraufkommen sogar um 20 bis 30 Mrd. Dollar jährlich verringert. Gleicher Ansicht ist der Vorstand des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO.

Die Einkommenssteuer wird in den USA auf drei Ebenen erhoben: Bund, Staaten und Gemeinden. Daneben erheben die meisten (Bundes-)Staaten und manche Kommunen Verkaufssteuern bis zu 7% auf alle Waren außer Lebensmitteln und Artikeln des einfa-

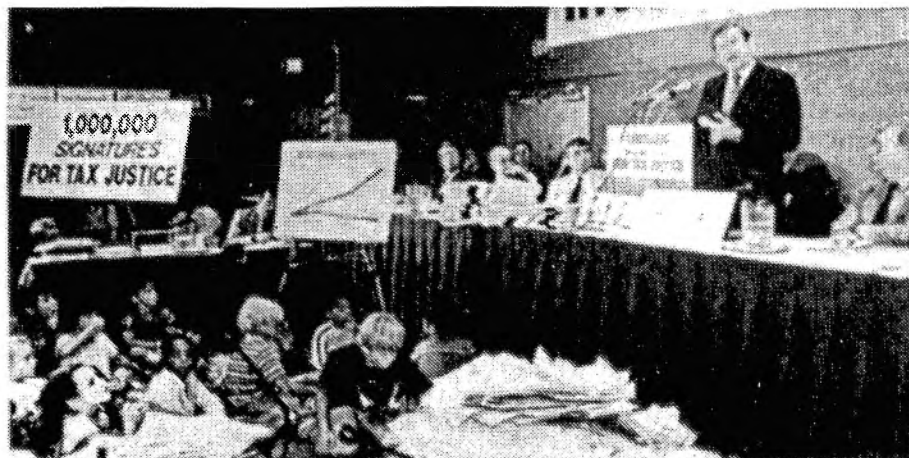
chen Lebensbedarfs. Die Einkommenssteuern der verschiedenen Staaten liegen zwischen 0 und 5%, meistens ohne Progression und Freibeträge. Die Einkommenssteuer der Gemeinden reicht von 3 bis 7%, auch meistens eine reine Prozentsteuer.

Die Bundessteuer, auf die sich Reagans Steuerplan bezieht, ist eine progressive Steuer. Die geltende Steuertabelle für 1986 enthält z.B. für zusammenveranlagte Ehepaare (die Dollarbeträge sind das zu versteuernde Jahreseinkommen) einen Grundfreibetrag von 3670 Dollar, darüber 14 Zonen mit Steuersätzen von 11% bis zu 50% für über 175000 Dollar. Reagans Plan sieht für den gleichen Fall einen Grundfreibetrag 4000 Dollar vor, darüber drei Zonen mit 15% von 4000 bis 29000 Dollar, 25% von 29000 bis 70000 Dollar und 35% über 70000 Dollar im Jahr. In beiden Fällen werden diese Steuerzonen der Inflation entsprechend jährlich angehoben. Bei 200000 Dollar im Jahr springt ein Steuernachlaß von 20400 Dollar heraus, das sind 25% der jetzigen Steuer. Bei 100000 Dollar ist der Nachlaß "nur" 6900 Dollar gleich 22%, bei 50000 Dollar wird er 1690 Dollar gleich 16%. Bei 20000 Dollar sind 30

beitslosengeld und Krankengeld werden jedoch voll besteuert. Dazu sollen noch bis 300 Dollar an Arbeitgeberbeiträgen zur Krankenversicherung zum Bruttoeinkommen addiert werden.

Zur Zeit können Ehepaare, die beide arbeiten, 10% des geringen Einkommens vom gemeinsamen Bruttoeinkommen abziehen. Das mildert die besonders hohe Besteuerung von Zwei-Verdiener-Ehepaaren, das soll wegfallen. Die Reichen sind nicht betroffen, weil deren Frauen nicht arbeiten müssen. Reagan hat bei der Einführung seiner Steuerpläne betont, daß sie die Familie und die kleinen Geschäftsleute förderten. Eine weitere "familienfreundliche Maßnahme": zur Zeit können 20% der Kosten für Kinderbetreuung, bis zu 2400 Dollar pro Kind, maximal 4800 Dollar, von der zu zahlenden Steuer abgezogen werden. Das soll in einen Freibetrag von 2400 bzw. 4800 Dollar umgewandelt werden, ein Gewinn von maximal 790 Dollar weniger Steuern für die Reichen und ein Verlust von maximal 240 Dollar mehr Steuern für die unteren Einkommen. In Reagans Plan soll der Personenfreibetrag von jetzt 1080 auf 2000 Dollar je Haushaltsmitglied hochgesetzt werden. Für die Reichen ist das ein glatter Gewinn von 1300 Dollar. Für die Arbeiterfamilie gleicht das die Verluste durch "familienfreundliche Maßnahmen" aus.

Das einzige in Reagans Plan, was



In einer von den Gewerkschaften unterstützten Kampagne wurden im September '85 dem US-Kongreß 750000 Unterschriften gegen die Steuerbefreiung der Großunternehmen übergeben.

Dollar mehr zu zahlen, und bei 10000 Dollar im Jahr sind es 130 Dollar gleich 16% mehr.

Die zu versteuernden Jahreseinkommen können jedoch nicht direkt verglichen werden, weil das Bruttoeinkommen und eine Reihe von Abzügen und Freibeträgen sich ändern. Nicht zum Bruttoeinkommen addiert werden zur Zeit 60% der ausgezahlten Kapitalgewinne und ein Teil der Sozialrente und des Arbeitslosengeldes. Reagans Plan läßt die Vorteile für die Reichen bestehen, Sozialrenten, Ar-

die Reichen trifft, ist die gestrichene Möglichkeit, 6 bis 10% des Betrages von bestimmten Geschäftsinvestitionen von der Steuer abziehen zu können. Dafür stehen ihnen andere, verbesserte Instrumente zur Verfügung, Einkommen vor der Versteuerung zu bewahren. Außerdem sind in Reagans Plan die Unternehmenssteuer von maximal 46% auf maximal 33% gesenkt und verbesserte Abschreibungen vorgesehen.

Die wichtigste Maßnahme der Steuerreform ist, daß die Staats- und

Kommunalsteuern nicht mehr vom Einkommen abgesetzt werden können. Das trifft fast "ganz Amerika", von unter 20 Dollar an aufwärts. Die 30 Mrd. Dollar, die diese Streichung einbringt, soll die Steuergeschenke an die Reichen finanzieren. Die Nicht-Absetzbarkeit der Staats- und Kommunalsteuern hat einen starken Widerstand auch auf Staats- und Kommunalebene hervorgerufen. Staaten und Städte mit besonders hoher Steuer müssen mit starkem Druck nach Steuersenkung rechnen und werden damit die sozialen Aufgaben, die nach den massiven Streichungen im Bundeshaushalt immer mehr auf ihnen lasten, immer weniger finanzieren können.

Insgesamt sind die Auswirkungen der Reagan-Reform so, daß ein Ehepaar mit einem Kind schon fast 50000 Dollar verdienen muß, um nicht draufzuzahlen. Besonders schroff trifft die Reform Zwei-Verdiener-Ehepaare ohne oder mit einem Kind in den unteren

Einkommen. Bei 25000 Dollar brutto, ohne Kinder, zahlen sie etwa 500 Dollar mehr, das sind 35% der jetzigen Steuer. Bei 35000 Dollar brutto mit einem Kind zahlen sie 300 Dollar gleich 16% mehr. Klar und eindeutig an der ganzen Reform ist, daß die wirklich Reichen ganz gewaltig gewinnen und alle Möglichkeiten von steuerfreien Anlagen behalten. Am anderen Ende der Einkommensskala bleiben Familien mit Kindern und Einkommen von 8000 bis 12000 Dollar im Jahr von der Steuer verschont, was nur den Skandal beseitigt, daß zur Zeit Familien unter der Armutgrenze besteuert werden. Damit hat die Bourgeoisie aber noch keinen ausreichenden Anhang gewonnen. Im Gegenteil, die Verlierer der Reform reichen bis weit in den ideologischen Anhang der Bourgeoisie.

An diesen Widersprüchen wird eine wirkliche Steuerreform wahrscheinlich scheitern. Das komplexe Gebilde der Einkommensteuern ist offensicht-



Lane Kirkland, Präsident des AFL-CIO, bei der Anhörung im Senat zur vorgeschlagenen Steuerreform. Er kritisierte die Steuersenkung für die Reichen, befürwortete jedoch eine Sondersteuer für alle Steuerzahler zur Finanzierung des Militärhaushaltes.

lich nicht mehr so einfach zu handhaben, um gezielt bestimmte breite Klassen mehr zu besteuern und ebenso gezielt einer bestimmten nicht zu kleinen Schicht Steuernachlässe zu verschaffen, um sie ideologisch an die Bourgeoisie zu binden. Es macht schon Sinn, wenn "Business Week" verkündet, Reagans Steuerreform ist tot, es lebe die Mehrwertsteuer.

Quellenhinweis: Congressional Quarterly, 1.7.85, S. 1035; Statistical Abstract of the USA, 1985; Steuertabelle Federal Income Tax 1986- (ger, her)

Kurze Geschichte der US-Einkommenssteuer

Zu Beginn ihrer Existenz nach dem Ende des Befreiungskriegs gegen Großbritannien mußte die US-Bundesregierung die Einzelstaaten um Beiträge bitten. Sie beschaffte sich Mittel durch Kredite aus dem Ausland. Erst 1787 erhielt der Bund die ständige Befugnis, Zölle und Verbrauchssteuern zu erheben. Die erste Einkommenssteuer wurde von Lincoln zur Finanzierung des Bürgerkriegs 1862 eingeführt, aber bald nach Beendigung des Kriegs 1872 wieder aufgehoben. 1895 entschied der Oberste Gerichtshof, daß Einkommensteuererhebung des Bundes mit der Verfassung nicht vereinbar sei. Hintergrund der Ablehnung: Der Kongreß hatte ein Gesetz verabschiedet, das Einkommenssteuer für die reichsten 5% des Landes vorsah.

Zu Beginn des Jahrhunderts waren die Zölle und Verbrauchssteuern derart in die Höhe getrieben, daß weitere Erhöhungen politisch nicht mehr durchsetzbar erschienen. Mit der Verabschiedung eines Zusatzartikels zur Verfassung erhielt die Bundesregierung 1913 das Recht, Steuern auf Einkommen aller Art zu erheben. Die erste Besteuerung begann 1913 mit 1% vom Jahreseinkommen über 3000 Dollar und sah eine höhere Steuerrate erst bei Einkommen über 20000 Dollar vor (1 bis 6%). Während des Ersten Weltkriegs wurde die Einkommenssteuer dann als eine potente Einnahmequelle zur Kriegsfinanzierung erkannt und angewendet. Die Steuerschwelle wurde erheblich gesenkt, von 3000 auf 1000 Dollar bzw. 2000 Dollar für Verheiratete,

die Zusatzbesteuerung setzte statt bei 20000 Dollar bei 5000 Dollar ein, und der Grundsteuersatz wurde von 1% auf 2% verdoppelt. Eine Explosion der Staatseinnahmen war die Folge: von 1913 0,35 auf 5,5 Mrd. Dollar 1920. Danach bis zur Depression Anfang der 30er Jahre wurde die Steuer fünf Mal gekürzt.

Zur Massenschöpfung wurde die Einkommenssteuer tatsächlich erst 1943 mit der Einführung der Lohnsteuer. Während vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 8 Millionen US-Bürger Einkommenssteuer zahlen mußten, waren es danach über 60 Millionen. Die Einnahmen des Bundes waren von 7,4 Mrd. Dollar 1941 auf 45 Mrd. Dollar in 1945 gestiegen.

1954 wurden die verschiedenen Steuergesetze in einem Gesetz zusammengefaßt, das heute noch die Grundlage der Einkommensbesteuerung ist. Weggefallen ist darin der relativ niedrige Grundsteuersatz und ersetzt durch eine progressive Steuerskala, die ursprünglich einen Spitzensteuersatz von 91% enthielt. Durch Verminderung des Höchststeuersatzes und unzählige Steuerfreibeträge ist die Steuerprogression ausgehöhlt. Für die Bourgeoisie ist das aber noch nicht genug. Reagan hat seit seinem Amtsantritt den Höchststeuersatz von 70% auf 50% gesenkt und will ihn in seinem Reformvorschlag auf 35% drücken. "Besteuerung nach Zahlungsfähigkeit" ist angeblich die Richtschnur für diese "faire" Steuerpolitik. Quellenhinweis: Ando, Blume and friends: Restructure and reform of the US tax system, MIT-Press, London 1985

Italien

Regierungskrise: eine Probe auf das Bündnis

Geht die italienische Regierungskrise aus wie's Hornberger Schießen? Fast scheint es so. Ex-Verteidigungsminister Spadolini und seine Republikaner, die durch ihren Rücktritt die Krise ausgelöst hatten, wollen jetzt in die Regierung zurück. Craxi dagegen, der trotz der verbliebenen knappen Parlamentsmehrheit abgetreten war, ohne auch nur die Vertrauensfrage zu stellen, fühlt sich jetzt stark genug anzudeuten, man könne auch zu viert regieren, wenn Spadolini nicht zu Kreuze kriecht.

Politisch geht es in dieser Krise darum, welchen Spielraum Italien für eine selbständige Außenpolitik im Rahmen des NATO-Bündnis haben soll. US-Präsident Reagan meint: gar keinen. Und die westdeutschen Meinungsmacher haben prompt in die Hetze gegen italienische "Alleingänge" eingestimmt.

Craxi erfuhr von der amerikanischen Flugzeugentführung erst, als sich die ägyptische Maschine und zwei US-Transportflugzeuge schon im Landeanflug auf Sizilien befanden. Eine Verschleppung des von der italienischen Justiz gesuchten Kommandos in

die USA konnte nur durch Einsatz italienischer Truppen verhindert werden. US-Jäger "begleiteten" die ägyptische Maschine auf dem Flug nach Rom – über italienisches Territorium und ohne Fluggenehmigung. Und schließlich lösten die Vereinigten Staaten über ihre treuesten Gefolgsleute in Rom, die Republikaner, eine Krise aus, als Craxi nicht in allen Punkten spurte.

Das alles ist für eine "verbündete" Bourgeoisie starker Tobak. Die italienische Nahostpolitik ist ja von handfesten Interessen bestimmt. Italien treibt einen regen Handel mit den arabischen Staaten, proportional weit mehr als seine westlichen Konkurrenten. Schon deshalb kann es sich dem israelisch-amerikanischen Extremismus nicht anschließen. Die offiziellen Beziehungen zur PLO haben die Beendigung der "Achille Lauro"-Affäre ohne das sonst zu befürchtende Massaker ermöglicht. Verhaftung und Auslieferung des Vermittlers Abu Abbas hätten die politische und wirtschaftliche Position Italiens in der arabischen Welt ruiniert.

Der von Craxi und Andreotti verfolgte Kurs hat daher bei der Bourgeoisie und – freilich aus anderen Gründen – auch bei der linken Opposition breite Unterstützung gefunden, in die sich bis in die Spalten des kommunistischen Zentralorgans hinein oft chauvinistische Töne mischten. Spadolini sah sich isoliert. Reagan mußte, nachdem Craxi mit Nichtteilnahme an dem kleinen westlichen Gipfel in New York gedroht hatte, mit einem Brief an den "lieben Bettino" einlenken. Quellenhinweis: l'Unità 17. bis 24.10.85. – (ulg)

Jugoslawien

Streiks ohne die Gewerkschaften

In einer Untersuchung über die Streiks und die Forderungen der Streikenden in Jugoslawien wird festgestellt, daß die Anzahl der Streiks trotz Krise, hoher Arbeitslosigkeit und weiterem Fall der Reallöhne nicht bedeutend zugenommen hat. So fanden in Kroatien im 1. Halbjahr 1985 75 Streiks statt, im gesamten letzten Jahr waren es 84. Die Anzahl der Streikenden ist meist gering, es nehmen im Durchschnitt 50 Arbeiter teil, im Gegensatz zu den großen Streiks 1978/79 mit oft mehr als 1000 Teilnehmern. Die Streiks dauern meist nicht länger als drei bis vier Stunden.

Der größte Teil der Streiks wird geführt, um Lohnerhöhungen zu erreichen (zumindest den dringend nötigen Inflationsausgleich) oder eine gerechtere Verteilung der Lohnsumme in dem Betrieb. Die Arbeiter seien heute schneller bereit, für solche Zie-

le zu streiken, heißt es in der Untersuchung. Gestreikt wird in der industriellen Produktion, die Streikenden sind meist Facharbeiter mit qualifizierter Ausbildung.

In diesen Streiks, so der Autor, läßt sich eine zunehmende Entfremdung zwischen den Arbeitern und den führenden Funktionären in den Gewerkschaften feststellen. So streikten z. B. im Kossovo in der Fabrik "Trepca-Stari Trg" die Arbeiter und forderten Gespräche mit der Betriebs- und Gewerkschaftsführung und der Gemeindeverwaltung. Sie griffen die ständig verspätete Lohnauszahlung an, die großen Unterschiede zwischen den Löhnen im Kombinat, die ungerechte Verteilung von Krediten und Wohnungen, bei der sich die Funktionäre gegenseitig Vorteile zuschanzten. Die Gewerkschaftsfunktionäre werteten die Forderungen der Arbeiter als "unrealistisch" ab.

Nach einem anderen Streik in der Fabrik "Verigina" kam es zum Austritt von 122 Arbeitern aus der Gewerkschaft. Sie hatten gestreikt, weil das Einkommen der Arbeiter pro Halbjahr in dieser Fabrik 48 866 Dinar beträgt, das der Funktionäre (Betriebsführung und Gewerkschaften) im selben Zeitraum 200 000 Dinar. Sie waren verbittert über die Reaktion der Gewerkschaftsführung, die ihren Streik als "ferngesteuert" und "systemfeindlich" angriff.

Mit Recht sieht der Autor der Untersuchung eine Gefahr im immer größeren Auseinanderklaffen zwischen den Arbeitern und der Gewerkschaftsführung, das bis zu Gewerkschaftsaustritten führt. Er fordert, daß die Gewerkschaften sich nicht in ihren Aufgaben beschränken lassen sollen auf Freizeitgestaltung etc., sondern sich voll und ganz für die Forderungen der Arbeiter einsetzen sollten. Dazu müßte aber ihre Struktur geändert werden, sie sollten nicht als "Kader-Nachwuchs" für die Partei dienen mit Leuten an der Spitze, die "unfähig sind, die Forderungen der Arbeiter zu verstehen und umzusetzen".

Der Autor erinnert an Beschlüsse des kroatischen Gewerkschaftsbundes nach den Streiks 1978/1979 mit ähnlichen Forderungen. Bisher seien diese Beschlüsse aber nicht in die Tat umgesetzt worden. Den Arbeitern müßte auch ausdrücklich das Recht auf Streik gewährt werden. Nach jugoslawischer Gesetzgebung sind Streiks zwar nicht verboten, aber auch nicht ausdrücklich erlaubt.

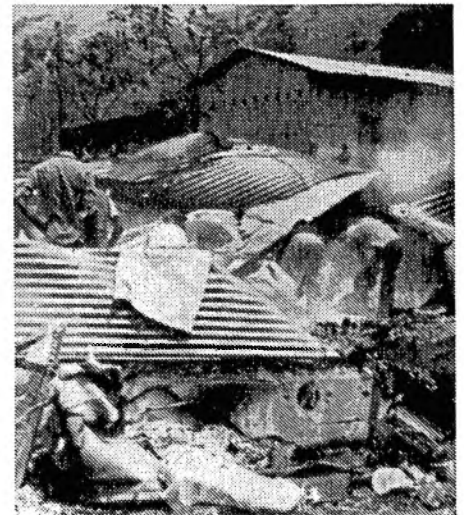
Außerdem sollten die Möglichkeiten für jährliche Lohnabsprachen – ähnlich Tarifverhandlungen – verbessert werden. Dies soll v.a. den Forderungen der Arbeiter nach rechtzeitigem Inflationsausgleich entgegenkommen.

Quellenhinweis: "Danas", Nr. 184/1985, mehrere Ausgaben "Ekonomika Politika" – (lsc)

Nicaragua

Notstand gegen äußeren und inneren Feind

Nicht der zusätzlichen US-Militärhilfe in Höhe von 28 Mio. US\$ an die Konterrevolution in Nicaragua galten Konterrevolution (SPD) "verhaltene Kritik" bzw. die Proteste der Menschenrechtler vom Schlage der CDU/CSU/FDP. Sondern Gegenstand ihrer Art "Sorge" ist der am 15.10.85 verkündete Notstand durch Ministerpräsident Ortega. Dieser begründete die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Information, Freizügigkeit und Streik damit, daß Maßnahmen gegen "die äußere Aggression und den inneren Feind" ergriffen werden müßten, darunter kirchliche Kreise



"Contra"-Überfall gilt der Nahrungsmittelversorgung und Infrastruktur.

und Oppositionsparteien. Noch am gleichen Tag verhinderten Sicherheitskräfte den Druck und die Auslieferung eines Diözesenblattes, das Kritik an der sandinistischen Verteidigungspolitik enthielt. Die Bischofskonferenz, die rechtsgerichteten Parteien, Unternehmer- und rechte Gewerkschaftsallianz und die "demokratische Koordination" beabsichtigen, zur Wehrdienstverweigerung und zu einem Generalstreik aufzurufen.

Unterstützung findet diese Opposition bei den westdeutschen Regierungsparteien. Die CDU/JU organisiert am 29.10.85 einen "Nicaragua-Report". Im Auftrag der JU schrieb der Vorsitzende der christlich-sozialen Partei Nicaraguas (PSC), Anaya, einen Bericht. (1) Die EG solle über die Contadora-Staaten Druck auf Nicaragua entfalten. Anaya bietet sich an, die Wühlarbeit fortzusetzen, und bittet um stärkere Unterstützung.

Die rechte Opposition hofft auf die Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in den Städten. Tatsächlich ist die antiimperialistische Einheitsfront, das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, in Gefahr. So kri-

tisierte Ministerpräsident Ortega den Streik der Bauarbeiter, von denen am 15.10. 400 vor dem Regierungsgebäude in Managua demonstrierten, ferner den Protestmarsch von 2000 Arbeitern der sozialistischen Gewerkschaft "SCAAS", die für Lohnforderungen vor die Nationalversammlung zogen. Der sozialistische Gewerkschaftsführer Solorzano, der einen Hungerstreik für die Einführung eines 13. Monatsgehalts durchführte, wurde von der Polizei verhaftet. Die "Gewerkschaftliche Koordinationsgruppe" zerbrach an Differenzen über Forderungen des Industrie- und Landproletariats. Ungelöst und problematisch bleibt weiterhin die schwierige Versorgungslage. Mit ihren Anschlängen zielen die Konterrevolutionäre auf die ländliche Infrastruktur, den Nahrungsmittelanbau und die Agrarexportwirtschaft. Managua beherbergt inzwischen mit 1 Mio. Menschen ein Drittel der Bevölkerung. Seit 1979 verteilte die Regierung 1/3 der Landwirtschaftsfläche hauptsächlich an Kleinbauern. Dennoch fehlen in den Städten Nahrungsmittel oder sind zu teuer. Spekulant treiben die Preise zusätzlich in die Höhe. Die Regierung befindet sich vor dem Problem, daß die Bauern hohe Verkaufserlöse für Nahrungsmittel verlangen, Preise, für die der Lohn der Arbeiter zu niedrig ist. Auf 11 % der Fläche produziert der Großgrundbesitz innerhalb eines staatlich gesetzten Rahmens für den Agrarexport, um notwendige Devisen für Düngemittel, Maschinerie usw. zu erwirtschaften, die für eine Produktivitätssteigerung vonnöten sind. Mit der wachsenden Auslandsverschuldung steht die Regierung Nicaraguas vor einem wesentlichen Problem. Die diesjährige Mißernte bei Baumwolle (Hauptexportprodukt) wird notwendige Einnahmen verknappen.

(1) FR, 23./24.10.85. Weitere Quellenhinweise: NZZ, 18.10.85; Latin America Weekly Report, 18.10.85; ila info 90 - (sie)

rohstoffreiche zweitgrößte Insel des Landes, war durch eine Streikwelle lahmgelegt. An diesen Streiks, organisiert von der NPA und der Einheitsfrontorganisation NDF (National Democratic Front), hatten Arbeiter, Bauern, Landarbeiter, Selbständige, Hausfrauen, Schüler und Studenten teilgenommen. Ihre Forderungen: gegen politische Unterdrückung, gegen den Militärterror, gegen die US-Basen, für eine Anhebung der Mindestlöhne, für Preissenkungen bei Grundnahrungsmitteln, Dünger und anderes.

Nach Schätzungen bürgerlicher Quellen kann die NDF, in deren Rahmen Hunderte "zweckorientierter Gruppen" (caucus groups) wie Gewerkschaften, Lehrerverbände, Taxifahrer-Vereinigungen, Studentenorganisationen etc. zusammengeschlossen sind, in den Städten mehrere Millionen Menschen mobilisieren. Erklärtes Ziel der illegalen NDF: Sturz der US-Marcos-Diktatur, Durchführung der demokratischen Revolution und Errichtung einer Koalitionsregierung, die sich auf die Allianz von Arbeitern und Bauern, städtischer Kleinbour-

geoisie und nationaler Bourgeoisie stützt.

Gegenüber dieser starken Einheitsfront ist der Versuch des US-Imperialismus, eine bürgerliche Alternative zum Marcos-Regime aufzubauen, bislang nicht vorangekommen. Der Versuch früherer Marcos-Anhänger und verschiedener Großkapitalisten und Grundbesitzer, im Rahmen der legalen Oppositionspartei UNIDO die gesamte bürgerliche Opposition zu sammeln, scheiterte. Große Teile der bürgerlichen Opposition, darunter die Familie des von Militärs ermordeten Senators Aquino, haben sich in der Convenor Group zusammengeschlossen, die ausdrücklich ihre Zusammenarbeit mit der NDF hervorhebt. Unter diesen Umständen ist für die USA ein Militärputsch eine denkbare Option zur Regelung der Marcos-Nachfolge, eine Option, die sich angesichts des bislang ungebrochenen Erstarkens der Einheitsfront gegen die US-Marcos-Diktatur immer mehr aufdrängt.

Quellenhinweis: Ang Bayan, Zeitschrift der CPP, div. Ausg.; Liberation, Zeitschrift der NDF, div. Ausgaben; SZ, 22.10.85 - (wom)

Naher Osten

Arabische Reaktionen auf die Angriffe auf die PLO

Die israelisch/amerikanischen Kriegshandlungen - Zerstörung des PLO-Hauptquartiers in Tunis und Entführung des ägyptischen Flugzeugs - haben in der arabischen Welt unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Der israelische Luftangriff wurde von den Regierungen allgemein verbal verurteilt.

Tunesien sprach von einem "Akt des Staatsterrorismus", der darauf ziele, Friedensbestrebungen im Nahen

Osten zu sabotieren. Bourguiba beabsichtigte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA im Falle eines US-Vetos im Welt Sicherheitsrat, dessen Sondersitzung er beantragt hatte. Die Resolution, die mit amerikanischer Enthaltung angenommen wurde, verzichtete jedoch auf Strafmaßnahmen, der ursprüngliche Text wurde auch auf Wunsch Tunesiens abgemildert, z.B. durch Streichung des Begriffes der "israelischen

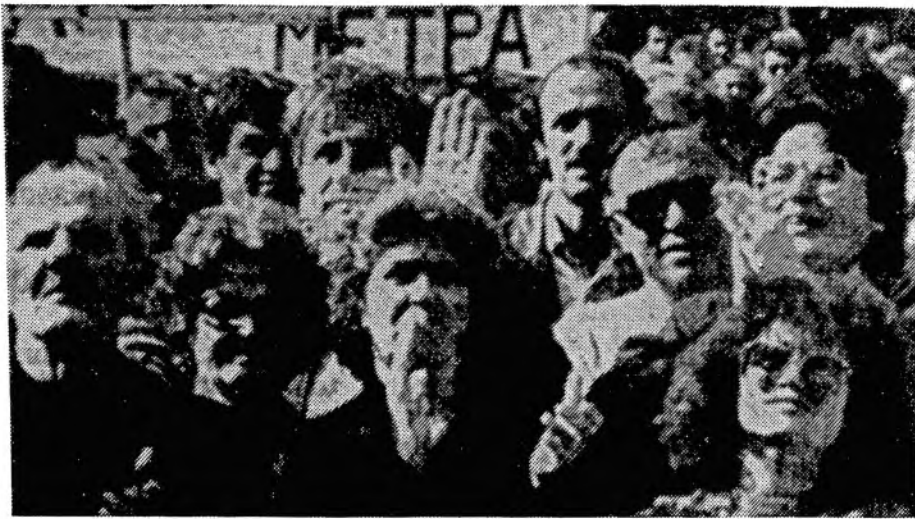


Auf einer Protestkundgebung in Kairo gegen die Kaperung des Flugzeugs mit den vier Palästinensern an Bord durch die USA verbrannten Demonstranten die US-amerikanische und die israelische Flagge.

Philippinen

US-Militärputsch gegen erstarkte Einheitsfront?

Vor wenigen Tagen kehrte US-Senator Laxalt, nach einer Inspektionsreise durch die Philippinen im Auftrag von US-Präsident Reagan, in die USA zurück und berichtete besorgt über die zunehmende Schlagkraft der NPA (New People's Army, der bewaffnete Arm der KP der Philippinen). Korruption und Wirtschaftskrise machten immer mehr Menschen für deren Ziele empfänglich. Zeitgleich zum Besuch Laxalts hatten in der Hauptstadt Manila zehntausende Reisbauern gegen die Landreform-Politik des Marcos-Regimes demonstriert. Mindanao, die



Hunderttausende von Lohnabhängigen, u.a. die Beschäftigten des Nahverkehrs und der Krankenhäuser, streikten am 21. Oktober gegen die von der griechischen Pasok-Regierung angekündigten Lohnkürzungen. Die Regierung will durchsetzen, daß künftig die Löhne nicht wie bisher viermonatlich in Höhe der tatsächlichen Inflationsrate erhöht werden, sondern aufgrund der Regierungsschätzung über die kommende Inflationsrate. Weitere Lohnerhöhungen sollen bis Ende 1987 vollständig verboten sein. Auf einer Kundgebung in Athen forderten die Teilnehmer in einer Resolution die vollständige Rücknahme der Regierungsbeschlüsse. Die Regierung hält bislang an ihren Vorhaben fest. — (uld)

Zimbabwe: Verbesserung der Schulausbildung

Für die nächsten fünf Jahre plant die Regierung von Zimbabwe Verbesserungen bei den Schulabschlüssen und die Einführung der sozialistischen Weltanschauung in die Schulcurricula. Die Ausgaben für das Erziehungs- und Ausbildungswesen sollen jährlich 562 Mio. Zimbabwe-Dollar, 20% des Haushalts, betragen. Zimbabwe kann eindrucksvolle Erfolge vorweisen. Waren vor der Befreiung 0,82 Mio. Schüler in 2400 Grundschulen bzw. 66000 in 177 weiterführenden Schulen, so sind es heute 2,5 Mio. Schüler in 4160 bzw. 422000 in 1180 schulischen Einrichtungen. Probleme gibt es vor allem noch bei der Bereitstellung von Leh-

tern und Arbeitsplätzen für Jugendliche, denn über 50% der Bevölkerung sind unter 15 Jahre. — (sie)

Bewaffnete Aktionen in Türkisch-Kurdistan

Neun Soldaten sind nach Angaben der türkischen halbamtlichen Nachrichtagentur Anadolu am 26.10. bei einem bewaffneten Überfall von kurdischen Befreiungskämpfern auf eine Polizeiwache in der Ortschaft Andic im Südosten der Türkei getötet worden. Die Angreifer hätten halbautomatische Waffen und Granatwerfer benutzt, ihre Zahl sei nicht bekannt. Innenminister Akbulut kündigte eine weitere Ausdehnung der Operationen türkischer Truppen in Türkisch-Kurdistan an. (FAZ, 28.10.— rül)

Brasilien: Agrarreform-Dekret erlassen

Als vor Wochen der Minister für Agrarreform und -entwicklung Ribeiro, ein wichtiges Landwirtschaftsprogramm in Parana— voreilig— als "offen" für die Landreform erklärte, piff ihn Präsident Sarney zurück. Mitte Oktober verkündete der Präsident nun das erwartete "Jahrhundertwerk". Die Großgrundbesitzer begrüßten die erlassene Landreform, "weil sie keine Enteignung der Latifundien vorsieht, wie groß diese auch sein mögen. Wer sein Land produktiv nutzt, wird nicht behelligt". Das Landreform-Dekret verwirft das Versprechen auf eine gerechte Verteilung des Landes. Vorgesehen ist eine Verteilung von ca. 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (= 430000 qkm) —



nur brachliegendes Land— an 1,4 Mio. von insgesamt über 10 Mio. besitzlosen Bauernfamilien über Verhandlungen und Verständigung. Das Recht auf Eigentum bleibt garantiert und Enteignung nur letztes Mittel. Landarbeitergewerkschaften und die "Bewegung der Landlosen" lehnen diese "Reform" entschieden ab. — (sie)

Politik des Staatsterrorismus".

Ägyptens Regierung mißbilligte die Tat und brach zum wiederholten Mal die Verhandlungen mit Israel im Grenzkonflikt um die Taba-Enklave ab. Jordanien bezeichnete den Angriff als kriminellen Akt und Staatsterrorismus, Algeriens FLN verurteilte die Aggression gegen die Souveränität der tunesischen Republik und appellierte an die arabische Solidarität. Libyen klagte die USA der Komplizenschaft an. Die israelischen Bomber seien von US-Flugzeugträgern gestartet, in Ausübung des strategischen Abkommens zwischen den USA und Israel.

In der Erklärung des Rates des arabischen Botschaften in Bonn wurde die "verbrecherische israelische Aggression" als ein "terroristischer Akt gegen die Souveränität eines arabischen Staates, welcher kein Frontstaat ist", verurteilt. Die PLO wurde in der Erklärung nicht mit Namen erwähnt: "Israel hat ein arabisches Land ange-

griffen, das tausende Kilometer von Israel entfernt ist, einfach deshalb, weil sich auf dem Boden dieses Landes das Hauptquartier einer Organisation befindet, welche am Völkerrecht festhält."

Von Syrien sind keine offiziellen Verlautbarungen bekannt. Die Neue Zürcher Zeitung beurteilt Syrien als "dämpfenden Faktor", "am friedlichsten verhalten sich paradoxerweise die theoretisch radikalen prosyrischen Gruppen".

In Tunesien kam es nach dem Luftangriff zu Demonstrationen unter Parolen wie: "Israel— Mörder", "Palästina ist arabisch", "Nein zu USA". Obwohl aus Sorge vor Ausschreitungen alle Demonstrationen verboten waren bzw. die Regierung anordnete, sie aufzulösen, dauerte die Demonstration von ca. 100 Menschen etwa zwei Stunden. Der Versuch, zur amerikanischen Botschaft zu gelangen, wurde von der Polizei zurückgedrängt. Die

ungefähr 5000 Personen umfassende jüdische Gemeinde von Tunis hat in einer Erklärung das israelische Bombardement verurteilt und ihre Betroffenheit über derartige Grausamkeit zum Ausdruck gebracht. Der Wunsch der tunesischen Oppositionsparteien, einen nationalen Trauertag und ein Staatsbegräbnis für die Opfer auszurichten, wurde durch die Regierung abgelehnt.

Auch in Ägypten demonstrierten am 5.10. mehrere hundert Studenten von der Universität zur israelischen Botschaft und forderten den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel. Die Demonstration war von der "Nasseristischen Tendenz" organisiert.

In den besetzten Gebieten Palästinas gab es lokale Protestaktionen in Nablus, Ramalah und Bir Zeit. Am 7.10. veröffentlichte die PLO ein Kommuniqué zu einem Anschlag auf ein Gebäude des israelischen Geheim-

Gewerkschaften boykottieren Rassistenregime

Die Gewerkschaften in Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland und Island haben beschlossen, Boykottmaßnahmen gegen den Handel dieser Länder mit Südafrika durchzuführen. Allen voran gehen die Transportarbeitergewerkschaften. In Finnland wollen außerdem die Mitglieder der Postarbeitergewerkschaft keine Post von und nach Südafrika befördern. Ende Oktober entscheidet ein internationaler Kongreß der Seehafenarbeiter- und Seeleutegewerkschaften über Boykottmaßnahmen. — (sie)

VR China: Wirtschafts-sonderzone ein Flop

Shenzhen, früher Fischerdorf in der Nähe Hongkongs, wurde in den letzten Jahren zum Paradestück der chinesischen Wirtschaftspolitik. Die Regierung hatte Shenzhen zur ersten Wirtschaftszone erklärt und mehr als 1 Mrd. US-\$ investiert, um westliches Kapital zu Vorzugsbedingungen anzulocken. Bisherige Auslandsinvestitionen: 840 Mio. US-\$, vorzugsweise in Industrien wie Textilien und Elektronik. Ergebnis: Die Produktivität in Shenzhen liegt 35% unter Landesdurchschnitt, 80% der Produktion werden im Inland statt wie geplant auf dem Weltmarkt abgesetzt. Indessen ist Shenzhen wegen der Nähe Hongkongs zum gigantischen Marktplatz legaler und illegaler Geschäfte zwischen chinesischen Firmen geworden. Täglich sind 80000 Geschäftsreisende aus ganz China in der Stadt. Die chinesische Regierung hat daraus Konsequenzen gezogen: Nur noch vier statt der vorgesehenen 14 Hafenstädte stehen für aus-

ländische Investitionen offen. Die Parteiführung von Shenzhen wurde ausgewechselt. Künftig sollen 80% der Produktion auf dem Weltmarkt verkauft werden und Devisen erbringen. — (wom)

Österreich: Lehrerstreik

Am 23. Oktober traten die rund 33000 Lehrer an den allgemeinbildenden und weiterführenden Schulen sowie an den Pädagogischen Hochschulen in einen eintägigen Warnstreik. Der Streikaufruf der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst wurde lückenlos befolgt, so daß

für die 370000 Schüler die Schulen an diesem Tag geschlossen bleiben mußten. Die Lehrer fordern von der Bundesregierung die Angleichung der Bezüge der befristet angestellten Vertragslehrer an die der verbeamteten Lehrer. In der allgemeinen Verwaltung war eine solche Angleichung bereits vor Jahren erfolgt. Die Regierung hat bisher auf die Forderung der Lehrer nicht reagiert. Am 25. Oktober hat der Gewerkschaftsvorsitzende Sommer sie erneut aufgefordert, unverzüglich einem Verhandlungstermin über diese Forderungen zuzustimmen. — (rua)



Die französische Gewerkschaftsbewegung findet gegenwärtig zu keiner einheitlichen Aktion. Als Anfang Oktober weit über 10000 Renault-Arbeiter in den Werken Le Mans, Choisy und Billancourt auf Aufruf der CGT für Lohnerhöhungen und gegen Rationalisierungshetze in den Streik gingen, mochte nur die CFDT in Le Mans Streik und Werksbesetzung mittragen, während die rechtssozialdemokratische FO und die Angestelltengewerkschaft CGC öffentlich eine Schwächung der CGT durch die Renault-Geschäftsleitung herbeiwünschten. Die Streiks konnten mit großer Mühe mit einer geringen Prämienhöhung für diese Werke beendet werden. Das Ziel zentraler Lohnverhandlungen für den gesamten Konzern wurde nicht erreicht. Am 24. Oktober führte dann die CGT einen nationalen Aktionstag für mehr Geld und Arbeitszeitverkürzung durch. Ca. 40000 demonstrierten in Paris. Die Streikaufrufe wurden in den verschiedenen Bereichen jedoch sehr unterschiedlich befolgt, die direkten Streik Auswirkungen blieben schwach. — (pel)

dienstes in Jerusalem. Israel sucht, dies als Gasexplosion in einem Wohnhaus herunterzuspielen. Ebenso beklagt Israel die Ermordung von Ausflüglern; gleichzeitig werden die Israelis dazu angehalten, "Ausflüge" nur noch "in Gruppen und stets mit Waffen" zu unternehmen.

Mit dem Piratenakt gegen das ägyptische Flugzeug ist es den USA dagegen gelungen, das Mißtrauen unter den arabischen Staaten zu schüren und die Widersprüche zur PLO zu verschärfen. Die PLO hatte die Geiselnahme selbst scharf verurteilt, da sie nur weitere Vorwände für israelische Angriffe auf die PLO liefere.

Der Aufruf der PLO zur arabischen Solidarität nach der Entführung durch die USA traf jedoch ins Leere. "Die PLO betrachtet jenen Piratenakt als Affront gegen alle Araber. Wir rufen unsere arabische Nation in ihrer Gesamtheit auf, dieses amerikanische Verbrechen sofort und auf geeignete

Weise zu beantworten und der flakgranten Verletzung arabischer Würde durch die USA und Israel mit Stärke entgegenzutreten."

Ägypten bezeichnete die Entführung als einen Gewaltakt von der gleichen Art wie die Kaperung der Achille Lauro. Es beschuldigte Tunesien, das dem Flugzeug die Landeerlaubnis verweigert hatte, der Kollaboration mit den USA. In Ägypten kam es zu militanten Demonstrationen gegen die USA und Israel, die auch die amerikanfreundliche Regierungspolitik Mubarak angriffen. Polizei löste die Demonstrationen auf, viele wurden verhaftet.

In anderen arabischen Ländern verglichen Kommentatoren die Passivität der USA, als die israelischen Kriegsflugzeuge zu ihrem Angriff auf Tunis unterwegs waren, mit ihrer Aktivität gegen ein ägyptisches Zivilflugzeug mit sechs Palästinensern an Bord.

Syrien benutzte sowohl die Kaperung der Achille Lauro wie auch die amerikanische Aktion zu Vorwürfen gegenüber Arafat. Eine regierungsnahе Zeitung kritisierte die Entführung der Achille Lauro als "Ablenkungsmanöver", um die Wut der Volksmassen über den israelischen Überfall am 1.10. in Tunis umzulenken. Sie zielte darauf ab, die Verurteilung Israels durch den Sicherheitsrat abzumildern und das negative Bild der USA zu verwässern. Die Entführer seien Arafatgetreue, und Arafats Rolle sei es, dem arabischen Kampf zu schaden. Die amerikanische Abfangaktion gegen das ägyptische Flugzeug schob sie dann ebenfalls Arafat in die Schuhe: In Wirklichkeit hätten sowohl Arafat als auch Mubarak und Reagan zusammengearbeitet, um die Schiffsentführer zu täuschen.

Quellen: div. Ausgaben der Neuen Zürcher Zeitung, Le Monde, Palästina Bulletins. — (bar)

* Veröffentlichungen *

Alternativbericht zum KDVNG

Die Bundesregierung hat im September einen Bericht über die Erfahrungen mit dem am 1.1.84 in Kraft getretenen Kriegsdienstverweigerungsgesetz (KDVNG) herausgegeben. Die "Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer" hat dazu einen Alternativbericht veröffentlicht, weil sie "diesen unvollständigen und irreführenden Propagandabericht" ergänzen will. Der Bericht ist die umfangreichste Kritik, die es zum KDV- und Zivildienstbereich gibt. Die Praxis, daß die "Inkaufnahme" des verlängerten Zivildienstes (ZD) "tragendes Indiz" für eine Gewissensentscheidung sei, wird entschieden angegriffen. Nach wie vor muß der Verweigerer eine schriftliche Gewissensprüfung ablegen. Besonders kritisiert die Zentralstelle, daß die persönlichen Daten und Darlegungen zentral bearbeitet und gespeichert werden und ein polizeiliches Führungszeugnis verlangt wird. Das BVG-Urteil vom 24.4.85 wird als verfehlt bewertet. Weiter wird kritisiert, daß es weiterhin eine Gewissensinquisition gibt, es erhebliche Verschlechterungen im ZD gegeben hat, Zivis für den Zivilschutz eingeplant sind, Zivis als billige Arbeitskräfte Planstellen einnehmen und der ZD für die Verwendbarkeit im Kriegsfall eingeplant und daran orientiert wird. "Das alles geschieht unter mehrfacher Irreführung der Öffentlichkeit, ... um militärische und nationalistische Stärke demgegenüber herausstreichen zu können." Der Bericht ist wegen seiner umfangreichen Anlagen für alle im KDV- und ZD-Bereich Tätigen sehr nützlich. (Zentralstelle ... Donandtstr. 4, 28 Bremen, 4,50 + Porto — thb)

Biedenkopfs "Neue Sicht der Dinge"

Prof. Kurt Biedenkopf, ehemaliger Henkel-Manager und Generalsekretär der CDU, derzeit Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen-Lippe der CDU, erhebt den Anspruch, eine umfassende, wissenschaftlich begründete Theorie für die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung in der heutigen Zeit darzulegen. Insofern muß sein Buch verstanden werden als ein Beitrag, der zumindest in der CDU auf Programmatik und Politik der Regierungspartei wirken soll. Biedenkopf bezieht sich positiv auf die Grundsätze Ludwig Erhards und propagiert als Allheilmittel gegen alle auftretenden Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Konkurrenz. Der Wettbewerb — so erklärt er — sei ein in einem Naturgesetz gleichendes Prinzip aller menschlichen Gesellschaften, und alles Un-

glück, z.B. auch die meisten Kriege, entstehe daraus, daß dem Wettbewerb Schranken gesetzt werden. Diese These versucht Biedenkopf an der Geschichte der CDU-Programmatik und der CDU-Politik in den 50er und 60er Jahren nachzuweisen und verlangt, daß eine "neue Ordnung", eine tatsächliche "Wende" einsetzen müsse, indem die Freiheit des Wettbewerbs in der künftigen Politik der Regierung gebührend berücksichtigt werde. D.h., daß die Aufgabe des Staates sein soll, jegliche Konkurrenz hemmenden Gesetze zu beseitigen und allen Kollektivismus zu beschränken. Die Beseitigung von Arbeiterrechten, kollektiven Verträgen, kollektiven Versicherungen, Arbeitsschutz- und



Schwarzarbeit — weder Arbeitsschutzvorschriften noch die Arbeitszeitordnung werden eingehalten.

Arbeitszeitgesetzen ist Biedenkopf eine Selbstverständlichkeit, denn wenn freier Wettbewerb herrscht, dann muß auch auf dem Arbeitsmarkt schrankenlose "Freiheit" sein. Gewerkschaften, Tarife und gesetzliche Arbeitszeitbeschränkungen, Versicherungen aber hemmen den Wettbewerb. Biedenkopf will die Beseitigung aller gesetzlichen Versicherungen, staatliche "Leistungen" sollen beschränkt sein auf das Almosen Sozialhilfe. Die Arbeiter sollen sich gegen Wechselfälle der kapitalistischen Produktion entweder privat versichern oder sich mit einer entsprechenden Familie versehen. Daß solches Verfahren ja funktioniert, beweise die Zunahme der Schwarzarbeit in der Bundesrepublik, in der schließlich — wenn auch illegal — weder Tarife, noch Sozial- oder Krankenversicherung, noch Steuern die Konjunktur hemmen. Schattenwirtschaft sei ein "Rohling" der "neuen Ordnung". (Kurt H. Biedenkopf, Die neue Sicht der Dinge, Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung, Piper-Verlag, 44,00 DM — uld)

Aktionseinheit mit von Weizsäcker?

Das DGB-Jugendmagazin "ran" hat im Oktober einen Sonderdruck zur Kampagne "Mach meinen Kumpel nicht an ran — gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" herausgegeben. Als Unterstützer der Aktion ist abgebildet Bundespräsident Richard von Weizsäcker: "Ausländer wissen, daß dort, wo sie in großer Zahl unter uns leben, Probleme für sie und auch für uns entstehen." Liselotte Funcke, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, auch Unterstützerin, findet: "Was ausländische Mitbürger in unserem Land am stärksten verunsichert und belastet, ist die fühlbare Nichtbeachtung" und Prof. Kurt Biedenkopf (CDU): "Wir sind alle aufgerufen, vorhandenen Tendenzen der Ausländerfeindlichkeit — im Betrieb, auf der Straße, in der Kneipe — entgegenzutreten." "ran" meint: "Die Bundesregierung gibt der aufgebrachten Volksseele ständig neue Nahrung." Dieses Reinwaschen der Bundesregierung ist gefährlich und deckt die Faschisten, die eben nicht die "Volksseele" sind. Hier kann man nicht bedingungslos mitmachen, sondern muß auf den wichtigen Forderungen bestehen, wie z.B. dem Wahlrecht für die ausländische Bevölkerung. — (eve)

Haftbedingungen politischer Gefangener

Seit dem Abschluß des letzten Hungerstreiks der politischen Gefangenen sind eine Reihe von Schriften erschienen, die einige der teilweise schwer zugänglichen Informationen zu diesem Thema zusammentragen.

Im März 1985 erschien die Dokumentation zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand (77 S. DIN A 4, DM 6,00, Bezug: RA G. Klusmeyer, Deisterstr. 17A, 3 Hannover); hilfreich das kurze Literaturverzeichnis. Diese Dokumentation wird fortgesetzt durch zwei weitere Broschüren: "... Wenn Sie dennoch von Isolation sprechen, dann trifft dies objektiv zu ..." (54 S. DIN A 5, DM 3,00,) eine Dokumentation des Vollzugs der Vernichtungshaft am Beispiel des Gefangenen Günter Sonnenberg; und "Von der Zwangsernährung zur 'Koma-Lösung'" (50 S. DIN A 4, DM 4,50) — Berichte, Analysen und Dokumente zur 'sauberen Linie' der Vernichtungshaft, wie sie an Knut Folkerts während des Hungerstreiks praktiziert wurde. Beide Broschüren bei: Der andere Buchladen, Glasstr. 80, 5000 Köln 30.

Soeben ist neu erschienen die zweite und erweiterte Auflage des Buches "Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht", (Paperback, 297 S. DIN A 5, DM 19,80, Regenbogen-Buchvertrieb) hrsg. v. Pieter Bakker Schut u.a. (Untertitel:

"Kritische Anmerkungen zu dem Bericht der Bundesrepublik Deutschland an den UN-Menschenrechtsausschuß vom November 1977"). Das Buch stellt systematisch die Methoden der Isolations- und Vernichtungshaft in der BRD entlang dem 1976 in Kraft getretenen "Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte" der UNO dar. Wichtig: der umfangreiche Dokumentenanhang.

Regelmäßig berichten über das Thema: die Zeitung der Informationsgruppe Politische Gefangene Groß-Gerau "die vergessenen— Zeitschrift für politische Gefangene" (ca. 40-60 S. DIN A 5, Einzelheft DM 2,00, Bezug: "die vergessenen", Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1) sowie das BWK-Nachrichtenheft Jugend, Militär, Gefängnisse (Bezugsbedingungen siehe Rückseite dieses Hefts). — (kuh)

Jahresbericht 1985 von ai

Amnesty international (ai) hat ihren Jahresbericht 1985 veröffentlicht, der über die Aktivitäten im Jahr 1984 berichtet. Der Bericht ist wie jedes Jahr ein Nachschlagewerk über 123 Länder. Amnesty schreibt in dem Bericht, daß die Hälfte dieser Länder "gewaltlose politische Gefangene in ihren Gefängnissen" festhielt. Amnesty international behauptet von sich selber, "strikt unparteiisch" zu sein: "Sie arbeitet nicht gegen Regierungen, sondern gegen Menschenrechtsverletzungen. Sie spricht sich weder für noch gegen irgendein politisches, soziales oder wirtschaftliches System aus." Immer wieder versuchen Kräfte von ai einen generellen Angriff auf die "Menschenrechte" in den osteuropäischen Staaten, so z.B. in der Frage der Ausreise aus der DDR in die BRD. Deshalb akzeptieren osteuropäische Staaten wie z.B. Albanien, die DDR, die Sowjetunion das Vorgehen der Menschenrechtsorganisation nicht, nehmen zu ai keinen Kontakt auf.

1984 hat ai eine Kampagne gegen die Anwendung der Folter in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestellt. Auf Initiative von ai beschlossen die Vereinten Nationen 1984 eine Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Haftbedingungen. Die Resolution ist im Anhang der Jahresberichte veröffentlicht. Der Jahresbericht erwähnt, daß sich ai dafür einsetzte, daß eine Europäische Konvention gegen Folter verabschiedet wird, gegen deren Verabschiedung die Bundesregierung sich ausspricht. ai berichtet über die Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerern in der BRD, nicht über die unmenschliche Isolationshaft, wie sie es im Jahresbericht 1983 noch tat, obwohl ihr Proteste dagegen zugegangen waren. (ai, Jahresbericht 1985, Fischer-Verlag 3450, 11,80 DM— jöd)

SPD

SPD und antifaschistischer Kampf heute "Führt Kapitalismus zum Faschismus?"

Wird die Sozialdemokratie wieder den Weg gehen, den die Reichstagsfraktion der SPD am 3.10.1930 beschrieb: "Die Erhaltung der Demokratie, die Sicherung der Verfassung und der Schutz des Parlamentarismus" hat Vorrang vor allen anderen Zielen? (1) Diese Erklärung richtete sich auch gegen Kritiker in den eigenen Reihen, die verlangten, die Politik der Notverordnungen nicht länger mitzutragen, sondern sie kompromißlos zu bekämpfen. Bekanntlich "tolerierete" die SPD die bürgerlichen Regierungen bis zum bitteren Ende, ohne die schleichende faschistische Machtergreifung aufhalten zu können. Die Sozialdemokratie hatte letztlich der faschistischen Propaganda "Arbeit geht vor Versorgung" (Motto der Deutschen Arbeitsfront) nichts entgegenzusetzen. Die SPD verlor Arbeiterstimmen an die KPD, während ihr Einfluß in bürgerlichen Schichten stagnierte. Warum fand die SPD 1931/32 nicht den Punkt, an dem sie sagen konnte: 'Jetzt reicht's! Wir haben reaktionäre Maßnahmen mitgetragen um der Republik willen, aber das ist mit uns nicht mehr zu machen.' Welche Lehren zieht die SPD aus den bitteren Erfahrungen, die auch sie 1933 hat machen müssen?

Von Historikern, die damit rechnen können, in der Sozialdemokratie Gehör zu finden, ist in den letzten Wochen Bedrohliches zu vernehmen. Der Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte Broszat unternimmt den Versuch, Kritik an der faschistischen Sozialpolitik zu entkräften: "... die Schändlichkeit, die im großen die Bilanz dieser Epoche ausmacht, kann nicht bedeuten, daß den

vielen sozialen, wirtschaftlichen, zivilisatorischen Wirkungskräften, den zahlreichen Modernisierungsbestrebungen ihre geschichtliche Bedeutung allein durch die Verknüpfung mit dem Nationalsozialismus genommen wird." (2) Und in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift "Geschichte und Gesellschaft" wird über die Grenzen der Belastbarkeit des Weimarer Sozialsystems schwadroniert und um Verständnis für reaktionäre Maßnahmen geworben. Das sind böse Anzeichen!

Die Sozialdemokratie kann dem Faschismus keinen Einhalt gebieten, weil sie nur im Rahmen der bürgerlichen Verfassung kämpfen will. Stimmen wie die des Vorstandsmitgliedes der IG Metall H. Preiss hört man aus der SPD selten: "Die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zum Faschismus führten, bestehen fort." (3) So im April in der "Neue(n) Gesellschaft". Preiss fordert in der SPD eine "Fahrplanänderung", so z.B. "Kampf gegen die illusionäre Vorstellung vom neutralen, über den Klassenkonflikten stehenden Staat". (4) Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Zwei Nummern später polemisierte V. Jung, Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand, gegen Preiss. Er fragt Preiss, ob er etwa meine, die Politiker seien nur Handlanger der Monopole, und ob es egal sei, ob Sozialdemokraten oder Konservative regieren. Jung bezieht Gegenposition: Kapitalismus führt nicht zum Faschismus. Die SPD muß die bürgerliche Demokratie verteidigen und sich die "Kompetenz für Reformvorhaben" erarbeiten. (5)

Das Handeln der Sozialdemokratie



Reklame der Kapitalisten im Faschismus. Sie hatten das Regime installiert, um ihre Profite zu sichern.

ausschließlich in den Grenzen, die der bürgerliche Staat zieht, beruht auf ihrer Überzeugung, daß dieser Staat der Garant "staatsbürgerlicher Freiheit" ist. Der Sozialismus der SPD wird aus den Idealen der Französischen Revolution hergeleitet — also Bündnis von arbeitenden Klassen mit den Kapitalisten für Freiheit und Gleichheit. Kurt Schuhmacher hat dies kurz nach dem Krieg programmatisch auf den Begriff gebracht: "In den menschlichen Rechten der Freiheit, Gleichheit, der Brüderlichkeit sind alle Klassenforderungen der Arbeiter enthalten." Die Sozialdemokratie hat eine besondere Vorstellung von Arbeiterinteressen. Für sie bestehen sie darin, daß sich Arbeiter als Staatsbürger verwirklichen können. Emanzipatorische Interessen der arbeitenden Klassen existieren in ihrer Vorstellungswelt nicht. Die Arbeiterklasse soll Anhängsel der Bürger bleiben, ungefähr so wie sie 1848 Fußvolk der Kapitalisten gegen den Adel war. Heute geht es nicht mehr gegen den Adel, sondern gegen die Japaner, die technologische Herausforderung usw. Der reformistische Weg im antifaschistischen Kampf als Kampf um die Rettung der bürgerlichen Demokratie ist ein Weg in die Sackgasse, weil auf dem Altar der "Demokratie" die sozialen Interessen der Arbeiterklasse letztlich geopfert werden.

Natürlich gibt es in der SPD bestimmte Vorstellungen von "sozialer Demokratie". P. Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, kommt in seinem "Manifest für eine Neue Europäische Linke" zu dem Ergebnis, daß die "soziale Demokratie auf der kapitalistischen Zivilisation" aufbauen kann. (6) Gleichzeitig stellt er "Grenzen des Wachstums" fest. Damit befassen sich alle Sozialdemokraten gegenwärtig und diese "Grenzen" bereiten ihnen erhebliche Kopfschmerzen. Die Logik "kapitalistischer Zivilisation" erst einmal vorausgesetzt, bleibt ihnen nämlich nicht viel anderes übrig, als auch die "Grenzen des Sozialstaates" festzustellen. Und so wird quälend das Problem gewälzt, wie denn das Wenige, das noch zu verteilen ist, gerecht verteilt werden kann. Leute mit keinen Skrupeln, wie R. Löwenthal äußern sich dann so: "Sozialdemokraten können sich in Notzeiten nicht gegen eine angemessene Reduzierung der Sozialleistungen wenden, um nicht das ganze System zu gefährden. Soziale Umverteilung ist wünschenswert, aber in ihrer Durchführung an die Wirtschaftslage gebunden." (7) Mehr aus gewerkschaftlicher Sicht sprechende Sozialdemokraten wollen trotz, daß gerade in der Krise gerecht verteilt wird. Die SPD bringt sich mit ihrer sozialen Demokratie, gebunden an Wirtschaftswachstum, in einen ungeheuren Rechtfertigungsdruck. Ein Aus-

weg besteht nur im Angriff auf das Privateigentum.

Die Sozialdemokraten spüren, daß Reaktion und Faschismus etwas mit Armut zu tun haben. Der Faschismus kommt aus der Armut, ist aber nicht eine Sache der armen Leute, sondern wird von den Reichen betrieben. Goebbels soll auf die Frage, was Hitlers größte Leistung gewesen ist, geantwortet haben: "Die geniale Vereinfachung der allgemeinen Not und Verzweiflung." Wenn Tausende verelenden, gehört nicht viel dazu, Stimmung für Arbeitslager zu machen. Wenn Leute hungern, dann muß man sie Autobahnen bauen lassen, wo sie immerhin ein Mittagessen bekommen. Scheinbar naturwüchsig verstärken sich dann Auffassungen über die Ungleichheit der Menschen. Auf dem Boden der "kapitalistischen Zivilisation" können die reichen Bestien Rassismus und Nationalismus verbreiten.

Wenn der Kapitalismus nicht den Faschismus hervorbringt, wo kommt

uns mit Entschiedenheit für eine neue Brüderlichkeit ein, die in nationaler Solidarität Gruppenegoismen überwindet und zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit führt." Mit dieser Propaganda gegen die sozialen Interessen der Arbeiterklasse wird der Faschismus vorbereitet. In der Linken bestehen Hoffnungen, daß die Sozialdemokratie von der Sozialpartnerschaft abzurücken wird, wenn dieser mehr und mehr der Boden entzogen wird. Aber in dem Moment, wo die letzten Illusionen über "soziale Demokratie auf kapitalistischer Grundlage" zerstört werden — ist es zu spät. Es ist der Moment, wo das Finanzkapital die äußerste Zuspitzung der Widersprüche mit dem Faschismus "löst" — und dann hängen auch die Sozialdemokraten.

Was ist die Lektion von Weimar? Der Geschichtspräsident Winkler aus Freiburg bekam am 12.11.84 in der "Frankfurter Allgemeine" eine Seite, um seinen Rat an die SPD zu begründen: "Es kam darauf an, die Prioritä-



Mittelstandsdemonstration 1933 in Hamburg. Während die Arbeiterparteien ihre Stimmen bis 1933 hielten, wurden die liberalen Parteien des besitzenden Mittelstandes von der NSDAP aufgegeben.

er dann her? Er steckt in jedem, sagen die Sozialdemokraten in beängstigender Eintracht und lamentieren über einen angeblichen "faschistischen Bodensatz in unserer Bevölkerung". F. Duves Rede auf der SPD-Kundgebung in Nürnberg gegen die Rassegesetze ist das jüngste, unerfreuliche Beispiel. (8)

Wenn Not und Elend der arbeitenden Klassen sich vergrößern, gerät die SPD unweigerlich in den Sog der Volksgemeinschaftsideologie. W. Brandt sprach im Frühjahr von der "nationalen Verantwortung", der sich die SPD nicht entziehen könne. Wie will die SPD mit folgender Passage aus dem NPD-Programm 1985 (Entwurf) fertig werden: "Eine dauerhafte Sicherung aller sozialen Leistungen ist in einer sich veränderten Arbeitswelt nur durch die Schaffung produktionsbezogener Sozialausgaben möglich. Wir Nationaldemokraten setzen

ten richtig zu setzen und der Erhaltung der parlamentarischen Demokratie den höchsten Wert anzuerkennen — einen noch höheren als der Verteidigung sozialpolitischer Errungenschaften." Es scheint so, als werde die SPD diesen Rat — oder ist es eine Warnung — beherzigen. Hoffnung besteht nur insofern, als Kämpfe der arbeitenden Klassen die Sozialdemokratie zu etwas anderem zwingen könnten.

(1) Matthias/Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien, S. 103-7; (2) M. Broszat, in: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 39 (1985), S. 374f; (3) H. Preiss, in: "Neue Gesellschaft", 4/85, S. 328; (4) ebenda; (5) V. Jung, ebenda 6/85, S. 559; (6) P. Glotz, Manifest ..., Juli 1985, S. 50; (7) R. Löwenthal, in: Papcke, Schuon (Hrsg.), Braucht die SPD ein neues Grundsatzprogramm?, S. 81; (8) SPD-Pressebericht vom 20.9.85 — (ana, DK-AK Volksfrontpolitik)

Jubeltreffen der SS-HIAG in Hamburg verhindert

Hamburg. Für den 26.10. plante die "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS e.V." eine Jubelfeier zu ihrem 35jährigen Bestehen in Hamburg. Aus Furcht vor Protesten blieb der Ort des Treffens geheim. Gegen diese Feier der vom Zimmermann-Ministerium mittlerweile als nicht extremistisch eingestuften Altnazi-Vereinigung bildete sich eine Aktionseinheit aus VVN/BdA, KB, GAL, DKP, Friedenskoordination HH, Pax Christi, BWK, Volksfront, KPD, FAU/R und örtlichen Initiativen. Der Hamburger Senat machte in Unschuld, ihm sei nichts von einem Treffen bekannt, ein Verbot mochte er nicht aussprechen. Am Vorabend wurde eine Veranstaltung organisiert, an der 250 teilnahmen. Über 1 000 Leute versammelten sich dann am 26.10., um das Treffen, wo auch immer es stattfinden mochte, zu verhindern. Sie demonstrierten durch Altona und forderten auf Transparenten das Verbot der HIAG und aller anderen faschistischen Organisationen. Die Versammlung der HIAG fand an diesem Wochenende schließlich nicht statt, die Wachsamkeit der Antifaschisten hat sich gelohnt. — (jok)

"Haidhauser Krawalle" — der Staat zeigt "Flagge"

München. Am 12.10. demonstrierten 40 000 gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Bereits während der Demonstration versuchte die Polizei einen Teil, den sog. "Schwarzen Block", zu isolieren — was am Eingreifen der übrigen Teilnehmer scheiterte. Nach der Kundgebung machte sie dann Jagd auf schwarz gekleidete und Punks, 45 Festnahmen. Am Abend wurde ein bis dahin friedliches Straßenfest der WAA-Gegner im Stadtteil Haidhausen von Polizei und Grenzschutz in einer militärisch anmutenden Aktion eingekesselt und über 100 Besucher festgenommen. In den nächsten Tagen folgte eine massive Pressekampagne über die nun "Haidhauser Krawalle" genannten Vorgänge. Eine für das folgende Wochenende beantragte Demonstration gegen Polizeiterror und Spaltung des WAA-Widerstandes, zu der ca. 40 Gruppen aufgerufen haben, wurde von der Stadt verboten. Begründung: Die Antragstellerin habe angeblich Kontakt zur "linksterroristischen Szene" und zeige "keinerlei Kooperationsbereitschaft" (sie sollte Gruppen ausschließen) mit der Behörde. Abends brachten ca. 80 Personen ihre Solidarität mit den am 12.10. Festgenommenen vor der Strafanstalt Stadelheim zu Ausdruck — wieder kesselten Polizei und Bundesgrenzschutz die Teilnehmer ein und nahmen 53 Leute unter Zuhilfenahme von CS-Gas fest. — (ror)



Kiel. Am 20.10.85 protestierten 200 Demonstranten gegen den Besuch eines US-Geschwaders, bestehend aus dem Schlachtschiff "Iowa", dem Kreuzer "Ticonderoga" und der Fregatte "Halyburton". Um die Sowjetunion zu provozieren, hatte dieser Verband nach Absprache mit dem Bundesverteidigungsministerium an einem Manöver in der Ostsee teilgenommen. — (clm)

Prozeßbeginn wegen des Mordes an Ernst Thälmann

Krefeld. Wegen der Ermordung des KPD-Vorsitzenden E. Thälmann beginnt am 5.11. 1985, 9 h Landgericht Krefeld, Am Nordwall, Zimmer 157, der Prozeß gegen den Angeklagten W. Otto. Otto, Leiter des Exekutionskommandos im KZ Buchenwald, hatte 1944 den KZ-Häftling Thälmann durch Genickschuß umgebracht. Bisher hatte die westdeutsche Justiz jahrzehntelang die Eröffnung des Prozesses verhindert. U.a. mit der Erklärung, Thälmann hätte mit seiner Erschießung rechnen müssen, also könne Otto nicht wegen Mordes angeklagt werden, da dazu Heimtücke Voraussetzung sei. Die westdeutsche Justiz sah sich jetzt gezwungen, die hartnäckige Antragstellung von Thälmanns Tochter und ihres Rechtsanwalts Hannover nicht mehr auf direktem Wege abzuweisen. Bisher konnten die BRD-Gerichte die Verurteilung der Nazi-Mörder in fast allen Fällen verhindern. Öffentlichkeit im Gerichtssaal und genaue Kritik am Vorgehen des Gerichts ist vonnöten. — (gba)

Demonstration der Wirtschaftsjuvenen

Heidelberg. Die diesjährige Bundeskonferenz der Wirtschaftsjuvenen vom 3. bis 6. Oktober in Heidelberg stand unter den Forderungen nach "Weniger Staat — mehr privat" und "Abbau der Arbeitslosigkeit". In der Auftaktveranstaltung wurde der Privatisierungspreis an den Pforzheimer Bürgermeister verliehen; dieser Preis soll "... die Kommunen ermuntern, in ihrem Bereich sämtliche Leistungen auf Übertragung an private Anbieter zu überprüfen ..." Was der freien Konkurrenzentfaltung noch im Wege steht, sind staatliche Sicherungsprogramme, das starre Tarifsystem und die hohen Lohnnebenkosten. Ings-

samt brachten alle Wirtschaftsjuvenen 2000 Arbeitsplätze mit, die sie auf einer öffentlichen Kundgebung, der sog. "Arbeitsplatzbörse", feilboten. Der DGB und das örtliche Arbeitslosenkomitee griffen in einem Flugblatt die Forderungen nach mehr "Flexibilität" und "Mobilität" an. — (irs)

"Volksuni" durchgeführt, CDU ergrimmt

Göttingen. Vom 18.—20. Oktober führt der AStA Göttingen die Veranstaltungsreihe "Volksuni" durch. "Volksuni bezieht die gesamte Bevölkerung mit ein" (AStA, mehrheitlich grün-alternativ). Dem "wissenschaftlichen Wissen" soll "Erfahrung und praktisches Wissen der Bevölkerung gleichberechtigt gegenüber treten". Der Arbeiterbewegung soll dabei eine, aber keine zentrale Funktion beigemessen werden. Insgesamt finden 80 Veranstaltungen statt unter sechs Schwerpunktthemen: Arbeit/Neue Technologien, Frauen, (Über)Leben, Bewegung, Theorie, Kultur. Gekommen sind über 2000 Besucher. Vorangegangen waren massive Versuche seitens des Unipräsidenten, der CDU und des Verwaltungsgerichts, die "Volksuni" zu verbieten bzw. durch Veranstaltungsverbote zu verstümmeln. Gleich zwölf Veranstaltungen verbot der Unipräsident wegen Wahrnehmung eines "allgemeinpolitischen Mandats", das dem AStA angeblich nicht zustünde. Das Verwaltungsgericht verbot noch einmal fünf Veranstaltungen, getragen vom DGB, u.a. zur Arbeitslosigkeit, Kostendämpfungsgesetz und Beschäftigungsförderungsgesetz. Sie fanden, formal in Verantwortung politischer Gruppen, trotzdem statt, es bleibt aber die zunehmende Einschränkung politischer Äußerungsmöglichkeiten des AStA, Neue "Untreue"-Prozesse gegen ihn stehen an. — (kek)

Streik bei Progamma

Der Kampf um einen Tarifvertrag mit landesweiter Bedeutung

Stuttgart/Gerstetten. "Statt Arbeit oder Tarif, wollen wir Arbeit zum Tarif!" – so haben die Streikenden der Autoradiofabrik Progamma in Gerstetten ihr Streikziel auf einer Wandtafel im Dorf aufgeschrieben. Seit Mitte September streiken die 38 IG Metall-Mitglieder, ca. 60 Beschäftigte hat die Firma, für einen Anerkennungstarifvertrag. Der Kapitalist Röhlich, der im Auftrag einer französischen Firma Autoradios für den gehobenen Bedarf produzieren läßt, zahlt z.B. einer Montiererin 10,10 DM Stundenlohn, nach Lohngruppe II (mit durchschnittlicher Zulage) müßte er aber 11,07 DM zahlen. Techniker in der Kontrolle oder im Service erhalten statt ca. 3.300 DM monatlich nur 2.250 bis 2.500 Mark. Statt wie nach IG Metall-Tarif 30 Tage Urlaub haben die

sowie vom Kapitalisten inzwischen angeheuerte Leiharbeiter ins Fabrikgebäude geleiten. Der Bürgermeister von Gerstetten – der Gemeinderat hatte die Ansiedlung von Progamma vor zwei Jahren mit einer Gebäudesanierung von rund 300.000 DM subventioniert – stellt das Rathaus zur Verfügung, damit Röhlich seine Streikbrecher unter Polizeischutz in Kleinbusse bringen kann. Obwohl Röhlichs Firma nicht im Kapitalistenverband ist, erhält er mindestens moralische Stärkung vom Verband der Metallindustriellen (VMI): In einem Leserbrief rechtfertigte der für Gerstetten zuständige Heidenheimer VMI-Vorsitzende das Vorgehen Röhlichs und warf den Streikenden Rechtsbruch vor.

Schließlich hat der Kapitalist Rückenwind von Seiten der Landesregie-

Die Streikenden schreiben auf einer weiteren Wandtafel: "Wer Steuergelder kassiert, der soll auch seine Leute nach Tarif bezahlen!" Sie sagen, daß ihr Kampf auch politisch wichtig sei und der Ausgang bedeutsam sein wird, ob es den Kapitalisten insgesamt gelingt, Tarifverträge anzugreifen. So erklärt sich auch, warum der Streik im ganzen Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden unterstützt wird, aus verschiedenen Verwaltungsstellen der IG Metall täglich Gewerkschafter nach Gerstetten fahren und dort Streikposten stehen. Neuerdings will der Kapitalist einen Haustarifvertrag abschließen, der ihm – weil eine Maßregelungsklausel fehlt ermöglichen soll, den gesamten Betriebsrat rauszuschmeißen. Daraufhin verstärkte die IGM die Aktionen.

Progamma ist nicht ein rückständiger Betrieb, Progamma ist die Zukunft, hier verbinden sich sog. Hochtechnologie mit sog. Privatinitiative auf der Grundlage von öffentlichen Subventionen zu einem Geschäft, das beweisen soll, daß man sehr moderne Geräte mit sehr alten Methoden herstellen kann. Überarbeit, Polizei, Geldstrafandrohung, nichts fehlt am diesem Musterstück Späthscher Wirtschaftsförderungspolitik.

Solidaritätsadressen nimmt die IG Metall-Verwaltungsstelle, 7920 Heidenheim, Robert-Koch-Str. 28, Tel. 07321/23051 entgegen. – (alk)



Demonstration in Gerstetten zur Unterstützung des Progamma-Streiks, Bild aus der Heidenheimer Neuen Presse.

Progamma-Beschäftigten nur 25 Tage gekriegt.

Nicht einmal das Arbeitszeitgesetz war für den Kapitalisten eine Schranke. Arbeitszeiten von 20 bis zu 42 Stunden am Stück, 150 Überstunden im Monat setzte Röhlich durch. Anfang des Jahres bildeten die Beschäftigten einen Betriebsrat. Der Kampf gegen Überstunden und für tarifliche Entlohnung begann.

Auf beiden Seiten findet der Streik Unterstützung über die unmittelbar Betroffenen hinaus:

Zunächst der Kapitalist Röhlich: Die Justiz hat für ihn ein "Streikgasen-Urteil" erlassen: Die IG Metall muß eine drei Meter breite Gasse von Streikposten freihalten; Strafandrohung: 500.000 DM. So können Polizei und Bereitschaftspolizei dann jeden Tag eine Handvoll von Streikbrechern

rung: Der Regierungsbeauftragte für Technologiepolitik betonte 1984 bei der Eröffnung, die Progamma sei ein "beispielhafter Fall für die Umsetzung der Technologie-Politik". Und wer von Späth gehört hat, daß Unternehmensgründer vor allem billigere Arbeitskraft und keine Hemmungen durch Tarifverträge bräuchten, wird sich nicht wundern, daß das Wirtschaftsministerium der Progamma einen zinslosen Kredit – die IG Metall vermutet rund 11 Mio. DM – gewährt und dabei, so das Wirtschaftsministerium, keine "direkte Einflußnahme auf unternehmenspolitische Entscheidungen" nimmt. So hat der kleine Kapitalist eine gewaltige finanzielle, und weil das Land der Kreditgeber ist, auch politische Rückendeckung und kann sich dementsprechend aufführen.

Teilzeitarbeit

Niedersachsen – Vorreiter in Sachen Lohnkürzung

Hannover. Das niedersächsische Innenministerium hat im Juli Richtlinien herausgegeben, nach denen alle Einstellungen im Landesdienst nur noch mit Verträgen mit auf 30 Wochenstunden reduzierter Arbeitszeit möglich sind. Ausgenommen sollen z.B. an den Hochschulen die Professoren und die Beschäftigten aus Drittmitteln sein. Begründet wird der Erlaß damit, daß so mehr Beschäftigte eingestellt, d.h. aus drei Arbeitsplätzen vier gemacht werden könnten – kostenneutral natürlich. Mittlerweile haben die Beschäftigten verschiedener Landeseinrichtungen klar gemacht, daß sie nicht Arbeitsplätze zu jedem Preis wollen.

Die Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) haben auf einer Personalversammlung gegenüber Ministerpräsident Albrecht erklärt: "Wenn Sie wirklich an die Arbeitsmarktlage gedacht haben, müssen Sie alles dafür tun, daß die MHH mehr Planstellen bekommt. Die katastrophale Personalsituation der MHH dürfte Ihnen seit langem bekannt sein." Es wurden die Absichten der

Spaltung zwischen dem alten 40- und dem neuen 30-Stunden-Personal kritisiert mit der daraus entstehenden Lohnspaltung. Schon zuvor hatte der Personalrat der MHH erklärt, daß Arbeitszeitverkürzungen für die Beschäftigten nur bei vollem Lohnausgleich akzeptabel seien. Der Erlaß dagegen verringere nicht die Arbeitslosigkeit, sondern führe zu mehr Armut und sei "ein Wahlkampfmanöver der Landesregierung auf dem Rücken der Beschäftigten".

In ähnlicher Weise kritisierte auch die Personalversammlung der Technischen Universität Braunschweig den Erlaß: Manch ein Beschäftigter wird mit dem reduzierten Einkommen gerade über der Sozialhilfegrenze liegen. Die Arbeitsintensität wird für alle gesteigert, denn die Erledigung der Arbeit wird verlangt werden, auch wenn zehn Dienststunden fehlen. Neue Stellen seien nicht in Sicht und aus mehreren verschiedenartigen Stellen an einem Institut auch nicht machbar. Der Erlaß stelle eine Verdrehung der gewerkschaftlichen Forderung nach 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich dar.

Die CDU setzt nun mit einem Propagandafeldzug für die Landtagswahlen nach: Erstens behauptet sie, etwas für die Arbeitslosen zu tun, und zweitens versucht sie, in den Kommunen ähnliche Verordnungen durchzusetzen.

Quelle: HAZ 30.9. u. 1.10.85 — (cus)

Streik bei den Thalerwerken:

Tarifliche Absicherung ist das Kampfziel

Kiel. Seit dem 18.9.85 streiken die gewerblichen Arbeiter der Maschinenfabrik Thalerwerke in Weddellbrook bei Bad Bramstedt. Der Betrieb, der Kabelverlegemaschinen herstellt, hat 80 Beschäftigte, 40 davon gewerblich. Der Betrieb gehört nicht dem Metall-Kapitalistenverband an. Die Löhne werden in Einzelarbeitsverträgen festgelegt. Sie liegen nach Angaben der IG Metall "zum Teil erheblich unter dem Tarifniveau". Verhandlungen über eine Tarifanhebung und, wie die IG Metall fordert, eine Tarifanbindung wurden von der Geschäftsführung hinausgezögert.

Mitte Juli beschloß die Mitgliederversammlung der IGM bei Thaler, Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Am 31.7. streikten dann 35 Arbeiter für zwei Stunden. Erst unter dem Eindruck der Kampfbereitschaft zeigte sich die Geschäftsführung zu Gesprächen bereit. Der Geschäftsführer Ladiges arbeitete in der Öffentlichkeit mit der Propaganda, er zahle Löhne, die 20–30% über dem Tarif liegen. Er verschwieg, daß im Stücklohn gearbeitet wird und so ein über dem Tarif

liegender Effektivlohn entsteht.

Nach dem zweiten Warnstreik am 22.8. bezichtigte der Geschäftsführer Ladiges die IGM der Aufhetzung, man habe in den Verhandlungen, bei der 50 Punkte vorgelegt wurden, über alle bis auf drei Einigkeit erzielt. Und diese drei Forderungen seien: "1. daß wir nicht bereit sind, dem Arbeitgeberverband beizutreten ... 2. daß wir keinem Rationalisierungsschutzabkommen zustimmen ... 3. daß sich bei uns das Urlaubsgeld aus dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zusammensetzt und nicht, wie die Gewerkschaft es fordert, der letzten 13 Wochen." Nach fünf Verhandlungen erklärte die IGM die Verhandlungen für gescheitert. Einem Verhandlungsdelegations-Mitglied war eine Abmahnung erteilt worden, weil es sechs Minuten zu spät zur Arbeit erschien. Die Verhandlungen hatten am Vortage bis 23.00 Uhr gedauert. In einer Urabstimmung der 33 Gewerkschaftsmitglieder des Betriebes, an der 27 teilnahmen (der Rest der Kollegen war in Urlaub), stimmten 26 für Streik. Am ersten Streiktag legten auch acht Leiharbeiter aus Solidarität die Arbeit nieder. Unter Entlassungsdrohungen erschien am folgenden Tag ein Teil der Leiharbeiter wieder. Es werden jetzt im Betrieb nur Ersatzteile hergestellt. Die Produktion des Hauptprodukts findet nicht statt. Durch die Solidarität aus vielen Betrieben, die mit Delegationen ihren Besuch abstatteten, wurde die Streikfront immer wieder gestärkt. Aus dem Urlaub zurückkehrende Arbeiter schlossen sich dem Streik an. Auch die nicht organisierten Arbeiter verhielten sich solidarisch, sie nahmen zum Teil ihren Jahresurlaub. Ein Schlichtungsgespräch am 14.10., zu dem der Präsident des Landesarbeitsamtes Georg Fiedler einlud, scheiterte. Die streikenden Arbeiter beschlossen darauf einstimmig, den Streik solange fortzusetzen, bis ein Tarifvertrag unterschrieben wird. Am 19.10. unterstützten 500 Gewerkschafter in einer Kundgebung in Bad Bramstedt die Streikenden. — (kaq)

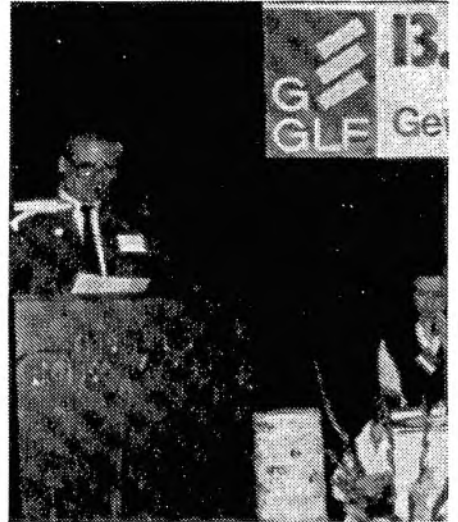
13. Gewerkschaftstag GGLF

Gegen ABM — für feste Arbeitsplätze im Forst

In seiner Begrüßungsrede auf dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der GGLF (Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten) sprach sich Bundesarbeitsminister Blüm eindeutig für den Ausbau von ABM-Stellen aus, das sei eine sinnvolle Sache. Hier mußte er scharfe Kritik von seiten der GGLF einstecken. Zahlreiche Anträge beweisen, daß die Beschäftigten in diesen Bereichen dagegen sind. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

werden inzwischen so eingesetzt, daß zahllose Arbeiten, die von fest angestellten Waldarbeitern oder Gärtnern geleistet werden könnten, in diese Maßnahmen fallen. Forderungen der GGLF hierzu: mehr qualifizierte Dauerarbeitsplätze, Umwandlung von ABM-Stellen in feste Arbeitsplätze.

Der zweite wichtige Punkt: die Bekämpfung des Waldsterbens. Hier ist die Haltung der GGLF sehr eindeutig und entschieden. Es werden sogar Differenzen zu anderen Gewerkschaften (siehe IG Bergbau, Thema Buschhaus) in Kauf genommen. Kein Wunder, nirgendwo anders sind die Beschäftigten



Präsidium des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages

so direkt betroffen, und zwar in allen Bereichen. So haben die Baumschäden z.B. allein im Raum Hamburg in einem Jahr bei bestimmten Laubbäumen um über 50% zugenommen.

Ganz eindeutig tritt die GGLF für das Verursacherprinzip ein, d.h. Gesetze zu schaffen, wobei das Wichtigste die Umkehr der Beweislast sein wird: Wer die Umwelt belastet, muß nachweisen, daß hierbei kein Schaden entsteht. Einige Umweltforderungen: Einführung des Verursacherprinzips, Ausbau des Nahverkehrs, Verklappungsverbot, allerdings kein Tempo 100. Die Delegierten sehen dies nur als Empfehlung.

Beim Thema Umwelt dürfen auch die "Pflanzenbehandlungsmittel", die Gifte, nicht vergessen werden. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um die Gesundheit der Anwender. Es gibt z.B. keine Untersuchungen über Krankheiten, die sich beim Umgang mit diesen Mitteln ergeben. Bei der biologischen Bundesanstalt gibt es auch keinen Gewerkschaftsvertreter. Weiterhin fordert die GGLF ein Verbot aller dioxinhaltigen Stoffe, außerdem Verbot einer Produktionsverlagerung gefährlicher Stoffe in die Dritte Welt. Die GGLF wird Gelegenheit haben, ihre Forderungen zu vertreten, eine Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes steht jetzt an. — (bea)

Metallindustrie NRW

Kapitalisten greifen Urlaub, Verdienstsicherung und weitere Ansprüche an

Essen. Bis vor kurzem fast unbeachtet auch in der gewerkschaftlichen Diskussion verhandelt die IG Metall in NRW über den Manteltarifvertrag für die metallverarbeitende Industrie. Seit dem Tarifikampf im letzten Jahr ist der Vertrag offen. Zwar wurden die Abschnitte über die Arbeitszeit im Juli 1984 abgeschlossen, die übrigen Teile außer den Urlaubsbestimmungen gelten jedoch nur "kraft Nachwirkung" fort und wurden zum "Gegenstand von Verhandlungen" erklärt.

Die IG Metall fordert einen einheitlichen Tarifvertrag für Arbeiter, An-

Angriff auf den Urlaub

Die Kapitalisten wollen die tariflich gesicherten freien Tage für Eheschließungen, Geburten u.ä. von drei auf zwei Tage, bzw. zwei auf einen Tag zusammenstreichen; die freien Tage für Silberhochzeit, Eheschließung von Kindern u.ä. sowie für Umzüge sollen ganz gestrichen werden. Die Begründung: Die Freistellungen seien bei einem viel geringeren Urlaubsanspruch als heute vereinbart worden. Im Kern geht es somit um den Urlaubsanspruch von 30 Tagen, der 1978 durchgesetzt wurde und den Ka-

und verschlissene Lohnabhängige sind für die Kapitalisten ohnehin nur ein Rationalisierungshindernis – also sollen sie für weniger Lohn arbeiten oder gleich hinausgeworfen werden.

Passend hierzu wollen die Kapitalisten Beschäftigten über 55 Jahren nicht mehr nur aus "wichtigem Grund", sondern auch "verhaltensbedingt" kündigen können. Für Beschäftigte, die eine Rente beantragen könnten, soll der Kündigungsschutz ebenfalls entfallen.

Das "Betriebsrisiko" – nicht etwa Sache der Kapitalisten

Auch von den Arbeitsgerichten bisher eindeutig unter "Betriebsrisiko" eingestufte Fälle wollen die Kapitalisten in Zukunft vollständig auf die Lohnabhängigen abwälzen. Nur "geleistete Arbeit" soll bezahlt werden, so der Vorschlag für eine Einfügung in den Manteltarifvertrag, aus betrieblichen Gründen ausgefallene Arbeitszeit nicht mehr. Nachholzuschüssen sollen nicht mehr mit den üblichen Überstundenzulagen von 25% bzw. ab der dritten Stunde 50% vergütet werden, sondern nur noch mit 15%.

"Flexi" und Beseitigung von Schutzvorschriften

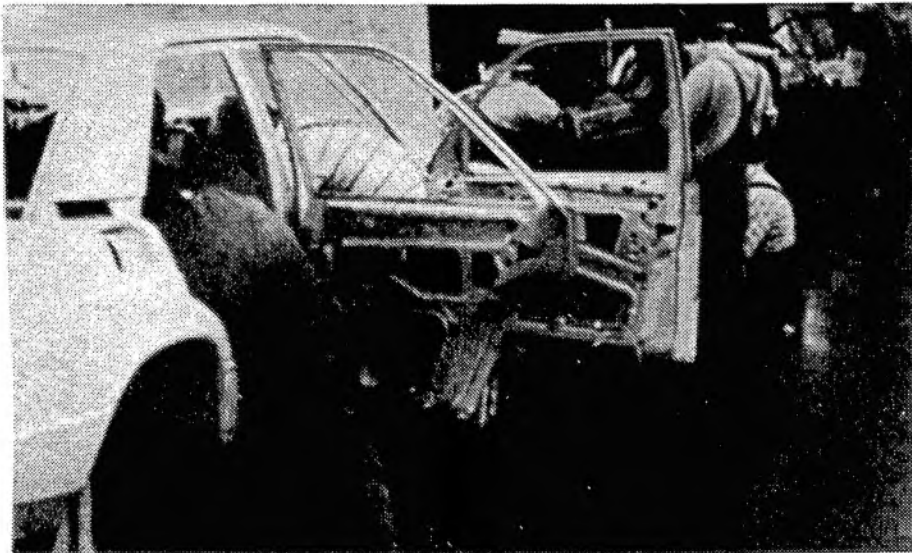
Die Probezeit soll von vier auf acht Wochen verlängert werden.

Die Entlassung von befristet eingestellten Beschäftigten soll erleichtert werden, indem die Kündigungsfristen von 14 Tagen für Arbeiter und sechs Wochen für Angestellte in den ersten fünf Jahren der Beschäftigung noch verringert werden sollen. Hat der Kapitalist z.B. Auftragsspitzen durch zusätzliche Antreiberei schneller als geplant erledigt, kann er die "Aushilfen" noch schneller loswerden.

Schließlich soll die in § 8 des Manteltarifvertrages festgeschriebene Lohnfortzahlung im Krankheitsfall beseitigt werden: In Vorausschau auf die Gesetzesvorhaben der Bonner Regierungskoalition soll die tarifliche Bestimmung ersetzt werden durch die Aussage, daß die gesetzlichen Bestimmungen gelten.

Sowohl in den gerade abgeschlossenen Verhandlungen im Metallhandwerk NRW als auch in der Stahlindustrie, für die der Manteltarifvertrag ebenfalls noch offen ist, haben die Kapitalisten ganz ähnliche Vorstöße vorgetragen. Der nächste Verhandlungstermin für Metall ist am 25.11. Abzusehen ist, daß die Kapitalisten die Verhandlungen in die nächste Lohnauseinandersetzung und eventuelle erneute Verhandlungen über die Arbeitszeit hineinziehen wollen und ihre Absichten zusammen mit weiterer Flexibilisierung hier einbringen werden.

Quellenhinweis: Nachrichtendienst Stahl-Metallindustrie des BWK – (wof)



Bandarbeit in der Automobilindustrie. Die Kapitalisten wollen den tariflichen Sonderurlaub angreifen, ältere Beschäftigte gehören am Besten herausgesäubert.

gestellte und Auszubildende. Im derzeit gültigen Manteltarifvertrag ist die Trennung in Beschäftigtengruppen zwar weitgehend aufgehoben, nicht jedoch in Bezug auf die Probezeit, den Kündigungsschutz und die Einführung von Kurzarbeit.

Die IG Metall ist offensichtlich davon ausgegangen, daß eine Angleichung der Regelungen für Arbeiter an die etwas besseren für Angestellte leicht durchzusetzen ist. Stattdessen hat der Landesverband der Metallkapitalisten Anfang 1985 eigene Vorstellungen zum Manteltarifvertrag vorgelegt, die auf die Beseitigung wichtiger tariflicher Ansprüche zielen. Anfang Oktober hat die IG Metall erstmals ein Flugblatt hierzu herausgegeben, das diese Punkte auch in die Mobilisierung zu den "Herbstaktionen" einbringen sollte. Inzwischen kamen die Absichten der Kapitalisten auf zahlreichen Betriebsversammlungen zur Sprache.

pitalisten von Anfang an ein Dorn im Auge war.

Die Verdienstsicherung soll weitgehend beseitigt werden

Ältere Beschäftigte haben je nach Betriebszugehörigkeit ab 53 bis 55 Jahren einen Anspruch auf 100%ige Verdienstsicherung, wenn sie sich aus gesundheitlichen Gründen auf einen niedriger bezahlten Arbeitsplatz versetzen lassen. Die Kapitalisten wollen die Verdienstsicherung mit tariflichen Lohnerhöhungen verrechnen. Die häufigsten Gründe überhaupt, der Wechsel von Akkord- in Zeitlohnarbeit, der Wegfall von Schichtarbeit oder Erschwernissen, sollen keinen Anspruch mehr begründen.

Damit nicht genug: Der Anspruch auf Verdienstsicherung soll sofort erlöschen, wenn eine Berechtigung für vorgezogenes oder flexibles Altersruhegeld besteht, ganz gleich, wie hoch der Rentenanspruch ist und ob er tatsächlich beantragt wird. Ältere

"Deutsche Jugend des Ostens"**Revanchisten-Kongreß
"Junge Generation"**

Karlsruhe. Im November will der Bund der Vertriebenen (BdV) in Karlsruhe den zweiten "Bundeskongreß der Jungen Generation" durchführen. Der erste Bundeskongreß fand 1984 statt. Ziel ist das "Heranziehen tragfähiger Nachfolger" für die "Erlebnisgeneration". Die Jugendorganisation der Revanchistenverbände, die "Deutsche Jugend des Ostens = Deutsche Jugend in Europa" (DJO) hat stetig steigende Mitgliederzahlen: 1965 waren es 154000, 1982 160000. Die DJO gliedert sich in zehn Landesverbände, einen Westberliner Verband und 16 landmannschaftliche Bundesgruppen. Die DJO wurde 1951 gegründet. Schon 1965 waren 38% der in der DJO Organisierten weder selbst noch ihre Eltern aus den früheren deutschen Ostgebieten noch den von deutschen Minderheiten bewohnten Regionen im ost- und südosteuropäischen Ausland. Auf der Landeskulturtagung im Oktober 1965 wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch die "Binnen-deutschen" "im Zusammengehen, in der Vermischung mit Gleichaltrigen der Heimatvertriebenen das neue Volk entsteht ... Durch sie wird die Verpflichtung gegenüber dem Osten ein gesamtdeutsches Anliegen." Und 1967 deutlicher: "Aus der seinerzeit reinen Vertriebenengemeinschaft ist ein gesamtdeutscher Jugendbund geworden, der heute die einzige Jugendgemeinschaft ist, die das Gefüge aller deutschen Stämme bewußt und in lebendigen Gemeinschaften widerspiegelt."

1970 und 1971 stellten die "Naturfreunde" und die DGB-Jugend Aus-schlußanträge gegen die DJO aus dem Deutschen Bundesjugendring u.a. mit der Begründung, daß die DJO "chauvinistische und revanchistische Politik" betreibe. Beide Male scheiterten die Anträge knapp.

1977 wurde der Zusatz "Deutsche Jugend in Europa" im Namen aufgenommen und die faschistische Rune durch eine Windrose im Verbandsabzeichen ersetzt. So soll die DJO vor allem auch für Jüngere "attraktiv werden, die keine Vertriebenen und Flüchtlinge sind, sich aber besonders auch in der Deutschland-Politik betätigen wollen". Förderkreise für Abiturienten und Studenten, Stipendien usw. an "begabte junge Landsleute" für Schrifttum, ausübende und bildende Kunst, Wissenschaft und Volkstum-pflege sollen die Sammlung junger Re-aktionäre in der DJO forcieren. Enge Verbindungen bestehen mit der Pan-europäischen Union, deren Vorsitzen-der Otto v. Habsburg (CSU) ist, der "Konservativen Aktion" Richard Lö-wenthals und der "Gesellschaft für



DJO in paramilitärischer Uniform auf Kundgebung der Paneuropäischen Union

Menschenrechte", die auf Aktionen gegen die DDR an der Berliner Mauer spezialisiert ist.

Die DJO wird es sein, die die "Fahne des Selbstbestimmungsrechts in die Hand ... nehmen und dereinst in die gemeinsame Heimat ... tragen" wird, damit "die Hoffnung unserer Vertreiber, die sudetendeutsche Frage werde sich durch ein allmähliches Aussterben unserer Volksgruppe von selbst lösen ... nicht erfüllen" wird. Die DJO entpuppt sich als "Lebensborn" für die Revanchistenverbände der BRD.

(Zitate aus: Kreuzritter in Trachten, Urania-Verlag, DDR; verschiedene Ausgaben des "Der Pfeil, Organ der DJO") = (rub)

Afrika-Wochen**"Mit Hurra nach Afrika"
Veranstaltungen, Ausstellung**

Schweinfurt. Unter obigem Titel führt die Dritte-Welt-Gruppe Schweinfurt vom 4.10. bis 9.11. 1985 in Schweinfurt Afrika-Wochen durch. Anlaß der Afrika-Wochen ist der 100. Jahrestag der deutschen Kolonialherrschaft in Ostafrika (Tansania). Im Rahmen der Afrika-Wochen wurde eine Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft "Afrika und Kolonialismus", München, zur deutschen Kolonialherrschaft in Tansania gezeigt. Am 6.10. 1985 referierte Herr Traore, Dozent in Bayreuth, über "Deutsche Kolonial-literatur". Traore wies nach, daß die Ideen der damaligen Zeit noch nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben und auch weiterhin die Beziehungen zwischen Afrika und Europa/Deutschland belasten. Am 13.10. 1985 sprach ein Vertreter des Büros der SWAPO in Bonn. Der SWAPO-Vertreter legte das Schwergewicht seiner Rede und Antworten insbesondere auf die praktische Durchführung der UN-Resolu-tion, in der freie Wahlen für Namibia

gefordert werden und die SWAPO zum rechtmäßigen Vertreter des Volks von Namibia erklärt wird. Er wies alle Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Namibias zurück. So antwortete er z.B. auf die "Befürchtung", daß die SWAPO in Namibia einen marxistischen Kurs steuern könnte, das Recht, sich mit dem Marxismus zu beschäftigen, lasse sich das Volk von Namibia nicht nehmen. Leider vermied es der SWAPO-Vertreter weitgehend, auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Namibia und auf das Programm der SWAPO einzugehen, wie auch die BRD und ihre Regierung kaum angegriffen wurden.

Ein im Publikum anwesender "Deutsch-Südwest-Afrikaner" von der Deutsch-Südafrikanischen-Gesellschaft in Würzburg griff den "Terror" der SWAPO an und behauptete, es existiere keine Apartheid in "Deutsch-Südwest". Nach einigen Enthüllungen der deutschen Kolonialverbrechen in Namibia insbesondere durch Zuhörer zog sich der Kolonialist schnell zurück.

Die Marxistische Gruppe kritisierte bei der Diskussion insbesondere Beiträge von Zuhörern, die die SWAPO an den Idealen der "freiheitlichen Demokratie" messen würden. Die DKP bemühte sich, die Unterstützung für Namibia und Angola durch die Sowjetunion hervorzuheben. Vom BWK kamen Beiträge zur Kontinuität der deutschen Verbrechen in Namibia und zur politischen und militärischen Einmischung der CDU- und CSU-Stiftungen sowie der Bundesregierung in Namibia.

In weiteren Veranstaltungen (Dia-Vorträge und Filme zu Tansania) wurde viel Material geliefert über die deutsche Kolonialherrschaft in Tansania wie auch über die aktuelle Einmischung der BRD über den IWF in Tansania. Mit jeweils ca. 30 bis 40 Zuhörern waren die Veranstaltungen relativ gut besucht. — (kls)



Deutscher Kolonialist in Tansania

Wohnverhältnisse in München

Statt Sozialwohnungsbau – Kauf von preiswerten NH-Wohnungen Mieter-Initiativen fordern gemeinnütziges Wohneigentum

München. Die SPD und ihr OB Kronawitter haben sich bezüglich ihrer Wahlkampflosung (100000 Mieter sind uns wichtiger als eine Handvoll Spekulanten) mit dem Kauf von 2093 Neue-Heimat-Wohnungen für insgesamt 165 Mio. DM in Erinnerung gebracht und nicht nur bei den Mietern dieser Wohnungen den Eindruck erwecken können, daß dieses Wahlversprechen von 1984 eingehalten werde.

Auf einer Kundgebung der Mieterinitiativen hat der SPD-Bürgermeister Hahnzog diese "Rettungsaktion" als "ein Signal im Kampf um die Erhaltung von preiswertem Wohnraum" gewertet. Da die SPD selber davon ausgeht, daß "sich für die nächsten zehn Jahre ein drastischer Rückgang des Sozialwohnungsbestandes durch plan- und außerplanmäßige Rückzahlungen der Darlehen abzeichnet" und dies ein "Verlust von 40000 bis 50000 preiswerter Sozialwohnungen" bedeuten wird, entsteht die spannende Frage an die kommunalpolitische Opposition, wie das Mietniveau wenigstens bei diesen Wohnungen gehalten werden kann. Der Kampf der Mieterinitiativen Sendling, Giesing und Moosach zeigt nicht nur die Probleme von NH-Mietern auf, die es ja nicht mit einem Wohnungsspekulanten nach der Art eines Schörghuber zu tun haben, sondern auch die Situation der Neuen Heimat mit ihrer Abteilung gemeinnütziger Wohnungsbau.

Steigende Realeinkommen – Geschäftsgrundlage der NHB

Der Geschäftsführer der Neuen Heimat hat in einer Erklärung zum Verkauf von über 300000 NH-Wohnungen auf die Finanzschwierigkeiten mit geliehenem Geld hingewiesen: "Die Geschäftspolitik der Neuen Heimat sei an bestimmte Voraussetzungen geknüpft gewesen. Eine dieser Voraussetzungen war, daß die Realeinkommen der Arbeitnehmer regelmäßig wachsen, damit die durch Zinsen steigenden Mieten und Preise von ihnen gezahlt werden können. Diese Voraussetzungen seien jedoch zumindest seit dem Beginn der achtziger Jahre nicht mehr gegeben. Deshalb stehen Tausende von großen und teuren Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus leer, aber auch hier fallen die Finanzierungskosten an."

Die Forderungen der Mieter

Die Mieter haben sich in den Mieter-Initiativen Sendling, Giesing und Moosach (drei Münchner Stadtteile) zusammengeschlossen und eine Unterschriftensammlung begonnen mit folgendem Wortlaut: "Wir fordern alle

Verantwortlichen auf, mit uns Mietern und den Mieter-Initiativen in Giesing, Moosach und Sendling alles Erdenkliche zu unternehmen, den Bestand der Wohnungen als gemeinnütziges Wohnungseigentum zu sichern. Wenn die Neue Heimat dies nicht aus eigener Kraft bewältigen kann, muß die Landeshauptstadt München von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen. Darüber hinaus könnte die Stadt durch Erlass einer Erhaltungssatzung Spekulanten vom Kauf der Wohnanlagen abhalten. Notfalls muß durch staatliche Zuschüsse geholfen werden, wie es auch in anderen Fällen praktiziert

geschehen soll, wenn Du uns das Grundrecht zum Wohnen nimmst, ist uns ein Rätsel... Später, als alle etwas Geld hatten, wurden Öfen und Bäder auf eigene Kosten montiert. Wiederum später – vor einigen Jahren haben sich die Mieter Gasheizungen – wiederum auf eigene Rechnung – Warmwasser, schöne Bäder mit Fliesen, z.T. sogar neue Türen mit Zargen einbauen lassen. Man kann sagen, daß viele Mieter einige 10000 DM investiert haben.

Kurze Zeit darauf hat die NHB alles herausgerissen und 'neu saniert'. Die NHB hat aber nur das billigste Materi-



Demonstration der Mieter für die Erhaltung ihrer Wohnungen als gemeinnütziges Wohnungseigentum

wird, wenn das Wohl der Bürger es erfordert." In dieser Unterschriftensammlung werden dann auch alle Mieter von Neue Heimat-Wohnungen, die momentan nicht vom Verkauf betroffen sind, zur Solidarität und Mitarbeit aufgerufen. Parallel zu dieser Unterschriftensammlung, Einrichtung von Informations- und Alarm-Telefonen, Durchführung von Mieterversammlungen und Plakataktionen erhielt auch der Geschäftsführer der Neuen Heimat Dr. D. Hoffmann ein langes Schreiben der Vereinigten Mieterinitiativen, in dem "auf das Schärfste gegen den Verkauf unserer Wohnungen" protestiert wurde.

Protest gegen die NH

Dieses Schreiben gibt insbesondere darüber Auskunft, wie schon jahrelang um den Lebensstandard und die Wohnqualität gekämpft wurde und auch bezahlt werden mußte: "In diesen Wohnungen wohnen Betriebsräte, Vertrauensfrauen und -männer, die in den Betrieben die Politik der Gewerkschaft umsetzen sollen. Wie das in Zukunft

al angeboten, so daß viele Mieter wiederum Eigenleistungen von einigen Tausend Mark erbrachten, um ihren alten Wohnstandard zu erhalten.

Als Dank für die Eigenleistungen bekamen wir von der NHB noch eine Mieterhöhung.

Und dann der große Hammer – Euer Vertrauensbruch mit 'unseren Wohnungen', die Ihr verkaufen wollt.

Nun, Kollege Hoffmann, Du wirst verstehen, daß wir das alles nicht kampflos aufgeben..."

Neben der Unterschriftensammlung an den Münchner OB Kronawitter und den Stadtrat, diesem Brief an die Neue Heimat, in dem im weiteren noch gefordert wird, diesen Beschluß rückgängig zu machen und sich stattdessen von anderen Objekten zu trennen, erhielt auch Ministerpräsident F.J. Strauß einen eingeschriebenen Brief der Mieterinitiativen.

Brief an F.J. Strauß

Darin heißt es: "Genauso wie Sie BMW, MBB und anderen Großunternehmen halfen, könnten Sie im Rah-

men Ihrer Möglichkeiten der Neuen Heimat helfen. Im Gegensatz zur Industrie brauchen Sie uns ja nichts zu schenken, wir zahlen alles zurück, aber 'halt langsam'." Der bayerische Ministerpräsident verhielt sich einige Tage später zum Fall Neue Heimat, erklärte, die Mieter nicht im Stich zu lassen und regte in einem Brief an die Versicherungskammer und die Landesbank zum Wohnungkauf durch diese Finanzkapitalisten an: "Meines Erachtens ist dies eine gute Gelegenheit, preiswerte Wohnungen zu erwerben und gleichzeitig die betroffenen, meist älteren oder einkommensschwachen Mieter vor späteren, nicht mehr tragbaren Mieterhöhungen oder Umwandlungen in Eigentumswohnungen zu schützen." Gegen den Ankauf durch die Stadt München argumentierte er in einem Schreiben an die CSU-Stadtratsfraktion: "Ein Ankauf mit Mitteln aus dem Topf für den Neubau von Sozialwohnungen hätte den großen Nachteil, daß dies zu Lasten des Neubaus von Sozialwohnungen ginge und damit für die derzeit in einer sehr schwierigen Lage befindliche

Bauwirtschaft wertvolle Aufträge in entsprechender Höhe entfallen würden."

Aussichten

Bei dieser Größenordnung von 2100 Wohnungen und einem Betrag von 165 Mio. DM reichte der "Topf für den Neubau von Sozialwohnungen" noch aus. Wenn in den nächsten Jahren jedoch bis zu 50000 Sozialwohnungen wegfallen, wie können dann Mietsteigerungen verhindert werden?

Die DKP — eine der Organisationen der linken Opposition, die sich mit der Wohnsituation schon seit Jahren beschäftigt — hat jetzt im Rahmen eines "Beschäftigungsprogramms der Stadt" den Vorschlag gemacht: "Eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf den Satz von Frankfurt würde 145 Mio. DM zusätzlich einbringen. Mehr zahlen müßten in erster Linie die 100 größten Betriebe, die kleineren sind weitgehend von der Gewerbesteuer befreit. Mit diesem Geld könnten jährlich 1200 Sozialwohnungen zusätzlich gefördert werden ... Durch Mietstopp und eine soziale Gebührenpolitik muß ein Bei-

trag zur Erhaltung und Stärkung der Massenkauflkraft geleistet werden ... Beschäftigungspolitische Forderungen von DGB und Bürgerversammlungen wie etwa nach einem Sofortprogramm zum Bau von 8000 Sozialwohnungen wurden in den Etatberatungen sowie im mittelfristigen Investitionsprogramm bewußt ignoriert ..." Die Anhebung der Reallohne und hier insbesondere der unteren Lohngruppen — ebenfalls müßten die großen Konzerne am meisten bezahlen — wäre zu dieser Steuerforderung mindestens gleichrangig zu behandeln, denn auch die Sozialwohnungsmieten sind hoch und können von den gedrücktesten Teilen der Arbeiterbevölkerung nicht bezahlt werden. Verhindert werden könnte hierdurch, daß der Wohnstandard für Teile der Arbeiter noch schlechter wird.

Quellenhinweis: Flugblätter der Mieterinitiativen, Süddt. Ztg. der letzten vier Monate, Extraausgabe der DKP-Betriebszeitungen, Schwarzbuch über Mietwucher und Wohnungs-Spekulanten, Statistisches Jahrbuch München 1984 — (dil,pek)

Wohngelderhöhung und Abbau von Sozialwohnungen

Am 1.1.86 tritt das neue Wohngeldgesetz in Kraft:

— Die Maximaleinkommen mit Wohngeldanspruch werden um gut 21% erhöht: für Einpersonenhaushalte von 1020 DM auf 1240 DM "Netto"-Einkommen (die Netto-Berechnung des Wohngeldgesetzes entspricht in etwa dem steuerlichen Nettoeinkommen), für 2-Pers.-Haushalte von 1440 auf 1760 DM, für 3-Pers.-Haushalte von 1800 auf 2180 DM, für 4-Pers.-Haushalte von 2360 auf 2860 DM und für 5-Pers.-Haushalte von 2680 auf 3260 DM. Etwa 35% aller Privathaushalte in Bayern hatten 1984 ein Nettoeinkommen unterhalb dieser Grenzen.

— Zweitens werden erhöht die Höchstmieten, die mit Wohngeld noch bezuschußt werden, und zwar um bis zu 20% je nach durchschnittlichem Mietniveau am jeweiligen Wohnort. So steigen z.B. in München die geförderten Höchstmieten in Neubauten für Einpersonenhaushalte von 370 auf 455 DM, für 2-Pers.-Haushalte von 480 auf 590 DM, für 3-Pers.-Haushalte von 580 auf 700 DM, für 4-Personen-Haushalte von 675 auf 815 DM und für 5-Pers.-Haushalte von 770 auf 930 DM.

— Drittens werden innerhalb dieser Einkommens- und Mietobergrenzen die Wohngeldzahlungen erhöht, und zwar umso mehr, je näher die jeweilige Miete an der Förderhöchstgrenze liegt: Ein Alleinstehender mit 1000 DM "Netto"-Einkommen und 300 DM Miete erhält nach altem

Recht kein Wohngeld, ab 1986 erhält er 39 DM, bei einer Miete von 400 DM erhält er jetzt 27, künftig 88 DM und bei 500 DM Miete und darüber steigt das Wohngeld von bisher 27 DM auf künftig 117 DM.

Ein 3-Personenhaushalt mit 1500 DM "netto" und einer Miete von 400 DM erhält jetzt 45 DM Wohngeld, ab 1986 81 DM, bei einer Miete von 600 DM jetzt 119, künftig 188 DM Wohngeld und bei einer Miete von 700 DM und darüber jetzt 119, künftig 241 DM.

Im letzten Fall beispielsweise — 1500 DM "Netto"-Einkommen, 700 DM Miete, dreiköpfiger Haushalt — führt die Wohngelderhöhung zu einer Nettoeinkommenserhöhung um 8% und zu einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens nach Abzug der Miete um 15%.

*

Klar ist: Mit dieser Wohngelderhöhung will die CDU/CSU bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen einen größeren Propaganda-coup landen. Dieser Coup wird auch gelingen, wenn die Opposition nicht Umfeld und Hintergründe dieser Wohngelderhöhung aufklärt und angreift. Dazu einige Tatsachen:

Tatsache 1:

Die qm-Mieten freifinanzierter Wohnungen sind in München laut offiziellem Mietspiegel der Stadt auf durchschnittlich 13 DM für Wohnungen über 85 qm bis 19 DM für Wohnungen unter 30 qm gestiegen. Die Verbände der Haus- und Grundbesitzer beklagen sich, daß Neubauwohnungen mit qm-Mieten bis zu 20 DM "nicht mehr absetzbar" seien. Der bayerische Haus-

und Grundbesitzerverein forderte im April dieses Jahres: Der Mieterschutz müsse erheblich eingeschränkt und der soziale Wohnungsbau vollkommen aufgegeben werden, nur dann könne der Mietwohnungsbau wieder "belebt" werden.

Tatsache 2:

Die Bundesregierung hat seit 1984 den sozialen Mietwohnungsbau drastisch eingeschränkt. 1984 wurden öffentliche Förderungsmittel nur noch für etwa 39000 Mietwohnungen bewilligt gegenüber 58000 noch 1983. Die qm-Mieten freifinanzierter Wohnungen lagen 1982 in Bayern durchschnittlich um 7% über den Mieten öffentlich geförderter Wohnungen, bei Wohnungen unter 40 qm lagen die Mieten der freifinanzierten um 45%, bei Wohnungen zwischen 40 und 80 qm um 9% über den Mieten öffentlich geförderter Wohnungen.

Tatsache 3:

Die Bundesregierung ist 1983 angetreten mit dem Anspruch, durch "marktwirtschaftliche Regelungen für das Mietrecht" — Zeitmietverträge, Staffelmieten, Mieterhöhungen bis zu 30% in drei Jahren — Investitionen im Wohnungsbau zu fördern (Regierungserklärung). Der Deutsche Mieterbund weist in seiner Broschüre zum neuen Wohngeldgesetz darauf hin, daß seit der letzten Erhöhung des Wohngeldes — das war 1981, also vor fünf Jahren — die Mieten im Bundesdurchschnitt um 20% gestiegen seien.

Quellen: Wohngeld 86 herausgegeben vom Deutschen Mieterbund, Bayern in Zahlen 10/84

2 x 12 Std. am Wochenende

Hamburg. Die Beiersdorf AG hat beim Gewerbeaufsichtsamt die Genehmigung für Wochenendschichten beantragt. Es sollen 28-Std.-Arbeitsverträge abgeschlossen werden mit 12-Std.-Schichten nur am Wochenende und einer 8-Std.-Schicht alle 14 Tage. Der zuständige Senator hat Genehmigung zugesagt unter der Voraussetzung, daß es zu Neueinstellungen kommt. Die IG Chemie äußert sich ähnlich. Die Kapitalisten setzen nun in Hamburg eine Kampagne in Gang mit dem Ziel, daß Wochenendschichten u.a. zur "Normalität" werden. — (wal)

Druck: Arbeitszeiten vorwiegend flexibel

Ulm. In 38 Druckbetrieben mit insgesamt ca. 3.300 Beschäftigten im Bereich Südost-Württemberg waren die Betriebsvereinbarungen zur neuen Arbeitszeit bis Anfang Mai 85 abgeschlossen bzw. kurz vor dem Abschluß. In 11 Betrieben wurde keine Flexibilisierung festgeschrieben, d.h. regelmäßige Verkürzung der Wochenarbeitszeit bzw. Verkürzung zweiwöchentlich um 1 1/2 bzw. 3 Stunden für alle. Die restlichen 27 Betriebsvereinbarungen ent-

halten eine Vielzahl (insgesamt 42) von Regelungen, meist unterschiedlich für einzelne Abteilungen: 1 Regelung bezieht sich auf veränderte Pausen, 3 schreiben unterschiedliche, saisonale Wochenarbeitszeiten fest, 3 beziehen sich auf Brückentage, 5 regeln eine Verkürzung unterschiedlich für einzelne Abteilungen, 13 beinhalten freie Tage (auch produktionsbedingt) und 17 schreiben die wöchentliche bzw. zweiwöchentliche Verkürzung nur für einzelne Abteilungen fest. Bis zum Mai 85 ist nur in einem Betrieb der "Aktive Beschäftigungseffekt" durch Übernahme eines Azubi und Nicht-Kündigung eines Kollegen festzustellen. — (knr)



Warnstreiks bei Brauereien

Köln. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) hatte die Beschäftigten der 75 nordrhein-westfälischen Brauereien für den 24.10.85 zu Warnstreiks aufgerufen, da die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Rheinisch-Westfälischer Brauereien und Mälzereien am 17.10.85 nach der dritten Verhandlungsrunde gescheitert waren. Die NGG hat 5,5% mehr Lohn gefordert, die Kapitalisten nur 2,9% geboten. Allein in Köln streikten über 860 Beschäftigte von zehn Brauereien. Aus Düsseldorf und Dortmund wurden ebenfalls Streiks gemeldet. — (rub)

Massenentlassungen bei Hertie geplant

Dortmund. Der Kaufhauskonzern Hertie will 1986 die Häuser in Dortmund, Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel schließen, 20 weitere Filialen sollen "rationalisiert" werden. 900 Arbeiter und Angestellte sind von Entlassung bedroht. Diese Vorstands-Pläne waren zunächst nur gerüchteweise durchgedrungen, woraufhin die Belegschaft in Dortmund zwei Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit, eine davon auf der Straße, durchführte. Während der DGB-Kundgebung am 19.10. demonstrierte die Belegschaft vor dem Kaufhaus. 150 Beschäftigte aus den drei genannten Filialen protestierten in Frankfurt am Sitz des Konzerns. In Castrop-Rauxel wurden 10000 Unterschriften gegen die Schließung ge-

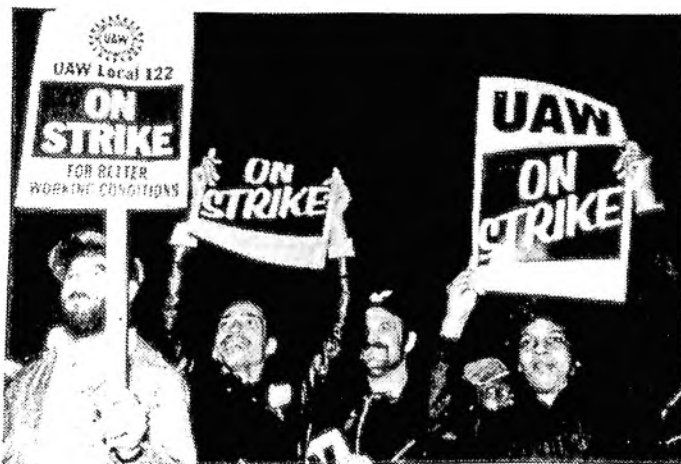
sammelt, in Dortmund bislang 2000. HBV und Betriebsrat wollen weiter mit dem Vorstand verhandeln und haben Aktionen wie Betriebsbesetzungen angekündigt. Die IHK beklagte "mangelndes Taktgefühl" des Konzerns. — (Mak)

Flexible Arbeitszeit

Freiburg. Das Rektorat der Universität versucht, bei der Neubesetzung einer Stelle in der Telefonvermittlung unbezahlte Rufbereitschaft durchzusetzen. Die freigewordene Ganztagsstelle sollte mit zwei Halbtagskräften besetzt werden. Diese mußten sich verpflichten, bei "Unterbesetzung" der Vermittlung kurzfristig Arbeitszeiten außerhalb ihrer Schicht zu akzeptieren. Ihnen kann eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn mitgeteilt werden, daß sich für sie Arbeitsbeginn und -ende um zwei Stunden verschieben. Der Personalrat hat der Einstellung nicht zugestimmt. — (uni)

Bosch verlangt Zeitverträge

Stuttgart. 100 befristete Einstellungen wollte die Geschäftsleitung von Bosch in Feuerbach vornehmen. Nach Ablehnung durch den Betriebsrat verlangte Bosch 65 befristete Einstellungen. Wieder verweigerte der Betriebsrat die Zustimmung. Jetzt drängt Bosch auf zehn befristete Einstellungen und droht mit dem Arbeitsgericht. Die IG Metall Stuttgart fordert alle Betriebsräte auf, Zeitverträgen ausdrücklich die Zustimmung zu verweigern. — (ros)



USA: Die 70000 Arbeiter des Chrysler-Automobilkonzerns beendeten nach acht Tagen am 23.10. ihren Streik. Die Autoarbeitergewerkschaft UAW hatte die Angleichung der Löhne an die der Arbeiter von Ford und GM, eine Einschränkung der Auslagerung von Arbeit und keine Stilllegung von Werken gefordert. Die Arbeiter erhalten über die dreijährige Laufzeit des Vertrages 8% mehr Lohn. Jeder erhält eine Einmalzahlung von 2100 \$. Eine Gleichstellung der Tariflöhne mit denen der anderen Autoarbeiter ist damit aber nicht erreicht. Die Kapitalisten erklärten, während der Laufzeit in den USA keine Werke schließen zu wollen. Bild: Streikposten. — (gba)

Isolationshaft

Wer zum Hungerstreik greift, wird für verrückt erklärt

Freiburg. Am 4. Oktober gingen sechs Gefangene in der Vollzugsanstalt (JVA) Freiburg in den Hungerstreik, um gegen die Isolationshaftbedingungen, denen sie unterworfen sind, ihre Forderungen durchzusetzen. Seit August 1985 gibt es in der Freiburger JVA eine sogenannte "geschlossene Abteilung", deren Auflösung die Gefangenen in einer Presseerklärung fordern. Darin heißt es u.a.:

"Diese Abteilung dient nach Lesart der Anstaltsleitung zur Unterbringung von Gefangenen, die die Sicherheit und Ordnung innerhalb der Anstalt gefährden. Die Unterbringung in dieser Station sei keine Bestrafung des betroffenen Gefangenen; vielmehr stelle die Praxis der 'geschlossenen Abteilung' den 'Normalvollzug' dar.

Tatsächlich befinden sich in der 'geschlossenen Abteilung' ausschließlich solche Gefangene, bei denen in den Augen der Anstaltsleitung besondere Fluchtgefahr besteht, die sich der Zwangsarbeit verweigern oder die Verstöße gegen die Hausordnung ... begangen haben. Insofern stellt die 'geschlossene Abteilung' sehr wohl ein Instrument zur Disziplinierung und Einschüchterung von Gefangenen dar. ... Die Insassen der 'geschlossenen Abteilung' sind von den übrigen Gefangenen des Gefängnisses völlig, untereinander weitestgehend isoliert, bis auf zwei Ausnahmen befinden sie sich in Einzelhaft. Die 'geschlossene Abteilung' erfüllt dann auch alle Kriterien der Isolationshaft in sog. Hochsicherheitstrakten, die ja schon von der Verfolgung der Angehörigen der Roten Armee Fraktion her hinreichend bekannt ist. Die seit langem gehegte Befürchtung, daß die besonderen Vollzugsmaßnahmen gegen die Angehörigen der RAF zum allgemeinen, auch nicht-politische Gefangene (bzw. sozialpolitische Gefangene) betreffenden Standard erhoben werden könnten, scheint sich angesichts steigender Kriminalität infolge wachsender wirtschaftlicher Rezession und rapidem Sozialabbau zu erfüllen."

Die Gefangenen sind 23 Stunden am Tag isoliert; sie haben eine Stunde Hofgang, der bei Regen ausfällt. Sie sind vom sog. Sporthof und von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. "So kam es in der vergleichsweise kürzeren Zeit des Bestehens der hiesigen 'geschlossenen Abteilung' schon mehrfach zu Zerstörungen von Zelleninventar (das übrigens festgeschraubt ist) und auch von eigener Habe sowie zu Selbstverstümmelungen und Selbstmordversuchen" (ebda.).

Nachdem die Anstaltsleitung in einem Interview im "Stadtradio" zunächst so tat, als wüßte sie nichts vom Hungerstreik, wurde am 10. Oktober einer der Gefangenen in das Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg verlegt, obwohl keine Anhaltspunkte für irgendwelche Gesundheitsbeeinträchtigungen vorlagen. In einer Presseerklärung seines Verteidigers heißt es dazu:

"Vielleicht wird sich von Seiten der Anstalt darauf berufen, man habe die Erfahrung, daß bei einer Wegverlegung kurz nach Beginn des Hungerstreiks der Wegverlegte den Hungerstreik aufgäbe. Wenn er bei einer Rückverlegung in die JVA Freiburg kurz darauf den Hungerstreik wieder aufnähme, dann würde er eben 'ein bißchen hin- und hergefahren'. Hier wird also unter dem Deckmantel einer medizinischen Maßnahme versucht, den Hungerstreik zu brechen, ohne in irgendeiner Weise sich den Forderungen der Gefangenen zu stellen."

Am 14.10. besetzten 24 Menschen die Dächer des Finanzamts und des Physikalischen Instituts mit der Forderung nach Auflösung der "geschlossenen Abteilung". Innerhalb der JVA schlossen sich beim Hofgang ca. 100 Gefangene der Forderung an und weigerten sich, in ihre Zellen zurückzukehren; gegen sie ist inzwischen ein Ermittlungs-

verfahren wegen "Gefangenenmeuterei" eingeleitet worden.

Verhandlungen zwischen der Anstaltsleitung und drei gewählten Sprechern der Gefangenen scheiterten: Der Anstaltsleitung wurde vom Justizministerium Baden-Württemberg untersagt, die restlichen vier Gefangenen aus der "geschlossenen Abteilung" zu den anderen Gefangenen zu verlegen.

Am 15.10. wurde eine Kundgebung vor der JVA gegen die Isolationshaft von der Polizei mit Schlagstöcken aufgelöst: Ohne Aufforderung seitens der Polizei, die Kundgebung zu beenden, wurden fünf Menschen festgenommen und inhaftiert und erst am nächsten Tag wieder freigelassen. Begründung des Ordnungsamtes: Man würde sie erst wieder rauslassen, "bis wieder Ruhe in der Stadt eingekehrt ist".

Gleichzeitig teilte das Justizministerium mit, daß die beiden nach Hohenasperg verlegten Gefangenen ihre Reststrafe nicht in Freiburg, sondern in Mannheim und Ludwigsburg absitzen sollen. Einer der beiden war mit vier psychisch schwer kranken Männern eingesperrt gewesen. Begründung: Bei Hungerstreikenden werde zunächst einmal von einer "geistigen Gestörtheit" ausgegangen.

In einem Schreiben vom 15.10. forderte der Landtagsabgeordnete der GRÜNEN, Thilo Weichert, nach einem Besuch bei den Gefangenen in der Isolationshaft die Auflösung der "geschlossenen Abteilung".

In einem Schreiben von Thilo Weichert an den Leitenden Oberstaatsanwalt heißt es: "Nach § 121 StGB (Meuterei) ist Voraussetzung für eine Gefangenenmeuterei, daß die Gefangenen einen Amtsträger mit Gewalt zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigen. Dies war nach meinen eigenen, vor Ort gemachten Wahrnehmungen jedoch nicht der Fall. Die Gefangenen setzten sich völlig gewaltfrei und ohne Androhung irgendeines Übels auf den Gefängnishof und forderten die Anstaltsleitung zur Abschaffung der seit dem 12.8.1985 eingerichteten 'geschlossenen Abteilung' auf. ... Nach der bisherigen Rechtsprechung ... ist dieses Verhalten eindeutig straffrei."

Polizei und Justiz sprechen also Gefangenen das Recht ab, gegen Haftbedingungen mit dem Mittel des Hungerstreiks zu kämpfen; sie werden für verrückt erklärt. Für diejenigen, die sich der Forderung nach Abschaffung der Isolationshaft anschließen, hält man das Mittel der Vorbeugehaft bereit unter Umgehung des Versammlungsgesetzes, nach dem auch Spontankundgebungen erlaubt sind; sie werden zur "kriminellen Vereinigung" erklärt. Das alles sind Ansätze in Richtung "Ausmerzungen von Volksschädlingen". — (ulb)



Aktion auf dem Dach des Finanzamts zur Unterstützung der Forderung nach Abschaffung der Isolationshaft

Bücher

Neuere Literatur aus der DDR

"Montageroman" von Irmtraut Morgner

Irmtraut Morgner strengt sich an, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR unter dem Gesichtspunkt zu untersuchen, wie weit es gelungen ist, die Frauen zu gleichberechtigten Menschen zu machen. Zur augenfälligen Erkundung für den Leser schickt sie eine Außenstehende los, eine mittelalterliche Minnesängerin aus der Provence, die wie Dornröschen Jahrhunderte verschlafen hat, um nach dem Erwachen festzustellen, welche Fortschritte die Menschen gemacht haben. Beatriz de Dia stürzt sich in den Pariser Mai und wird Anarchistin, die Gewalt gegen Sachen. Ihre Bekanntschaft mit einem Funktionär aus der DDR weckt ihre Sehnsucht nach diesem Land, in dem es den Frauen anscheinend gut geht. Nach der Flucht dorthin werden ihre Wünsche kontrastiert mit der Lebensgeschichte einer Frau, die, gebunden an Mann und Kinder, mit ihrem Studium nichts anfangen konnte, auf Baustellen arbeitete und schließlich Stadtbahnzüge fuhr. In die Lebensgeschichte dieser Laura sind Ausschnitte aus den Erlebnissen anderer Menschen verflicht, ihrer Familie und ihrer Männer. Alle diese Bauteile lötet die Verfasserin zusammen zu einem Bild, das die gesellschaftlichen Schwierigkeiten von Frauen und Männern wiedergibt. Sie kommt zu dem Schluß, daß in Richtung Emanzipation der Frau zwar viel erreicht worden ist, daß die Gesetze des Staates, die diese fördern sollen, in Ordnung sind, daß aber die Menschen sich nicht so schnell von kulturell eingefleischten Sitten freimachen können. Sie schildert deren Leiden mit Anteilnahme. Folgerichtig muß die Trobadora am Schluß sterben und kann erst im folgenden Buch, dem Fortsetzungsroman "Amanda", auferstehen zu einer

erneuten Besichtigung der Verhältnisse.

Den "Montageroman", den die Spielfrau Laura im Buch im Auftrag der Trobadora dem Aufbau-Verlag anbietet, hat Irmtraut Morgner damit selber geschrieben. Sie benutzt die Methode, kurze Texte aus der Erfahrung und Sichtweise verschiedener Personen gegeneinander zu versetzen, ohne sie im einzelnen zu begründen. Im Inhalt entsprechen diesem Verfahren phantastische und realistische,



Christa Wolf

epische und lyrische Stücke. Ähnlich wie in romantischen Romanen, die mit solchen Verfremdungen durch Kontraste, Einschübe, Rückgriffe arbeiten, gewinnt sie die Möglichkeit, dem Leser die Herleitung des Geheimnisvollen aus dem gewöhnlichen Leben zu überlassen. Sie bringt ihn darüber hinaus zum Nachdenken über das Gewöhnliche. Sie versucht, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben und zu erklären, warum die Verhältnisse trotz Anstrengung noch nicht besser sein können, besteht aber auf Kritik, daß die Frauen noch immer besonders unterdrückt sind und daß sich das ändern muß, bevor von freien Verhältnissen die Rede sein kann. (Irmtraut Morgner, Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura, Roman in dreizehn Büchern und sieben Intermezzos, Samml. Luchterhand 223, 16,80 DM— anl)

"Das Vergangene ist nicht tot"

Christa Wolf sagt selber über ihr Buch "Kindheitsmuster": "Es ist ein großes Thema, den Reifeprozess dieser meiner Generation zu verfolgen, auch die Gründe zu suchen, wenn er ins Stocken kam. Für diejenigen, die in der Zeit des Faschismus aufwuchsen, kann es kein Datum geben, von dem ab sie ihn als 'bewältigt' erklären können." Die Autorin unternimmt den Versuch, ihre Kindheit und frühe Jugend zu reflektieren (1945 sechzehn Jahre alt). Schlaglichter: Die Eltern Nellys (C.W.) haben einen kleinen "Kolonialwarenladen", sie sind keine Faschisten, aber vollziehen den Eintritt in die NSDAP über die Zwangseingliederung des Sportvereins "Marinesturm", in dem der Vater Mitglied ist, mit Erleichterung ("der unvermeidliche Schritt ist getan, ohne daß man ihn hat selber tun müssen"), ja Freude ("gutes Gewissen" ... man hätte folgenlos nicht ablehnen können; welche Folgen? Zu genau gefragt"), "Übereinstimmungsglück (es ist nicht jedermanns Sache, draußen zu stehen)". Die Familie liest regelmäßig den "General-Anzeiger", in dem am 21. März 1933 die Gründung des KZ Dachau mit einem Fassungsvermögen für fünftausend "arbeitsscheue, gemeingefährliche und politisch unzuverlässige Elemente" ordnungsgemäß bekannt gegeben wird. Man hat nichts gewußt? Nelly ist Jungmädelschärführerin in der Hitler-Jugend, hängt mit Hingabe an der Lehrerin und überzeugten Nationalsozialistin Dr. Juliane Strauch, glaubt bedingungslos an "den Führer". Als sie von ihrer Freundin, Klassenkameradin, das "schauerliche Geheimnis" erfährt, daß deren Familie kommunistisch ist, verrät sie es niemand.

Beschreibung (der Vergangenheit) und Reflektion (beim Schreiben zusammen mit Ehemann H., Bruder Lutz und Tochter Lenka) gehen ineinander über. Die Schwierigkeit des Unterfangens wird mit aufgezeichnet. Ihre Angst davor, "zuviel zu erfahren und in

eine Zone von Nichtübereinstimmung gedrängt zu werden, deren Klima ihr nicht zu ertragen gelernt hat". Sie schreibt gegen Konformismus und die wohlfeile Haltung "nichts gewußt", "nicht beteiligt". "Haben wir uns nicht vielleicht deshalb angewöhnt, den Faschismus als ein 'Phänomen' zu beschreiben, das außerhalb von uns existiert hat und aus der Welt war, nachdem man seine Machtzentren und Organisationsformen zerschlagen hatte?" Bei einer öffentlichen Meinung, die keinen Zweifel an Urhebern und Klassencharakter des Faschismus läßt, ist dies eine legitime Frage. "Kindheitsmuster" ist dabei ein "unfertiges" Buch, das fragt und beschreibt, ohne vorzugeben, allzu viele Antworten parat zu haben, die die Autorin aber nicht nur für möglich, sondern notwendig hält. (Christa Wolf, Kindheitsmuster, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, 1985, 9,90 DM— doz)

Revanchismus gegen die SU— einmal privat

"Meinen Enkeln werde ich erzählen können, die erste Zigarre nach diesem Krieg habe ich an meinen Goldfeldern an der Lena entzündet", sagte Herr von Oe. und meinte damit seine Aktien. "Da hörte er die Männerstimme aus dem Empfangsgerät... Heute nacht hätte eine amerikanische Superbombe ein Atoll im Pazifik vom Erdboden weggesprengt. Damit sei die alte Überlegenheit wiedererrungen... er (entzündete) mit dem letzten Rest des Streichholzes die Zigarre... Bin ich nicht wahrhaft glücklich zu nennen?" Damit endet das Erstlingswerk des DDR-Regisseurs Günther Rucker (Jahrgang 1924). In der Novelle "Herr von Oe." schildert er den Werdegang seiner gleichnamigen Hauptfigur: schwedischer Adel deutscher Herkunft, estnischer Nation, Untertan des russischen Zaren, am Ende des letzten Jahrhunderts geboren; Offizier im Ersten Weltkrieg und auf Seiten der Weißen im Bürgerkrieg. Beim eiligen Rückzug schenkt ihm ein US-Offizier russische Goldbergwerksaktien. Er arbei-

tet für japanische Militärs, heiratet schließlich in eine faschistische Adelsfamilie in Deutschland. Die Faschisten übertragen ihm Spionageaufgaben in Paris und London. Mit dem Überfall auf die SU wähnt er sich bereits im Besitz der Goldminen. In Stalingrad nimmt ihn die Rote Armee gefangen. Nach drei Jahren Haft wird er nach Deutschland entlassen. Privates Glück schließt sich an. Er scheint Lehren zu ziehen. Doch der Imperialismus läßt revanchistische Wünsche wiederaufkommen. (Wagenbach-Verlag, 16,80 DM – sie)

Antifaschismus und Patriotismus

In dem 1984 erschienenen Band "Traum der Gemeinsamkeit" sind von Stefan Hermlin Erzählungen, Gedichte und Reden aus der Zeit von 1945 bis 1985 zusammengestellt. Hermlin, geboren 1915, schloß sich 1931 dem Kommunistischen Jugendverband an, arbeitete politisch illegal in Deutschland bis 1935, führte im Exil den Kampf gegen die Nazi-Herrschaft weiter,

die geschichtliche Verpflichtung, für die Beseitigung der bürgerlichen Verwesungsgesellschaft einzutreten und für die Befreiung der Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung zu kämpfen. Wichtiges ist von ihm zu lernen über die Art, wie die faschistische Barbarei in den Köpfen vieler 1945 verdrängt wurde. Den Haß der westdeutschen Bourgeoisie hat er sich insbesondere in den fünfziger Jahren zugezogen, als er die Judenmörder in der Adenauer-Regierung öffentlich geißelte.

Daß Hermlin sich als "Patrioten" bezeichnet und "Deutschland", "Vaterland" Grundbegriffe seines Kulturverständnisses sind, macht ihn in der BRD für heimat- und nationaltümelnende Linke vorzeigbar als einen Kronzeugen. Seine Erfahrung hat Hermlin aber gelehrt, "daß der Patriotismus hier stets in inneres oder äußeres Exil geraten sei". Hermlin meint, "daß jeder ernstzunehmende Deutsche sein Land immer im furchtbaren Widerstreit zwischen politischer Real-

"Ermittlungen gegen die Deutsche Bank"

Eine Untersuchung der Verbrechen der deutschen Finanzbourgeoisie

"Es wird empfohlen, daß: die deutsche Bank liquidiert wird, 2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, 3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden."

Zu diesem Ergebnis kamen im November 1946 acht Captains des US-Finanzministeriums, nachdem sie Dokumente über das verbrecherische Treiben der Deutschen Bank und ihrer leitenden Manager und Aufsichtsratsmitglieder zur Zeit des Faschismus zusammengetragen hatten.

Die Captains belegen in ihrem Bericht die zahlreichen Verbindungen zwischen der Deutschen Bank und den Spitzen der deutschen Finanzbourgeoisie, ihre Rolle bei der Finanzierung der Rüstung des deutschen Faschismus und bei dem Versuch einer faschistischen "Neuordnung Europas". Die wichtigsten Familien bzw. Konzerne, die diese Politik der Deutschen Bank entschieden:

- die Familie Siemens, die mit nur ca. 5% Aktienbesitz an der Deutschen Bank ständig im für die laufenden Geschäfte der Bank wichtigen "Arbeitsausschuß" des Aufsichtsrats der Bank wirkte;

- die Reemtsma-Familie bzw. der gleichnamige Tabakkonzern, der in den 30er Jahren 40 bis 50% der deutschen Tabakindustrie kontrollierte. Auch diese Familie kontrollierte 5% der Deutsche-Bank-Aktien und war im Aufsichtsrat vertreten. Weiter:

- die Familie Henkel, die Rüstungsindustriellen Quandt, die Freudenberg-Familie (Leder), die rheinischen Braunkohlebesitzer, aus denen auch der spätere langjährige Deutsche Bank-Chef Abs kam (seine Familie besaß u.a. 2% der Rheinbraun), die IG-Farben, Daimler-Benz, BMW, der Mannesmann-Konzern, Flick, Hoesch, Demag usw.

Das Buch schildert die Expansion dieser Unternehmen im Faschismus und zahlreiche Verbrechen dieser Kapitalisten: die "Arisierung" von Unternehmen etwa, die im Besitz von Juden gewesen waren, und die Teilnahme der Deutschen an solchen "Arisierungen"; die Zwangsarbeiter, die diese Kapitalisten zu Zehntausenden in ihren Werken ausbeuteten und zu Tode schindeten. So zitieren die Captains eine Untersuchung, wonach "Mannesmann- und dazu gehören der Vorstand, die Direktoren von Tochtergesellschaften und deren Angestellte, die für Fremdarbeiter verantwortlich waren, sich folgender Vergehen schuldig gemacht haben: Mord durch Aushungern (1), Gewaltanwendung (4), unmenschliche Behandlung (5), grobe strafbare Vernachlässigung (6) und Mißbrauch von Fremdarbeitern (2–6). Nur wenigen dürfte bekannt sein, daß Daimler-Benz, ein "NS-Musterbetrieb" mit goldenem Hakenkreuz auf den Firmenbriefen, Tausende von Kriegsgefangenen ausbeutete, daß BMW KZ-Häftlinge und SS-Gefangene in der Motorenfertigung schufteten ließ und daß Siemens spezielle "Siemens-Kommandos" in den KZs Buchenwald, Oranienburg, Auschwitz und Ravensbrück quälte. Die Deutsche Bank war daran vielfach beteiligt. So liefen fast alle "Lohnüberweisungen" für Fremdarbeiter über ihre Konten. Allein die zahlreichen Belege, die die Autoren über diese Verbrechen der deutschen Finanzbourgeoisie zusammengetragen haben, machen das Buch zu einer lesenswerten Lektüre über die Geschichte des deutschen Faschismus. Über die Raubzüge, die die Bank selbst in dieser Zeit machte, das Zitat eines SS-Obergruppenführers nach dem "Anschluß" Österreichs: "DB will rauben, ist mit 20 Mann in Wien angekommen, um die CA zu übernehmen." "CA" meinte: Creditanstalt Bankverein, die größte Bank in Österreich, deren zahlreiche Verbindungen auf dem Balkan die Deutsche Bank für weitere Raubzüge sofort nutzte.



Hermlin (rechts) 1952 auf einer Sitzung des DDR-Schriftstellerverbandes, daneben Anna Seghers und Kuba

schloß sich der französischen Widerstandsbewegung an, kehrte 1945 als Journalist nach Deutschland zurück. 1947 nahm der Kommunist seinen Wohnsitz in Ost-Berlin und arbeitet seitdem dort als Schriftsteller.

Der Auswahlband belegt den Zusammenhang der Veröffentlichungen Hermlins. Er berichtet eindringlich über den Kampf, den andere und er gegen die faschistische Terrorherrschaft geführt haben, und begründet

tät und dem moralisch-geistig Möglichen oder Wünschenswerten erblickt hätte". Muß denn der Klassenkampf in diesem Land für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung als Widerstreit des deutschen Landes selber begrifflich verdreht werden, um ernstgenommen zu werden? Dieser Kampf würde dann ein nationaler, und denführt und führte die deutsche Bourgeoisie. (St. Hermlin, Traum der Gemeinsamkeit. Wagenbach, 14,50DM – gba)

Die Empfehlungen der Captains 1947 blieben folgenlos. Die Liquidierung der Deutschen Bank fand nicht statt. Kein Vorstandsmitglied und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank wurde angeklagt, Hermann Josef Abs, seit 1937 im Vorstand der Bank, ist noch heute Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats.

Der Bericht enthält Fehler, die mit den linkskeynesianischen Vorstellungen der Captains zusammenhängen. So verabsolutieren sie die Rolle der Deutschen Bank und ihres Vorstands, der scheinbar auch alle vermögenden Familien und großen Industriekonzerne beherrschte und lenkte. Tatsächlich dürften die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Bank Figuren dieser "reichen Familien" gewesen sein und auch heute noch sein, statt umgekehrt. Dennoch dürfte ihr Bericht eine der genauesten Untersuchungen über das Wirken eines großen deutschen Finanzmonopols während des Faschismus sein.

Quellenhinweis: Omgus, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Hrsg. Hans Magnus Enzensberger, verlegt bei Franz Gerno, Nördlingen, 1985, 25,- DM- (rül)

600 Jahre Universität Heidelberg

"Aus Tradition in die Zukunft" – nahtlos imperialistisch –

Vom 23.10.85 bis 23.10.86 begeht die ehrwürdige Universität Heidelberg ihr 600jähriges Jubiläum. Rektor Gisbert Freiherr zu Putlitz, Physiker grüßt die Welt:

"Jubiläen sind eine Herausforderung: Sie verpflichten uns, Rückschau zu halten, Bilanz zu ziehen, Höhen und Tiefen des zurückgelegten Weges in Erinnerung zu rufen und daraus abzuleiten, wie der Weg in die Zukunft angelegt werden muß." (6)

Für 30 Millionen DM wird der Weltruhm deutscher Wissenschaft breitgetreten und angekurbelt. Im Hochglanzprospekt werden die Heidelberger Nobelpreisträger vermeldet, unter ihnen Philipp Lenard. Lenard war Experimentalphysiker und zusammen mit J. Stark der wichtigste Vertreter der "arischen Physik". Lenard war seit 1907 Professor in Heidelberg, später Direktor des Physikalischen Institutes, das 1935 nach ihm benannt wurde. Während des 1. Weltkrieges überzeugter Nationalist und Rassist, baute er nach dem Krieg das Institut zu einer Brutstätte der nationalsozialistischen Bewegung in Zusammenarbeit mit den faschistischen Studentenbünden aus. Als 1922 Außenminister Rathenau von den Rechten ermordet wurde und die Institute der Universität wegen Trauerzügen geschlossen waren, verbot Lenard seinen Studenten die Teilnahme an den Aktionen und drohte jedem, der nicht zur Vorlesung käme, eine Sonderprüfung an.

In derselben Zeit sah es Lenard als wichtigste Aufgabe an, die "jüdische" Physik, hier namentlich Einstein, mit allen Mitteln zu vernichten.

In der Festschrift zur 600-Jahre-Feier (6 Bände für 680,- DM) nimmt Rektor Putlitz persönlich zu Lenard Stellung. Es gäbe keinen anderen Wissenschaftler, bei dem "Größe und Verirrung" so nah beieinander gelegen hätten. Seinen moralischen Kredit als großer Physiker hätte Lenard wegen der politischen Verfehlungen verwirkt. Putlitz und andere bürgerliche "Vergangenheitsbewältiger" stellen sich immer wieder die Frage: "Wie konnte Lenard sich so hinreißen lassen."

Die Antwort ist einfach (wenn auch nicht offizielle Geschichtsschreibung). Lenard war ein Physiker in Schwierigkeiten. Die Ausführungen der theoretischen Physiker verstand er nicht und versuchte krampfhaft seine überholte "Äthertheorie" zu verteidigen. Die theoretischen Schlußfolgerungen, die er aus seinen Versuchen mit Kathodenstrahlen, für die er 1905 den Nobelpreis erhielt, zog, waren schon damals seit mindestens zehn Jahren überholt und widerlegt. In der Ausarbeitung der "arischen Physik" sah er

eine Chance, die verhaßten Theoretiker als seinem Ruhm hinderlich zu bekämpfen. Auch sein besonderer antibritischer Nationalchauvinismus hatte ganz profane Gründe, die in einem Brief an einen Kollegen, der an der Front metzelte, zum Ausdruck kommen:

"Er sagte, daß wir insbesondere die Engländer besiegen sollten, da sie ihn nie anständig zitiert hätten." (8)

Zu seiner Verbitterung trug noch bei, daß er als guter Deutscher sein Vermögen durch Investitionen in Kriegsanleihen verlor und sogar das Zigarrenrauchen einstellte, als der Tabak für die Frontsoldaten knapp wurde. Also: Keine "Verirrung", sondern Einsatz der politischen Macht für den eigenen Ruhm wegen mangelnder "Größe".

Die von ihm bekämpften theoretischen Physiker waren, außer in wenigen Ausnahmen (Einstein u.a.), weit davon entfernt, Lenard politisch zu antworten. Sie versuchten ihrerseits, den faschistischen Staat für ihre Karriere und die deutsche Wissenschaft zu bemühen. 1936 sahen sie ihre Chance, als Deutschland einen neuen Aufrüstungsschub begann. Heisenberg u.a. schrieben ein Memorandum, in dem sie sich gegen die Angriffe der "arischen Physik" aussprachen:

"Die Physik in Deutschland befindet sich zur Zeit in einer schweren Krise. Einem großen Bedarf an Physikern in Technik und Heer steht ein Mangel an geeignetem Nachwuchs gegenüber. Die Besetzung freigewordener Lehrstühle begegnet oft großen Schwierigkeiten ... Diese Gefahren werden noch vermehrt durch die genannten Angriffe." (3)

Die Parteiführung der NSDAP und Hitler persönlich waren über dieses totale Unterwerfungsangebot hocherfreut. Auf den Nutzen der theoretischen Physik für das Heer hingewiesen, hatten sie keine Skrupel, die eigenen Parteigänger zu entmachten und dann auch noch unter dem Titel "Freiheit der Wissenschaft" die Physiker um Heisenberg und C.F. Weizsäcker dabei zu "ermutigen", für Deutschland eine Atombombe zu bauen. Hitler sagte später:

"Der Forschung kann man vom Staat her keine Zügel anlegen. Sie muß frei bleiben. Was sie erarbeitet und feststellt ist Wahrheit, und was Wahrheit ist, kann nicht schlecht sein. Der Staat hat die Aufgabe, die Forschung zu unterstützen und in jeder Weise zu fördern, auch dann, wenn ihre Ergebnisse, auf absehbare Zeit hinaus gesehen, keinen wirtschaftlichen Nutzeffekt abwerfen." (1)

So konnte man sich der Gewißheit hingeben, freie Wissenschaft zu treiben. Heisenberg erinnert sich nach seinem Besuch im Heereswaffenamt 1939, wo über die Möglichkeit der Ausnutzung der Kernspaltung für die Waffentechnik gesprochen wurde, "daß jedenfalls das gesteckte Ziel defensiv formuliert war nach dem Prinzip: Wissen, um vorzusehen, vorzusehen, um vorzubeugen" (3, S. 149).

Dieselben Leute, die für Hitler die Atombombe bauen wollten (vgl. 11), sind heute hochgeschätzte deutsche Physiker. Die Nachfolger in ihrer Tradition haben für Lenard den Kommentar "Größe und Verirrung" parat und sagen



Im besetzten Preßburg, Lenards Geburtsort, nimmt er 1942 Glückwünsche zum 80. Geburtstag entgegen.

keinen Ton dazu, daß praktisch die gesamte Wissenschaft mit aller Gewalt für den Krieg geforscht hat. Lenard samt "arischer Physik" waren zum Atombombenbau weder in der Lage, noch nötig.

Die wenigen Antifaschisten unter den Wissenschaftlern, wie z.B. der Heidelberger Mathematiker Gumbel, der zur Emigration gezwungen wurde, finden keine Erwähnung in den Festschriften.

Diese Art der Unterwerfung und Kollaboration im Geiste der "freien Wissenschaft" machte es den Physikern leicht, schon einen Monat nach der Kapitulation wieder an die Rekonstruktion der deutschen Führungsschicht zu denken. Der erste Rektor nach dem 2. Weltkrieg, K. Bauer, schrieb an die Amerikaner:

"Der Prozeß der Läuterung ist das Kernproblem der Stunde. Läuterung ist aber nicht denkbar ohne unermeßliche Arbeit und nicht denkbar ohne eine neue Führungsschicht. Die historischen Führungsschichten Deutschlands haben zwölf Jahre vom Hitlertum gelebt und sind am Hitlertum gestorben: die Adelsschicht, die Militärkaste und die Wirtschaftsdespotie. So viel auch an wertvollen Einzelmenschen für die Errettung aus dem Chaos zur Verfügung stehen mögen, an noch intakten geschlossenen Organisationen zum Wiederaufbau einer neuen Führungsschicht besitzt Deutschland nur noch die Kirchen und die Universitäten." (4)

Auch die Physiker wollten nicht nachstehen. W. Bothe, während des Krieges Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für medizinische Forschung in Heidelberg, schreibt 1945:

"Die Forschung in Deutschland ringt um ihre äußere Existenz. Daß dabei am härtesten die Naturwissenschaften betroffen werden, liegt auf der Hand, denn sie können am wenigsten eines äußeren Apparates entraten. Wenn es in dieser Lage etwas Tröstliches gibt, so ist es wohl in erster Linie der Gedanke und die Überzeugung, daß die Forschung, mögen auch ihre äußeren Hilfsmittel und Möglichkeiten, ihre Ergebnisse zu verbreiten, beschnitten sein, doch niemals aufhören kann zu bestehen, weil der Drang zum Forschen etwas ist, was im Menschen nicht vergehen kann, weil er ein Teil des Menschseins selbst ist." (5)

Dieselbe "Arbeitsteilung zwischen Wissenschaftlern, Politikern und Militärs" (10), die gerade wesentliches Element der moralischen Konstruktion ist, unter der die bedingungslosen Unterwerfung der Physik unter die Interessen des imperialistischen Staates stattfindet, wird heute – ganz ähnlich wie von Adolf Hitler – von Forschungsminister Riesenhuber vertreten:

"Wenn der Staat hier nicht die Voraussetzungen schafft in der finanziellen Verlässlichkeit, in der institutionellen Kontinuität und vor allem in der Freiheit bei der Wahl der Ziele und Mittel, dann wird die Grundlagenforschung nicht erstklassig sein, und nur eine Grundlagenforschung, die die Chance zur Erstklassigkeit hat, ist überhaupt ihr Geld wert. Und dies bedeutet, daß wir zwar den Rahmen schaffen, aber was darin wächst, was daraus entsteht, dazu können wir vom Staat her ziemlich wenig beitragen ... In Ihren Köpfen geschieht es, nicht in unseren Budgets. Und die Frage, ob daraus, was an Voraussetzungen steht, ein Unternehmungsgeist, ein Geist der Freiheit, der Bereitschaft, etwas zu riskieren ... (entsteht): dies macht die Qualität einer Forschungslandschaft aus." (2)

An der grundlegenden Ideologie, daß sich die Wissenschaft als deutsche in Konkurrenz zu anderen Nationen entwickeln und bewahren muß, wird nicht gerüttelt. Moralische Rechtfertigungsversuche, wie sie Riesenhuber hier nahelegt, nämlich die angebliche Trennung von Wissenschaft und Politik, sind untauglich. Die praktische Nichtbewältigung der Vergangenheit zeigt sich in der massiven



Bei gleicher Gelegenheit empfängt Lenard die Glückwünsche des Rektors der Universität Heidelberg.

Aufrüstung der theoretischen Physik in der BRD, dem Aufbau des Rüstungskonzern Daimler/MTU/Dornier/AEG und der positiven Beschlußfassung des Bundestages zum SDI-Programm. Es passiert tatsächlich zunächst nur in den Budgets. Nicht zufällig hat "unser" neuer Nobelpreisträger für Physik sich die Zusammenarbeit mit AEG gewünscht, ein unerhörter Wunsch, der nicht unerhört bleiben wird.

Der Konflikt "Wann hört die Grundlagenforschung auf?", "Wann muß der Physiker NEIN sagen" kann also nicht hauptsächlich als Problem der Physik und der konkreten Forschung entschieden werden (obwohl alle Weigerungen an offensichtlichen Rüstungsprojekten mitzuarbeiten, zu unterstützen sind). Dieser Konflikt muß auf der Ebene der Politik entschieden werden, indem der Wissenschaftler insofern politisch denkt, daß er die Interessen, die die Wissenschaft beherrschen, zur Kenntnis nimmt, kritisiert und deren Sachwalter bekämpft.

Sonst sind die Wissenschaftler je nach politischer Entwicklung entweder Handlanger der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitung, und zwar ohne moralische Skrupel, wenn sie es nämlich wie Putlitz zuwege bringen, die Nationalinteressen vollständig mit ihrer eigenen Existenz als Wissenschaftler in Einklang zu bringen, oder sie werden mehr oder weniger verzweifelt mit ansehen müssen, was mit den Ergebnissen ihrer Forschung von der herrschenden Klasse angerichtet wird.

Aus Tradition in die Zukunft? Nein!

Quellen: (1) Adolf Hitler, "Monologe im Führerhauptquartier 1941–44", München 1980, S. 410, zit. nach (9) S. 122. – (2) Heinz Riesenhuber, Rede vor dem MPI für Plasmaphysik München am 5.7.1985, in BULLETIN Nr. 82, S. 715. – (3) zit. nach Armin Herrmann, "Die Jahrhundertwissenschaft", DVA 1977, S. 141. – (4) Schreiben des Rektors der Univ. Heidelberg, K. Bauer vom 25. Juni 1945 an Cornel Winning, in "Schriften der Univ. HD, Heft 2", S. 3. – (5) W. Bothe, "Vom Wesen des Experimentierens", in (4) S. 170. – (6) Gisbert Freiherr zu Putlitz, "Grußwort zum Jubiläum der Univ. HD". – (7) G. Putlitz, Vorwort zu "Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen – Dokumentation 1/83, S. 5. – (8) P. Lenard, Brief an J. Franck während des 1. Weltkrieges zit. nach (10) S. 123. – (9) Gerda Freise, "Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern im Nationalsozialismus" in "1933 in Gesellschaft und Wissenschaft, Ringvorlesung im WS 82/83, Hrsg.: Pressestelle der Univ. Hamburg. – (10) A. Beyerchen, "Wissenschaftler unter Hitler", Kiepenheuer und Witsch 1980. (11) Nachrichten-Analysen-Protokolle, 7.9.85, S.3 ff. – (hem, tob)

Interview mit dem PAC-Vorsitzenden Mlambo

Was wir in Azania tun — uns selbst befreien —, ist ein Beitrag zur Befreiung der Menschheit

Vor bemer kung Am 30. Juni 1985 starb der Vorsitzende des Pan Africanist Congress, Nyati Pokela, in Harare an einer Lungenerkrankung. Sein Nachfolger wurde Johnson Mlambo. Genosse Mlambo war von 1963 bis 1983 wegen "Verschwörung zur Sabotage" auf der berüchtigten Gefangeneninsel Robbenisland inhaftiert. Nach seiner Freilassung durfte er nicht in sein Haus in Benoni bei Johannesburg zurückkehren, sondern wurde nach Bushbridge verbannt, einem abgelegenen Ort im östlichen Transvaal. 1984 gelang ihm mit Hilfe des inländischen Flügels des PAC, ins Ausland zu entkommen. Dort wurde er zunächst Auslandssekretär des PAC.

Das folgende Interview ist übersetzt aus "Azania Vrij", der Zeitung des Azania-Komitees in Rotterdam. "Azania Vrij" hat das Interview zusammengestellt aus zwei Interviews des neuen PAC-Vorsitzenden Mlambo mit der australischen Zeitung "New African News" vom 22.5.85 und der tansanischen Zeitung "Sunday News" vom 1.9.85. — (scc)

Die heutige Situation in Azania

Frage: Wie beurteilen Sie die heutige Situation in Azania?

Mlambo: Das erste notwendige Stadium beim vollständigen Sturz der weißen Herrschaft ist erreicht — die Befreiung der Afrikaner vom Minderwertigkeitskomplex, der eine Folge von 300 Jahren weißer Herrschaft ist. 1960 gab es eine Flucht von Schwarzen genau wie 1963 nach der Massenverhaftung unserer Führer und wie 1976. Seit August/September vorigen Jahres sind mehr als 400 Menschen durch die rassistischen Truppen und Polizei ermordet worden, aber diesmal gibt es keine Massenflucht. Das zeigt, daß die Menschen mehr und mehr dem folgen, was wir immer gesagt haben: Die Menschen in Azania sind ihre eigenen Befreier. Menschen aus allen Teilen unserer Bevölkerung sind bereit, Aktionen durchzuführen: die Jugend, die Arbeiter, die Bewohner, die sich weigern, ihre Miete zu zahlen, und solche, die sich weigern, ihr Haus zu verlassen

und ins "Ausland" zu gehen. Aber Sie sehen, daß es noch eine Beschränkung gibt: Unser Volk ist nicht bewaffnet.

Für uns ist der bewaffnete Kampf die wichtigste Kampfform. Andere Formen ergänzen den bewaffneten Kampf. Wir haben keinerlei Illusionen: Die weiße Herrschaft wurde durch das Schwert errichtet und wird durch das Schwert aufrechterhalten. Bewaffneter Kampf ist denn auch die einzige Möglichkeit, die man hat, um den Fortschritt an allen anderen Fronten zu ergänzen und zu konsolidieren.

Von hier aus gesehen und nach Beratung mit den Menschen innerhalb des Landes sind wir der Auffassung, daß die 80er Jahre die Jahre der azanischen Revolution sind. Das Volk hat die Mitwirkung der sogenannten Mischlinge und Asiaten im Drei-Kammer-Parlament massenhaft als Fortsetzung der Apartheid zurückgewiesen. Die heutige Entwicklung zeigt, daß die Rassisten nicht imstande sind, ihre Probleme zu lösen, indem sie unabhängigen afrikanischen Staaten ungleiche Verträge aufzwingen. Ihre

Probleme liegen im Inneren.

Frage: Verteidigungsminister Malan erklärte vor einigen Jahren, daß das Regime keinen Zweifrontenkrieg (in Namibia und Azania) durchstehen kann.

Mlambo: Das ist wahr. Das Regime steht jetzt unter ziemlichem Druck, weil es Truppen halten muß einerseits in Namibia und selbst Angola, andererseits nun auch fortwährend in den schwarzen Wohngebieten. Aber ich will nicht übertreiben. Zur Zeit befinden sich der PAC und sein militärischer Flügel in einer Phase des Aufbaus. Wir sind immer noch in der Defensive. Wegen einer Anzahl von Problemen sind wir nicht in der Lage gewesen, unser Volk vollständig zu bewaffnen und zur Offensive überzugehen. Es muß deshalb seine Zuflucht immer noch zu selbstgemachten Waffen nehmen.

Den bewaffneten Kampf verstärken

Frage: Wie kann der PAC den bewaffneten Kampf verstärken?

Mlambo: Zunächst ist der PAC eine Organisation, dessen Mitglieder sich zum größten Teil im Lande befinden. Wir hier sind die ausländische Mission unserer Menschen im Land. Es ist unsere Pflicht, die Kenntnisse und das Material zu beschaffen, um die Kampffähigkeit unserer Menschen zuhause zu vergrößern.

Einheit

Frage: Wie sind die Aussichten für eine größere Einheit der Befreiungsbewegungen in Azania?

Mlambo: Die Aussichten auf Einheit scheinen gegenwärtig wieder schlecht aufgrund der Zusammenstöße zwischen den beiden Strömungen: den Afrikanisten und der Schwarzen-Bewußtseins-Bewegung einerseits und den progressiven Demokraten der Vereinigten Demokratischen Front andererseits. Diese Zusammenstöße kommen sehr ungelegen. Noch im vorigen Jahr haben UDF und AZAPO erfolgreich zusammengearbeitet in den Aktionen gegen die Scheinwahlen. Natürlich kann man verschieden über die Frage denken, wie das Unterdrückerregime der Apartheid zu vernichten ist ... Das Regime nutzt es jedoch aus, daß sich die Menschen dabei zuweilen angreifen. Der Feind übertreibt die Differenzen und spielt das gegenseitige Mißtrauen aus. Manchmal werden UDF-Häuser überfallen und werden dort Flugblätter von BCM (Black Consciousness Movement — Übers.) zurückgelassen, und andersrum. Das alles macht deutlich, daß Einheit geboten ist.

Um das Ziel der verschiedenen Programme der Organisationen zu erreichen, ist Einheit nötig. Für den PAC ist es gegenwärtig das Wichtigste, die Kampffähigkeit unseres Volkes zu



Der frühere Vorsitzende des PAC, M.R. Sobukwe, stirbt 1978. Er war lange — seit dem Massaker von Sharpeville 1960 — inhaftiert und gebannt, doch das azanische Volk hatte ihn nicht vergessen. Viele kommen zu seinem Begräbnis. Der Trauerzug wird provoziert und überfallen (Bild).

steigern. Dabei mag es nötig sein, daß wir Schwankenden die richtige Richtung weisen und sie zurückorientieren auf den wirklichen Feind, das weiße Regime. In den schwarzen Wohngebieten herrscht die Trauer und findet ein Begräbnis nach dem anderen statt. Es wird Zeit, daß es auch in den weißen Gebieten zu Begräbnissen kommt.

PAC und ANC

Frage: PAC und ANC sind nach wie vor uneinig. Gibt es Versuche, die Einheit zwischen den beiden Befreiungsbewegungen herzustellen?

Mlambo: Unser wesentlicher Widerspruch besteht zum rassistischen Minderheitsregime. Wir haben keinen einzigen grundlegenden Widerspruch zu welchem Teil des unterdrückten Volkes auch immer. Wir sind bereit, eine vereinigte Front zu bilden mit allen anderen Organisationen, die Stellung beziehen gegen das kolonialistische, rassistische Minderheitsregime in Südafrika. Zugleich leben wir nicht in der Illusion, daß so etwas auf einmal erreicht werden könnte. Einige Probleme, mit denen wir zu tun haben, sind nicht durch uns selbst verursacht. Einige Gruppen im Ausland haben auch ihre eigenen Interessen. Sie unterstützen unseren Kampf, aber sie sind auch der Meinung, daß wir gefügiger sein müssen. Aber wir wollen unsere Politik der Nicht-Gebundenheit beibehalten. Wir wollen unsere Politik nicht abstimmen auf die Wünsche dieser oder jener von außerhalb Azanias.

Wir brauchen prinzipielle internationale Hilfe. Was wir in Azania tun — uns selbst befreien —, ist ein Beitrag zur Befreiung der Menschheit. Diejenigen, denen nicht gedient ist mit unserer Haltung, überschreiten ihre Befugnisse und fördern Sektierertum. Das geschieht in Solidaritätsgruppen und selbst in internationalen Organisationen. Das Regime selbst geht dabei voran, indem man versuchte, die internationale Anerkennung des PAC zu unterminieren. Einem der Spitzenkader des Regimes, Craig Williamson, gelang es, den Internationalen Universitäts-Austausch-Fonds zu infiltrieren. Er bemühte sich dort um die Rücknahme der Anerkennung des PAC als Befreiungsbewegung. Jetzt ist Williamson ein Spitzen-Funktionär im Sicherheitsdienst.

Wir vom PAC wollen Einheit. Als wir auf Robbenisland der Errichtung von Umkhonto we Siswe (des bewaffneten Flügels des ANC) gedachten, geschah dies in einer gemeinsamen Zusammenkunft. Der ANC lud uns und andere Befreiungsorganisationen ein. Zeph Mothopeng (PAC — d.Übers.) sprach in allgemeinen Worten über Umkhonto und wies darauf hin, daß Umkhonto allein kämpfen und dann nach langer Zeit das rassistische Regime stürzen könne. Die azanische Volksbefreiungsarmee APLA (bewaffneter Flügel des PAC) mag allein



Begräbnis eines getöteten Azaniers im September. Jugendliche tragen T-Shirts mit der Aufschrift "Wir gedenken Sobukwes" und heben die Hand zum Gruß des PAC: "Izwe lethu" — "Das Land gehört uns!"

kämpfen und dasselbe erreichen. Aber er betonte, daß mit vereinter Kraft die Befreiung leichter und schneller erreicht werden kann.

Nationaler Konvent

Positive Entwicklungen beim ANC begrüßen wir immer. Wir waren zum Beispiel sehr froh über die kürzliche Erklärung von Frau Winnie Mandela, in der sie vertrat, daß die Zeit, mittels eines nationalen Konvents mit dem weißen Minderheitsregime die Widersprüche zwischen den Afrikanern und ihren Unterdrückern zu lösen, vorbei ist. Nun müsse über die Übertragung der Macht an die afrikanische Mehrheit gesprochen werden. Wir haben dazu immer aufgerufen und niemals an die Einberufung eines nationalen Konvents durch das rassistische Regime geglaubt, weil das für das Regime bedeutet, die Macht aufzugeben. Wir müssen kämpfen und sie auf die steilen Felsen treiben, so daß sie sehen, daß es keine Alternative gibt. Von einer starken Position aus können wir sinnvoll miteinander reden, nicht aber, wenn sie in einer starken Position sind.

Der Kampf wird lange dauern und hart sein, auch wenn wir uns bewußt sind, daß Botha und seine internationalen Bundesgenossen heute nicht mehr in einer Position sind, in der sie auf die alte Weise mit der Apartheid weitermachen können.

Nkomati Abkommen

Frage: Zur regionalen Situation: Präsident Machel sagte, daß der Vertrag von Nkomati zwischen Mosambik und Südafrika gescheitert ist. Wird dieser Versuch des Regimes, sich als friedlich herauszustellen, scheitern? Mlambo: Ich denke, daß sich Botha als ehrloser Mann erwiesen hat. Er hält sich selbst nicht an diesen Ver-

trag. Menschen wie Nyerere haben darauf verwiesen, daß Südafrika den Vertrag gebrochen hat, bevor er geschlossen war. Zur Zeit des Vertragsabschlusses hat Südafrika die Rebellen versorgt, und nach Vertragsabschluß ging das weiter. Das rassistische Regime war in erster Linie nicht an Frieden interessiert. Meines Wissens hatte Mosambik Südafrika nicht den Krieg erklärt. Aber das rassistische Regime wollte sich den Anstrich von Rechtmäßigkeit geben, indem es sich auf dieselbe Plattform stellt wie afrikanische Staaten und verkündet: "Wir, die Afrikaner, sind ein afrikanischer Stamm."

Freilich haben sie damit zugestimmt, Namibia zu verlassen. Sie erklärten sich einverstanden mit der Resolution 435 des Sicherheitsrates. Aber unter allerlei Vorwänden haben sie ihre Armee dort belassen und setzen sich selbst auf dem Territorium von Angola fest. Sie wollen um jeden Preis das Übergewicht behalten. Sie kennen nur brutale Gewalt, keine Moral. Die Reagans und Thatchers kommen ihnen dabei entgegen, indem sie behaupten, daß Botha Schritte in die richtige Richtung tut.

Internationaler Boykott

Frage: Wie beurteilen Sie die Reaktionen der Welt auf die Geschehnisse in Südafrika?

Mlambo: Wir rufen auf zu totalen und verbindlichen Boykott-Maßnahmen auf ökonomischem, politischem und kulturellem Gebiet gegen Rassismus und ein verbrecherisches Regime. Denn es ist ungenügend, zur Beendigung der Apartheid und des Notstandes aufzurufen. Es ist verkehrt, unsere Aufrufe an P.W. Botha zu richten, ein Mitglied der herrschenden Klasse, einer Klasse, die geistig und materiell von der Apartheid profitiert.

Lohnbewegung

Entwicklung der Beschäftigung, der Lohnsumme und des Umsatzes Gesichtspunkte zur bevorstehenden Lohnbewegung

Welche Wirkung hatte die Konjunktur des Jahres 1984 auf die Beschäftigung? Zunächst eine Abklärung. Eine hohe Beschäftigung weist keineswegs auf günstige Lebensumstände der Arbeiterklasse hin. Im Gegenteil, je höher der Anteil der besitzlosen Massen ist, der für die Kapitalisten arbeiten muß, um so gedrückter dürfte die Lage der lohnabhängigen Klassen sein. Es ist ja jedem bekannt, daß die Arbeiterbewegung seit ihrem Ursprung danach gestrebt hat, das Angebot von Arbeit einzuschränken. Sie setzte schließlich die allgemeine Schulpflicht und damit das Verbot der Kinderarbeit durch; sie erzwang die gesetzliche Rentenversicherung und erlaubte so den Alten, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben; und schließlich

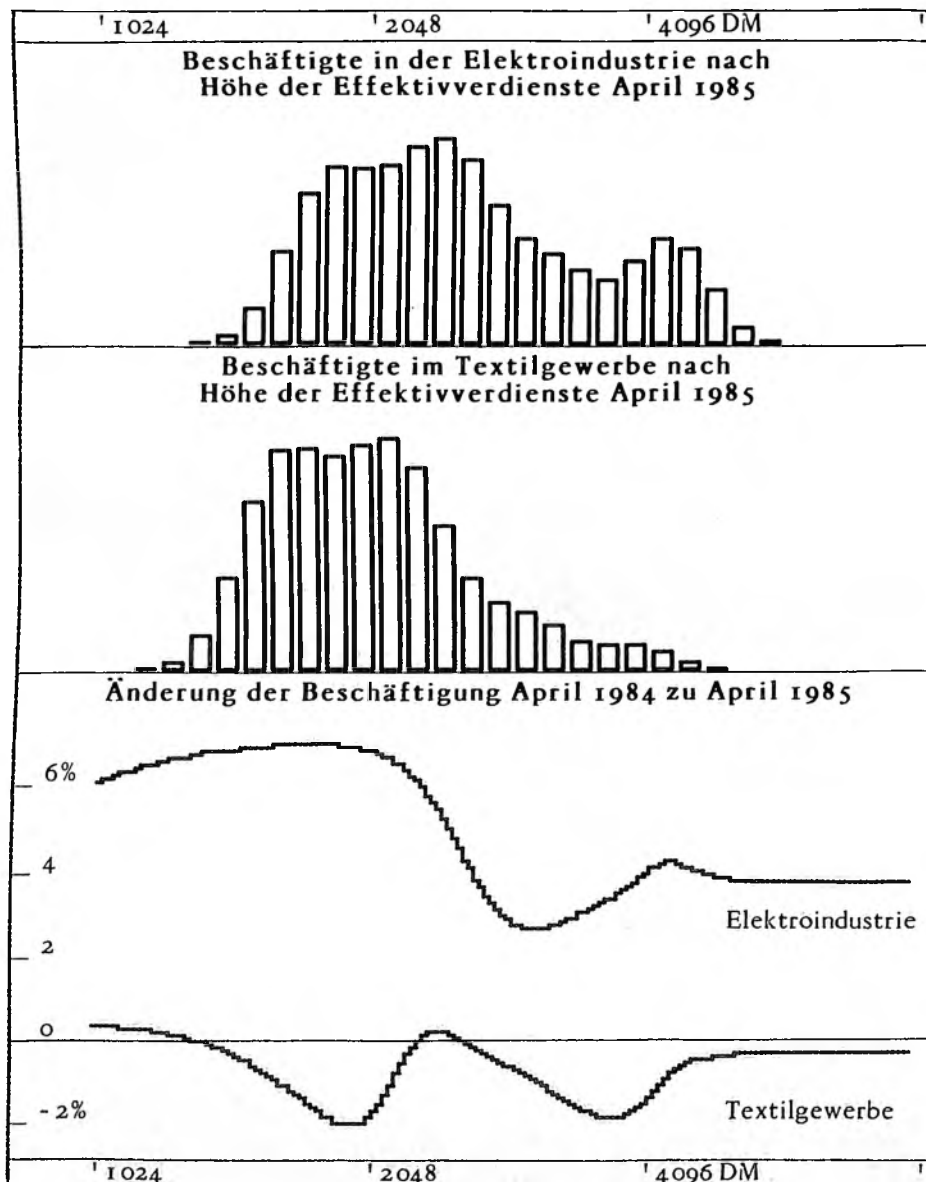
nimmt auch die gesetzliche Krankenversicherung Anbieter aus dem Markt. Selbst in extrem reformistischen Positionen kommt von solchen Ideen noch etwas vor, wenn man z.B. verlangt, daß auch Arbeiterkinder studieren können sollen.

Gegenwärtig sehen wir, wie viele Jugendliche die geplante Ausbildung aufgeben, wie Rentner, deren Altersruhegeld nicht reicht, Beschäftigung suchen, wie kranke Menschen zur Arbeit gehen, wohl wissend, daß sie sonst Punkte als Entlassungskandidaten sammeln. Auch finden Kapitalisten und Private heute Leute für Beschäftigungen, die früher niemand akzeptiert hätte, sei es wegen der damit verbundenen Gefahr, wegen des hohen Verschleißes, wegen der niedrigen

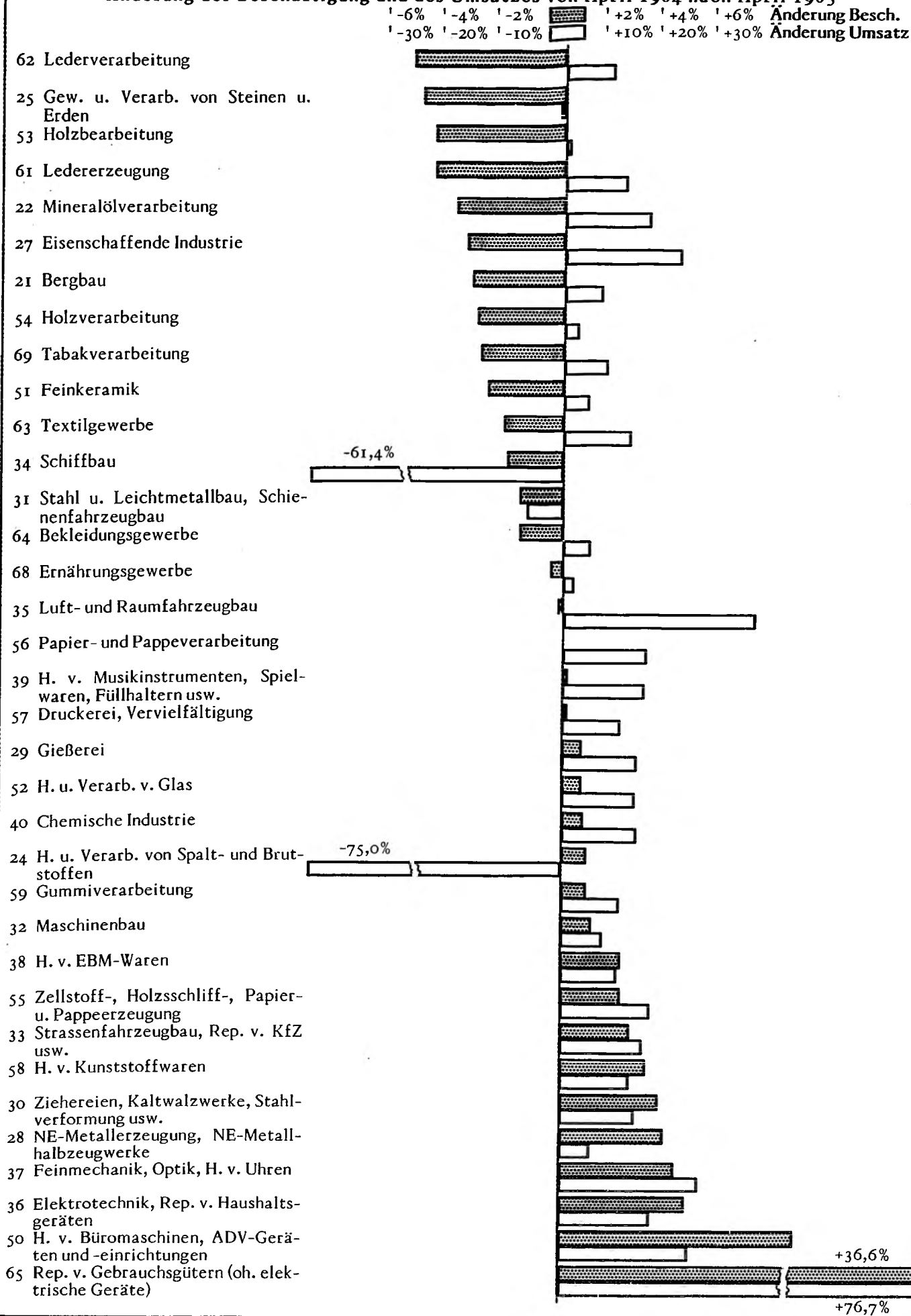
Entlohnung. Der Anstieg der Zahl der Anbieter, der auf dem Arbeitsmarkt festzustellen ist, ist ganz eindeutig die Folge der allgemeinen Verarmung, der die lohnabhängigen Schichten in der BRD unterliegen. Diese Verarmung kommt so folgens schwer zu tragen, weil die Sicherung des Lebensstandards oder der Lebenspläne der Familien (wie man bei langfristiger Betrachtung oft sagt) zu einem beträchtlichen Teil von staatlichen Leistungen und von der Stetigkeit des Einkommens und des Wohnortes abhängen. Die Strukturumstellung in der Industrie hat es den Kapitalisten ermöglicht, große Teile der Arbeiter und Angestellten in Panik zu versetzen. Wer z.B. ein Haus abzuzahlen hat oder auch eine Eigentumswohnung, ist durch eine Werksverlegung existenziell bedroht, auch sorgt der kapitalistische Wohnungsmarkt mit seinen hohen Einstiegsrenten dafür, daß der Umzug zur jahrelang spürbaren Last gerät. Erzwingt das Kapital die Mobilität des Lohnabhängigen, so schafft es in aller Regel gleichzeitig Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Da muß eine Ausbildung abgebrochen werden, dort muß man bei der Versorgung der Kleinkinder zurückstehen usw. Zusammen mit dem Wegfall staatlicher Garantien bewirkt all dies eine erhebliche Zufuhr auf den Arbeitsmarkt.

Zunahme der Arbeitslosigkeit wegen zunehmender Verarmung

Die Zunahme der Beschäftigung, die wir in der Statistik von April 1984 auf April 1985 finden, hat sich auf die Arbeitslosigkeit nicht ausgewirkt. Die Kapitalisten konnten sich die Hände reiben. Ihr gesteigerter Bedarf an Arbeitskräften führte nicht zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes. Was geschah im einzelnen? Der Absatz der Kapitalisten nahm im Laufe dieses Zeitraums zu. Vor allem der Absatz an Investitionsgütern. Die Investitionsgüterindustrie konnte z.B. im ersten Vierteljahr 1985 ein Umsatzplus von 10,7% erzielen, die Lohn- und Gehaltssumme (im folgenden Lohnsumme) stieg um 1,7% und die Beschäftigung um 2%. Da die Inflationsrate ca. 2,3% betragen hat, ergibt sich: Umsatz +10,7%, real +8,2%; Lohnsummen +1,7%, real -0,6%; Beschäftigung: +2%. Für das gesamte produzierende Gewerbe ergibt sich: Umsatz +6,2%, real +3,8%; Lohnsumme +0,9%, real -1,4%; Beschäftigung +0,5%. Das bedeutet: Die lohnabhängige Klasse konnte sich vom Gesamterlös ihres Arbeitskraftverkaufs im ersten



Änderung der Beschäftigung und des Umsatzes von April 1984 nach April 1985



Quartal 1985 nicht mehr kaufen wie noch ein Jahr zuvor. Der Lohn- und Gehaltsdurchschnitt pro Beschäftigten nahm real ab. Beachtet man, welcher großer Anteil der Lohnabhängigenhaushalte – gemessen an seinen langfristigen Standardvorgaben – äußerst knapp dasteht, wird man zugeben müssen, daß in Folge einer solchen Entwicklung unbedingt zusätzliche Anbieter auf den Markt gedrängt werden. Dies gilt um so mehr, da ja auch teurer lebt, wer arbeiten, seine Kräfte für das Kapital mobilisieren und reproduzieren muß. Eine Ausweitung der Beschäftigung bei schrumpfender Lohnsumme wird auf alle Fälle zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen.

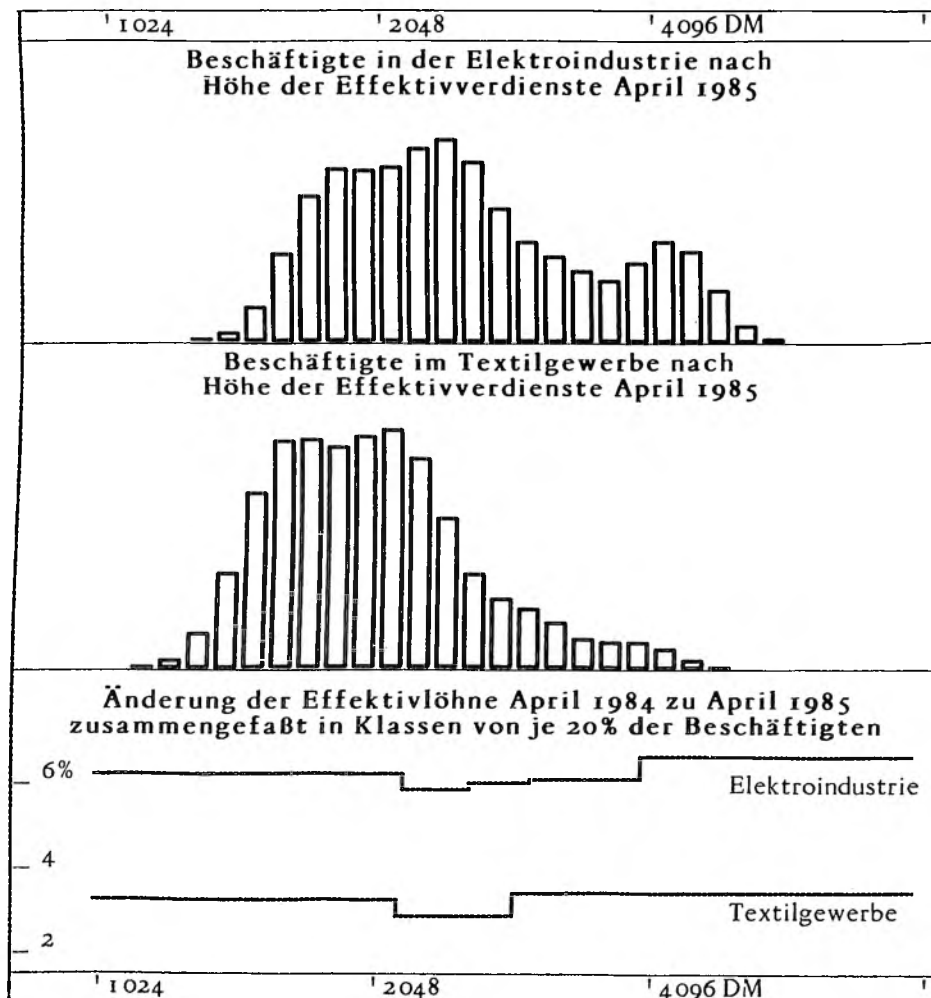
Wer wurde eingestellt, wer entlassen?

Schaut man zunächst einmal, in welchen Branchen eingestellt bzw. entlassen wurde, so findet man, daß überall, wo eingestellt wurde, die Umsatzentwicklung sehr positiv war. Andererseits gab es auch Bereiche, in denen die Umsatzentwicklung positiv war, ohne daß eingestellt wurde, bzw. während weiter entlassen wurde. Wie es O. Esser erst jetzt wieder kühl in einem Bildzeitungsinterview bemerkte: "Weniger Arbeitszeit bringt auch nicht mehr Arbeitsplätze. Beispiel

Metallindustrie: Dort haben nur Betriebe neu eingestellt, die sowieso gute Konjunktur haben. Sonst müßte ja jede Firma einstellen, denn jede hat die 38,5 Stunden Woche."

So gesehen eine "gute Konjunktur" hatte die Elektroindustrie. Die 4,6% Neueinstellungen brachten ein Umsatzplus von 16%. Die zusätzlichen Einstellungen fanden, so können wir nachrechnen, vor allem im Bereich niedrigst entlohnter, hochintensiver Arbeit statt. Daraus können wir schließen, daß das Arbeitstempo an den Bändern der Elektroindustrie so hochgeschraubt war, daß eine weitere Beschleunigung nicht mehr drin war und Neueinstellungen vorgenommen werden mußten. Schauen wir uns den Verlauf der Strukturbilanz näher an, so können wir auch den Verdacht hegen, es seien Abgruppierungen vorgenommen worden, und zwar sowohl im Arbeiterbereich wie auch im Angestelltenbereich.

Eine nicht so gute Konjunktur hatte die Textilindustrie, sie steigerte ihren Umsatz zwar auch um schlanke 12,2%, ihr gelang es aber, ihre Belegschaft gleichzeitig um 2,1% abzubauen. Die Kapitalisten haben dort die Facharbeiter, Einrichter, Reparatoren usw. sowie führende Angestellte behalten, der Rationalisierungsdruck traf die Maschinenarbeiter und die ausführenden Angestellten.



Marktsituation und Lohnbewegung

Nach allem, was man lesen kann, werden sich die gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklungen noch eine zeitlang fortsetzen. Das bedeutet, daß in der BRD seit mehreren Jahren zum erstenmal eine wachsende Nachfrage nach Maschinenarbeitern besteht. Das ist eine ausgesprochen gute Situation für Lohnforderungen. Die Konjunktur ist an einem Punkte angekommen, an dem in vielen Bereichen die Kapitalisten die erwarteten guten Geschäfte nur noch machen, die Produktion nur noch schnell ausdehnen können, wenn sie Arbeiter einstellen und arbeiten lassen. Sie können nicht mehr, was sie fast in allen Industrien jahrelang konnten: jeden Fetzen gesteigerter Nachfrage durch steigende Rationalisierungsbemühungen ausgleichen, so daß sie nicht einstellen mußten. Inzwischen scheint die Strukturumrüstung bei einigen Industrien abgeschlossen, die Steigerung der Nachfrage kann nur voll befriedigt werden, wenn Neueinstellungen vorgenommen werden.

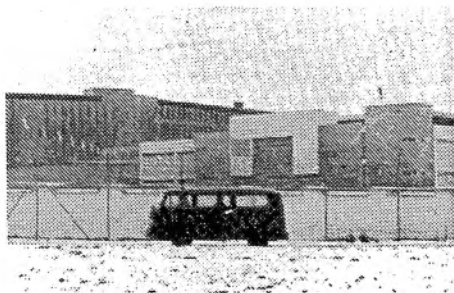
In anderen Industrien jedoch dürften noch beträchtliche Strukturumwandlungen möglich sein, so wie sie in der Textilindustrie im vorigen Jahr noch gewirkt haben. Das wiederum bedeutet: Stilllegung ganzer veralteter Produktionen, moralische Entwertung der Maschinenarbeit, werde sie nun im Arbeiterbereich an Produktions- oder im Angestelltenbereich an Schreibmaschinen ausgeführt. Daß die steigende Nachfrage in einigen Firmen durch Entlassungen in anderen konterkariert wird, ändert nichts daran, daß die Bedingungen für den Lohnkampf gut sind. Wahrscheinlich deswegen kommt auch der Sachverständigenrat zu der Ansicht, es sei aussichtslos, allzu unterschiedliche Lohnabschlüsse, d.h. nach Branchen und Betrieben, zu erwarten. Viel eher sollten die Tarifparteien darauf achten, daß nicht überhaupt zu hoch abgeschlossen werde. Man solle versuchen, einen Spielraum zu schaffen, in dem der Lohn driften kann, d.h. wo die Kapitalisten nach Laune und Geschäftsgang Zuschläge zahlen können oder auch nicht.

Aufs ganze gesehen werden die effektiven Löhne und Gehälter auf das nächste Jahr steigen, offen ist nur, ob dies durch Kollektivverträge für jeden Einzelnen gesichert wird oder als weitere Lohndifferenzierung in Kraft tritt. – Hier und dort macht man viel her von dem Streit, der im DGB herrsche um Fortsetzung der 35-Stunden-Wochen-Kampagne jetzt oder später. Wieso der Verfall des Reallohn-niveaus für den Kampf um irgendeine Arbeitszeitverkürzung nützlich sein soll, hat aber noch niemand erklärt. – (alk, maf)

Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltssumme sowie Umsatz im April 1985

Betriebe		Beschäftigte				Arbeiterstunden				Bruttolohn- und Gehaltssumme				Umsatz					
Ang.	insg.	Veränd.	Tsd.	Veränd.	Lohn	Gehalt	insg.	Veränd. (*)	insg.	Veränd.	(*)	insg.	Veränd.						
z.VJM		VM VJM	VM	VJM	Tsd.	DM		VM VJM	Tsd.	DM		Tsd.	DM	VM VJM					
Bergbau																			
289	-2.4	169375	42372	211747	-0.3	-3.4	20292	-9.9	3.0	496525	230986	727511	-0.4	3.5	88	2894300	-17.7	7.0	
Mineralölverarbeitung																			
82	-2.4	13950	15652	29602	-1.0	-4.0	1995	1.2	-6.3	64496	105517	170013	10.0	6.2	96	9721980	2.9	15.8	
H. u. Verarb. von Spalt- und Brutstoffen																			
7	-12.5	802	1533	2335	0.0	0.9		114	-11.6	4.6	2894	6983	9877	0.7	11.0	30	17734	-51.7	-75.0
Gew. u. Verarb. von Steinen u. Erden																			
3676	-0.7	114059	43489	157548	3.1	-5.3	17401	9.5	-6.3	327404	175843	503247	9.6	-2.2	89	2526250	24.7	-1.0	
Eisenschaffende Industrie																			
171	1.8	163498	52657	21655	-0.3	-3.6	22671	-0.1	-0.9	520662	240492	761154	3.5	4.2	63	4566800	-2.3	21.4	
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke																			
201	2.6	54764	20730	75494	0.0	3.8	7867	-2.8	6.7	169709	90057	259766	3.3	11.3	70	2289560	-4.0	5.7	
Gießerei																			
489	-3.2	76356	18413	94769	0.3	0.7	11222	-2.9	8.0	226522	77125	303647	4.5	9.3	83	1059350	-3.8	13.7	
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.																			
1622	1.0	125222	35789	161011	0.3	3.6	18699	-2.1	10.1	346568	146649	493217	4.9	11.3	79	2297200	-2.5	13.8	
Stahl u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau																			
1439	-2.2	133258	50933	184191	-0.1	-1.6	19426	1.4	2.5	391514	216010	607524	3.9	5.1	83	1554590	4.2	-6.7	
Maschinenbau																			
5255	-0.1	589012	345553	934565	-0.1	1.1	86563	-2.4	7.8	1739630	1497560	3237200	4.0	10.1	53	11816400	-3.9	7.5	
Strassenfahrzeugbau, Rep. v. KfZ usw.																			
2580	-2.1	610784	188104	798888	-0.2	2.5	85216	-2.5	9.0	1913740	899321	2813060	4.2	9.9	50	16230500	-2.2	15.0	
Schiffbau																			
119	0.0	33858	10370	44228	-0.3	-2.1	4723	-4.6	10.1	97624	43974	141598	4.0	8.8	58	433197	0.8	-61.4	
Luft- und Raumfahrzeugbau																			
64	-5.9	26862	32992	59854	0.0	-0.1	3677	-3.2	5.3	89914	161695	251609	5.6	9.7	33	904373	18.9	34.9	
Elektrotechnik, Rep. v. Haushaltsgeräten																			
3270	1.6	562445	346698	909143	0.3	4.6	78612	-1.8	12.2	1435940	1571600	3007540	-5.8	12.5	68	11704300	-9.5	16.6	
Feinmechanik, Optik, H. v. Uhren																			
1396	2.3	94015	48384	142399	-0.1	4.2	13572	-0.6	11.2	225414	199760	425174	3.4	13.1	62	1510970	-3.9	25.2	
H. v. EBM-Waren																			
2328	-0.2	203740	74293	278033	0.2	2.2	29249	-3.2	6.9	520321	292440	812761	4.0	9.0	73	3618520	-2.6	10.4	
H. v. Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.																			
626	-4.4	39437	14745	54182	0.2	0.2	5456	-0.9	5.6	82325	50830	133155	3.9	5.8	67	521333	1.1	14.9	
Chemische Industrie																			
1554	-0.8	290790	260869	551659	-0.2	0.8	41625	-1.5	4.6	923231	1315770	2239000	4.5	8.3	56	15626400	-1.6	13.8	
H. v. Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen																			
135	7.1	31291	50138	81429	-0.2	8.5	4320	-2.1	15.2	92400	312116	404516	7.5	8.9	37	1369290	-7.3	23.5	
Feinkeramik																			
197	-1.5	38966	9412	48378	-0.3	-2.8	5544	-1.0	1.2	87382	32680	120062	3.6	1.3	65	362032	-3.7	4.7	
H. u. Verarb. v. Glas																			
331	-1.8	50049	15165	65214	0.0	0.7	7294	-3.6	6.1	142645	61631	204276	3.4	6.4	69	838941	-0.6	13.3	
Holzbearbeitung																			
1984	-2.0	34285	10513	44798	0.9	-4.8	5304	2.2	-2.1	87515	32291	119806	4.4	-0.8	86	764796	3.5	0.9	
Holzverarbeitung																			
2317	-3.7	146941	44212	191153	-0.2	-3.2	21482	-2.3	0.2	374324	157256	531580	2.3	-0.3	87	2313010	-2.6	2.8	
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- u. Pappeerzeugung																			
173	-0.6	37276	11356	48632	0.0	2.2	5639	-2.4	3.0	141724	53587	195311	17.3	15.7	63	1379670	-5.3	16.2	
Papier- und Pappeverarbeitung																			
841	-1.1	73146	26968	100114	0.2	-0.1	10680	-1.8	4.7	183493	106990	290483	6.8	7.3	83	1651120	-6.8	15.3	
Druckerei, Vervielfältigung																			
1905	0.3	111972	49332	161304	-0.8	0.2	15772	-3.9	1.9	367834	210308	578142	9.7	9.0	94	1985380	-3.8	10.5	
H. v. Kunststoffwaren																			
1972	0.4	153065	53599	206664	0.2	3.1	22139	-1.4	7.9	377451	214011	591462	4.5	9.5	77	2969060	0.4	12.7	
Gummiverarbeitung																			
264	0.4	69452	24806	94258	-0.1	0.9	9886	-5.5	8.1	197523	109272	306795	1.5	8.6	73	1306960	-14.7	10.6	
Ledererzeugung																			
65	-5.8	4780	1147	5927	0.6	-4.8	712	-2.5	3.2	11354	4306	15660	2.2	0.1	0	140620	1.2	11.4	
Lederverarbeitung																			
587	-6.8	48034	12084	60118	-0.7	-5.6	6578	-4.3	-2.2	93448	40553	134001	3.7	-1.1	81	669858	-14.6	9.1	
Textilgewerbe																			
1788	-2.9	174942	56342	231284	-0.2	-2.2	25022	-3.2	4.5	376657	197622	574279	2.4	3.7	74	3036080	-7.2	12.2	
Bekleidungsgewerbe																			
2469	-3.4	151083	37658	188741	-1.0	-1.6	19470	-6.9	3.8	258668	117001	375669	2.5	4.4	84	1674150	-26.4	4.9	
Rep. v. Gebrauchsgütern (oh. elektrische Geräte)																			
7	40.0	168	41	209	-6.7	36.6	24	0.0	50.0	382	111	493	-5.7	38.5	0	1159	-8.4	76.7	
Ernährungsgewerbe																			
4382	-2.6	273313	146433	419746	-0.8	-0.5	41869	-0.4	1.2	689824	518208	1208030	4.0	4.7	9	12880700	-1.1	1.9	
Tabakverarbeitung																			
60	-4.8	11711	7584	19295	-0.4	-3.1	1635	-2.1	8.4	36956	42323	79279	7.0	19.6	94	1708300	3.7	8.1	

VM = Vormonat, VJM = Vorjahresmonat. (*) = Anteil des Inlandes am Umsatz, alle Daten entnommen aus: Stat. Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1, April 1985



Weitere 129a-Prozesse

Vor dem OLG Stuttgart bzw. dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München haben drei weitere Strafprozesse begonnen, bei denen die Bundesanwaltschaft den Angeklagten Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorwirft. Zum Teil beruhen die Anklagen auf der Konstruktion der Behörde, die

Beschuldigten hätten ihre mitglied-schaftliche Betätigung für die RAF unter den Bedingungen der Isolationshaft im Gefängnis fortgeführt. Als Indiz in diesem Sinne wird u.a. die Teilnahme am kollektiven Hungerstreik der Gefangenen im letzten Winter gewertet. Das Gesinnungsstrafrecht – zu wesentlichen Teilen eine Erfindung des Hitlerfaschismus – soll in diesen Verfahren weiterentwickelt werden.

Wer will die NATO-Integration Spaniens und warum?

Die spanische sozialdemokratische Regierungspartei PSOE war unter anderem an die Regierung gekommen mit dem Versprechen, den Eintritt Spaniens in die NATO rückgängig zu machen. Für Frühjahr nächsten Jahres war bisher ein Referendum vorgesehen. Inzwischen tritt die PSOE offen für die NATO-Mitgliedschaft ein. Der Oppositionsführer und ehemalige Franco-Minister Fraga unterstützt öffentlich die Regierungspolitik. Das spanische Bürgertum propagiert ein "modernisiertes Spanien" in einem mächtigen Europa. Wird der Klassenkompromiß, den die Regierung Gonzales repräsentiert, ein Referendum überstehen, wird es zu einer Europakampagne umgemünzt oder ganz abgesetzt?



Arbeit statt Haft

Die niedersächsische Landesregierung hat im Frühsommer 1983 einen "Modellversuch" gestartet und 1984 landesweit etabliert: Wer seine Geldstrafe nicht bezahlen kann, hat die "Wahl" zwischen Gefängnisaufenthalt und Abarbeitung – es werden 2,50 DM pro Stunde bzw. 20 DM pro Tag angerechnet. Systematisch ausgeweitete Abur-

teilungen vor allem von "Eigentumsdelikten" plus viehische Einpferchung der dadurch erzeugten Gefangenemasse haben den Aufenthalt in den Landesgefängnissen zu einem zynisch kalkulierten Abschreckungshorror werden lassen. Tausende mußten vor diesem Hintergrund ihrer modernen Versklavung durch die niedersächsische Neuauflage des Reichsarbeitsdienstes zustimmen.

Medienkonzerne und Mediengewerkschaft

Die Herausbildung von Medienkonzernen ist ein Phänomen der letzten Jahrzehnte und wird in der BRD erst jetzt aktuell. Auf der technischen Grundlage von hochentwickelter Nachrichtentechnik, besonders der Satellitentechnik, entstehen in Verbindung mit den klassischen Publikationsmethoden Privatimperien, die, wie vom Hause Springer oder auch von Burda bekannt, keinerlei öffentliche Kontrolle zulassen müssen. Im Unterschied dazu sind z.B. die öffentlich-rechtlichen Anstalten publizitätspflichtig. In den Medienkonzernen ist die Bestimmung der Tendenz Privatsache des Verlegers. Der Tendenzschutz unterminiert außerdem die gewerkschaftlichen Rechte der Beschäftigten.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Leichenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.